

**Gender Planning - Gender Mainstreaming
in der räumlichen Planung.**

Top-down- & Bottom-up-Strategien als Bausteine zu
einer nutzerInnen- und gleichstellungsorientierten
feministischen Raumplanung

aus Geographie gem. § 4 Abs. 2 Studienplan 2009

zur Erlangung des akademischen Grades einer
Doktorin der Naturwissenschaften

an der Paris Lodron Universität Salzburg

eingereicht von

Mag.^a Heidrun Wankiewicz

Matrikelnummer: 77 20 645

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Andreas Koch

Salzburg, im Juli 2016

Abstract

Key-words: Infrastructures of Everyday Life/ Gender+ Planning/ Gender Governance/ Co-housing

Starting point of the research is a diagnosis on shortcomings in spatial development in Central Europe. Urban sprawl and loss of infrastructures of everyday life offers in rural regions make it difficult for people of both sexes to organize their daily routines in these regions. The author states that mainstream planning is not sufficiently able to improve these spatial conditions and that planning practice needs innovation. Main argument of the thesis is that Gender Planning theories and practices may contribute to innovate planning in order to face the above mentioned challenges. Main aim of the thesis is to take stock of 15 years of experience of applied Gender Planning and Gender Mainstreaming in spatial planning and regional development.

Based on Austrian and German case studies from EU-wide scale in programme planning to local community development the author investigates the way and effectiveness of integrating gender issues and the gender mainstreaming strategy into programmes and projects. This is done with a focus on four key-planning challenges in rural Austria, namely top-down-gender-strategies within the European regional development system, planning for and with demographic change, adaption and maintenance of infrastructures of everyday life, and from governance to ‚gender governance‘.

As findings the thesis proposes a gendered planning cycle which indicates necessary steps in planning projects to assure the integration of gender equality goals, a set of methods and tools for engendering the content of projects, the process and the structures and a *Gender+ Planning Approach* which integrates the identified methods and concepts within an integrative planning system.

Zusammenfassung

Schlüsselwörter: Alltagsinfrastrukturen/ Planen mit Gender+/ Gender Governance/ Co-housing

Ausgangspunkt der Forschung ist die ungenügende Wirksamkeit der räumlichen Planung in Mitteleuropa. Zersiedelung und Verlust an Alltagsinfrastrukturangeboten machen es den Menschen beiderlei Geschlechts, insbesondere in ländlichen Regionen schwer, die täglichen Alltagsaufgaben zu erledigen. Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, werden Planungsinnovationen benötigt. Gender Planning Praxis und Theorie kann zu diesen Planungsinnovationen beitragen. Dies ist ein Kernargument der Dissertation. Hauptziel der Arbeit war daher, die Erfahrungen von 15 Jahren Gender Mainstreaming-Umsetzung in der räumlichen Planung in Österreich und Deutschland zu sichten. Die Analyse österreichischer und deutscher Fallbeispiele von lokaler Standortplanung bis EU-weiter Programmplanung hinsichtlich der Gender Planning-Umsetzung erfolgt im Lichte von vier zentralen planerischen Herausforderungen. Wie wird Gender Mainstreaming als Top-down-Strategie der EU durch die Europäisierung der Raumentwicklung bis auf Projektebene umgesetzt, wie wird mit/für den demographischen Wandel geplant, gefolgt von kooperativer Entwicklung von Alltagsinfrastrukturen. Die letzte planerische Herausforderung ist der Wandel von hoheitlicher Planung zu „Gender“-Governance-Formen.

Als Schlussfolgerung und Ergebnis schlägt die Arbeit einen gegenderten Planungszyklus mit Beschreibung der notwendigen Fragestellungen in den einzelnen Planungsschritten, ein Methoden- und Werkzeugset für die vier genannten planerischen Herausforderungen differenziert nach planerischen Inhalten, Prozessen und Strukturen sowie einen ‚Gender+ Planning Zugang‘ vor, in welchem die identifizierten Methoden und Konzepte zu einem ganzheitlichen Planungsansatz zusammengefasst werden.

Erklärung der Verfasserin

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Dissertation selbständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt habe.

Bei der Verfassung der Dissertation wurden keine anderen als die im Text angeführten Quellen und Hilfsmittel verwendet.

Salzburg, am 15. Juli 2016

Danksagung

Meine wissenschaftliche Arbeit ist das Ergebnis vieler Inspirationsquellen, meines fachlichen Austausches in wissenschaftlichen und beruflichen Netzwerken und vieler intensiver Fachgespräche und Fachdiskussionen, wie sie u.a. vom europäischen Forschungsnetzwerk GDUS selbst organisiert wurden oder in internationalen Konferenzen zu Stadt und Regionalplanung zu urbanen und städtischen Lebensformen für Frauen bis zu Genderfragen in den ‚Sustainable Development Goals‘ in den europäischen Planungsschulen (AESOP, Corp, ÖROK, GenderSTE, gender_archland, Land Salzburg und Universität Salzburg) stattfanden. Diesen Netzwerken und Organisationen bin ich dankbar für die offene Bereitstellung von Diskursräumen, in welchen meine Forschungsthemen Platz fanden und ich substantielle Rückmeldungen und neue Impulse bekam.

Was nun die Genese dieser Dissertation betrifft, so bin ich einigen Menschen sehr dankbar:

Ass. Prof.ⁱⁿ DIⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Doris Damyanovic für die Idee und Ermutigung zum Schreiben einer kumulativen Dissertation, für das Insiderwissen zum österreichischen Universitäts- und Forschungsbetrieb.

Ir, Lidewij Tummers für den jahrelangen fachlichen Austausch, substantielle Rückmeldung zu Papers, Textentwürfen, zum Exposé, Lektüre und Feedback, insbesondere strukturelle Vorschläge für die Ergebnisaufbereitung und Einladung zur Publikation zu Co-housing.

Ass. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Liisa Horelli für Betreuung in der Startphase, laufende Inputs und inspirierende Schemata, insbesondere die Überwindung der sturen Top-down-GM-Strategie durch mehr Selbststeuerung und Bottom-up-Organisation, pragmatische und strategische Gender-Fragen.

Madeleine Koch, M.Sc. für die jahrelange fachliche und praktische Diskussion und fachliches Feedback zur Projektumsetzung im Rahmen des DEMOCHANGE-Projektes und daraus folgenden Forschungsinteressen. Univ.- Prof.ⁱⁿ DIⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Wotha für Feedbacks und für ihr Netzwerk in der Schlussphase.

Univ.- Prof.ⁱⁿ DIⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Barbara Zibell für das Aufbereiten des Feldes und als Impulsgeberin für das Land Salzburg zu einer Raumplanung mit GM-Ansprüchen.

Allen genannten für die Inspiration in Konferenzen, Fachdialogen und Lehrveranstaltungen, für laufende Literaturhinweise und die Ermutigung, das Dissertationsprojekt fortzuführen und abzuschließen.

Ohne die Bereitschaft von Univ.-Prof. Dr. Andreas Koch als Hauptbetreuer mein Thema anzunehmen und ohne sein kontinuierliches Feedback, seine Unterstützung und seine Vorschläge für die Erstellung der Rahmenschrift in unzähligen Besprechungsterminen gäbe es diese Arbeit nicht in der vorgelegten Form.

Weiters gilt mein Dank Herausgeberinnen für die Einladung zu Fachpublikationen und dann die intensive editoriale Betreuung, einschließlich der namenlosen und unbekanntenen Reviewerinnen der Fachbeiträge.

Schließlich gehen meine Gedanken und meine Dankbarkeit an mein persönliches Umfeld aus Partnerschaft, Familie und Freundeskreis für die jahrelange Unterstützung und Geduld bei Termindruck und Schreibkrisen.

Zuletzt sollen noch die ganz praktischen und handfesten Dinge für die Entstehung und Fertigstellung der Arbeit erwähnt werden:

Das Lektorat und die Korrekturen wurden von Mag.^a Sabine Panker durchgeführt.

Die in Summe fünf Jahre dauernden Forschungsarbeiten an der Dissertation sowie die Teilnahme an Fachkongressen und Symposien erfolgte mit Ausnahme eines sechsmonatigen Schreibstipendiums ohne Forschungsförderung oder andere finanzielle Unterstützung aus den persönlichen Ressourcen der Autorin. Für das Erika Weinzierl-Stipendium der Kulturabteilung der Stadt Salzburg und des GendUp - Zentrums für Gender Studies der Universität Salzburg, welches ich im Oktober 2014 als erste Preisträgerin entgegennehmen durfte, bedanke ich mich herzlich bei der Jury und den AusloberInnen. Aufgrund der akuten Verschlechterung meiner hochgradigen Sehbehinderung musste ich meine Lese- und Schreibtätigkeit massiv umstellen, wodurch sich der Abschluss um etwa ein Jahr verzögerte.

Inhaltsübersicht Teil I Rahmenschrift

1	Zur Einführung: Problemstellung, Background und Ziele	2
1.1	Problemstellung	2
1.2	Motivation der Forscherin und feministische Forschungsperspektive	5
1.3	Ziel der Arbeit	6
1.4	Aufbau der Dissertation und Überblick über die Fachbeiträge	6
2	Kontext & Schlüsselkonzepte	8
2.1	Kontext 1: Zeitlich-historisch, gesetzlich-administrativ und geographisch-raumstrukturell	8
2.1.1	Zeitlich-historischer Kontext	8
2.1.2	Gesetzlich-administrativer Kontext	10
2.1.3	Geographisch-raumstruktureller Kontext:	14
2.2	Kontext 2: Thematische Einbettung mit vier planerischen Herausforderungen	16
2.3	Schlüsselkonzepte und theoretische Basis der Arbeit	18
2.3.1	Fundamente mit Fokus auf holistisch-ganzheitliche Zugänge	18
2.3.2	Sozialraum und Gender	19
2.3.3	Gender	19
2.3.4	Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung	21
2.3.5	Inhalt – Prozesse und Struktur	22
2.3.6	„Everyday Life“ – Alltag – Alltagsinfrastrukturen und Wohnen	23
2.3.7	Partizipation und kooperative Planungszugänge – Governance neu?	24
2.3.8	Gender Planning : Mehr als Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung?	25
3	Überblick über die Fachbeiträge und die Fallbeispiele	28
3.1	Behandelte Forschungsfragen und Zugänge in den fünf Fachbeiträgen	28
3.2	Bearbeitete Praxisbeispiele in den Fachbeiträgen	30
4	Ergebnisse und Synthese	31
4.1	Planerische Herausforderung 1: Europäisierung der Planung und Regionalentwicklung mit Fokus ländlicher Raum	33
4.2	Raumentwicklung und Planung für/mit dem demographischen Wandel (PH2)	35
4.3	Anpassung von Alltagsinfrastrukturen im ländlichen Raum (PH3)	38
4.4	Von Government zu neuen Formen von „Gender Governance“ (PH4)	41
4.5	Strategische Fragen für einen gegenderten Planungszyklus	44
4.6	Einordnung der Fallbeispiele zwischen Top-down-GM und Selbststeuerung	45
5	Bilanz, Schlussfolgerungen und Ausblick	48
5.1	Bilanz und Schlussfolgerungen	48
5.1.1	Bilanz und Antwort auf zentrale Forschungsfragen	48
5.1.2	Schlussfolgerungen: Bausteine eines Gender+ Planning-Ansatzes	49
5.1.3	Mit Gender Governance top-down & bottom-up und Expertinnenplanung vs. Selbstorganisation zusammenbringen	51
5.2	Diskussion, kritische Fragen und Ausblick	52
5.2.1	Eingeschränkte räumliche und zeitliche Wirkung	52
5.2.2	Frauenfreundliche Projekte versus transformativer Gender Planning Prozesse?	53
5.2.3	Daten und Forschung fehlen, um transformativ planen zu können	53
5.2.4	Künftige Praxisagenda	54
5.2.5	Künftige Forschungsagenda	55
6	Verwendete Literatur	57

Inhaltsübersicht Teil II - Forschungsbeiträge

Paper A)

European programmes for cities and regions. Drivers for gender planning? In: Sanchez de Madariaga, I. & M. Roberts (eds 2013): Fair Shared Cities. The Impact of Gender Planning in Europe. Farnham: 131-154.

Seitenreferenz in der Rahmenschrift: A131 – A154

Paper B)

City region of short distance for ALL? Planning the 'Everyday' for a Diversity and Mixity of Users in Functional Areas. Reviewed Paper für die Corp 2012. In: Schren, M., Popovic, V., Zeile P. & P. Elisei (eds 2012): Proceedings Real Corp 2012 'Remixing the city, Towards sustainability and resilience'. Schwechat 14 – 16 Mai 2012: 109-119

Seitenreferenz in der Rahmenschrift: B109-B119

Paper C)

How can 'Gender Planning' contribute to tackle the challenge of demographic change? In: Černič-Mali, B., & A. Koch (eds 2014: Demographic Transition. Special Issue - European Countryside. Brno. 1/2014: 68-87. DOI: 10.2478/euco-2014-0006

Seitenreferenz in der Rahmenschrift: C68 – C87

Paper D)

Gender Planning als Schlüssel für zukunftsfähige Dörfer und Städte. Handlungsansätze aus der Planungspraxis. In: Larcher, G., Oedl-Wieser, T., Schmidt, M. & G. Seiser (Hg 2014): Frauen am Land. Potentiale und Perspektiven. Innsbruck: 118-132

Seitenreferenz in der Rahmenschrift: D118 – D132

Paper E)

The Potential of Co-housing for Rural Austria. In: Tummers L. (ed 2015): Taking apart co-housing: the long-term perspective of self-managed collaborative housing. Special Issue of the Journal of Urban Research and Practice, Vol. 7(1), 2015: 46-63. DOI 10.1080/17535069.2015.1011426

Seitenreferenz in der Rahmenschrift: E46 –E63.

Verzeichnis der Abbildungen

<i>Abbildung 1: Theoriebezüge und Schlüsselkonzepte der Dissertation</i>	27
<i>Abbildung 2: Gender Mainstreaming eines Planungszyklus</i>	31
<i>Abbildung 3: Einbettung der Fallbeispiele im Sinne von Gender Governance-Prozessen und -Strukturen</i>	46
<i>Abbildung 4: GenderPlus Planung: Bausteine für eine feministische räumliche Planung</i>	49

Verzeichnis der Tabellen

<i>Tabelle 1: Überblick über die Fachbeiträge: Titel, inhaltliche Schwerpunkte, Manuskript und Erscheinungsjahr..</i>	7
<i>Tabelle 2: Die Forschungsfragen der Dissertation</i>	17
<i>Tabelle 3: Die 5 Paper nach Forschungsfragen und Raumbezug der Fallbeispiele.....</i>	28
<i>Tabelle 4: Die behandelten Fallbeispiele in den fünf Fachbeiträgen A bis E im Überblick.....</i>	30
<i>Tabelle 5: Synthese: Beiträge von Gender Planning/GM in der räumlichen Planung für Inhalte – Prozesse – Strukturen zur Bewältigung der Planungsherausforderungen.....</i>	32
<i>Tabelle 6: Strategische Fragen für die Integration von GM in allen Phasen eines Planungszyklus.....</i>	44
<i>Tabelle 7: Überblick über die behandelten Fallbeispiele in den fünf Fachbeiträgen A bis E.....</i>	46

Abkürzungsverzeichnis

CoHo	Co-housing – gemeinschaftliche Wohnformen
EIGE	European Institute for Gender Equality
GM	Gender Mainstreaming
GP	Gender Planning
EC	European Commission/Europäische Kommission
EU	Europäische Union
NÖ	Land Niederösterreich
ÖV	Öffentlicher Nahverkehr
Sbg	Salzburg
SROG	Salzburger Raumordnungsgesetz

Glossar

Das folgende Glossar soll einen schnellen Zugang zu den wichtigsten Begriffen der Arbeit bieten und zwar einerseits die Definition der Begriffe geben, andererseits die spezifische Verwendung der Konzepte z.B. im Kontext von räumlicher Planung und Raumentwicklung in der Arbeit erläutern. Zahlreiche Begriffe wurden in den vier englischsprachigen Papers in Englisch eingeführt, entsprechende Übersetzungen bzw. Übertragungen werden gekennzeichnet. Manchmal ist die deutschsprachige Übersetzung mit anderen Konnotationen beladen bzw. hat eine andere Diskursgeschichte, die in der Dissertation nicht verarbeitet werden kann.

Alltagsinfrastrukturen/Infrastructures of Everyday Life – Der Begriff „Everyday“ übertragen mit Alltag wurde in der Planung von Levebrve (1991/1959) und später von der skandinavischen Frauenbewegung als neue Planungsform propagiert (,The New Everyday Life‘ – u.a. Ellegård & Karlsson 2009). In der Arbeit werden neben den sozialen Infrastrukturen (Betreuung, Bildung, medizinische Versorgung, Treffplätze), den Versorgungsinfrastrukturen (Nahversorgung, persönliche, soziale, öffentliche Dienste,) auch die Mobilitätsangebote (Öffentlicher Verkehr) und die Wohnungsangebote sowie Kombinationen dieser Infrastrukturen unter diesem Begriff zusammengefasst.

Co-housing - gemeinschaftliche Formen von Bauen und Wohnen – von NutzerInnen mitgetragene Steuerung der Planungsprozesse, der Besiedelung und der Verwaltung. Schreibweise, wie für Publikation E mit der Herausgeberin vereinbart: Mit Bindestrich, wenn es sich um „hybride Formen“ von Co-housing handelt. Cohousing ohne Bindestrich nur, wenn es sich um deklarierte gemeinschaftliche Wohnformen handelt. Wird im Englischen als „Co-housing“ oder als „intentional communities“ bezeichnet. Im deutschsprachigen Raum findet man dafür u.a. die Begriffe des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens, die Kommunen, die Baugruppen oder Wohngruppen oder aber alternative Wohnformen. Die Arbeit (insbesondere Paper E) bezieht sich insbesondere auf die feministischen Ursprünge und Tradition dieser Wohnformen – um die Versorgungsarbeit (Haushalt, Kochen, Putzen, Kinderbetreuung etc.) anders zu regeln – und auf die aktuellen europaweiten Co-housing-Initiativen als selbst realisierte Wohnform mit selbst organisierten Alltagsinfrastrukturen.

Diskriminierungsverbot/Antidiskriminierung - Institutionell sind in der EU Gender Equality und Diskriminierungsverbot auf zwei Stellen aufgeteilt. (http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/index_en.htm). In der Stadt Salzburg sind die Themen aufgliedert im sogenannten BeauftragtenCenter: Frauen, Behinderung, Jugend, Integration und BewohnerService für die Stadtteilarbeit), im Land Salzburg sind Gleichstellung nach Geschlecht und alle anderen Diskriminierungsmerkmale ebenfalls in einer Stelle zusammengefasst nämlich im Referat Frauen.Diversität.Chancengleichheit <https://www.salzburg.gv.at/dienststellen/abteilungen/202/20205>

Diversity/Diversität/Vielfalt – Der Begriff wurde mit der Einführung des Gender Mainstreamings auf Grundlage des Vertrags von Amsterdam in Ergänzung bzw. Kontrast dazu eingeführt und umschreibt den Umgang mit Vielfalt in einer Organisation. Daher taucht Diversity meist mit Diversity Management auf. Diversity Management wurde für Unternehmen und private Institutionen in der EU verbindlich, während die Strategie Gender Mainstreaming für alle öffentlichen Stellen von Kommunen über Regionen, nationale Regierungen bis zu EU (Politik und Verwaltung) verbindlich ist.

Feministisch/Feminismus

Definition 1): Richtung der Frauenbewegung, die, von den Bedürfnissen der Frau ausgehend, eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Normen (z. B. der traditionellen Rollenverteilung) und der patriarchalischen Kultur anstrebt. (DUDEN <http://www.duden.de/suchen/dudenonline/Feminismus> - Zugriff am 15. 10. 2015)

Definition 2) Feminismus (abgeleitet von lateinisch femina Frau und -ismus über französisch féminisme)[1] bezeichnet sowohl eine akademische als auch eine politische Bewegung, die für Gleichberechtigung, Menschenwürde, die Selbstbestimmung von Frauen sowie gegen Sexismus eintritt.[2] Daneben verweist Feminismus auf politische Theorien, die – über einzelne Anliegen hinaus – die Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse, einen grundlegenden Wandel der sozialen und symbolischen Ordnung und der Geschlechterverhältnisse im Blick haben. Gleichzeitig erlauben sie Deutungen und Argumente zur Gesellschaftskritik.[3] (Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/Feminismus> - Zugriff am 15. 10. 2015)

Gender - Im Gegensatz zum Deutschen kennt das Englische mehrere Formen zu Bezeichnung des Geschlechts: das biologische Geschlecht ‚sex‘ (Frau, Mann, Transsexual oder Transgender) aber auch das soziale oder „erlernte“ Geschlecht, welches im Gegensatz zum biologischen Geschlecht „erlernt“ oder „anerzogen“ wird und sich in geographischen, kulturellen und zeitlich-historischen Kontexten wandelt (s. Land Salzburg Online - <https://www.salzburg.gv.at/themen/gesellschaft/diversitaet/gender-mainstreaming> - Zugriff am 13. 01. 2016, in Folge zitiert als: Land Salzburg, 2016b)

Stadt Wien Gender ABC – Gender Mainstreaming.

Online: <https://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/grundlagen/gender-abc.html> - Zugriff am 15. 05. 2016)

Die poststrukturalistische Kritik an der Mann/Frau Zweigeschlechtlichkeit und an der Heteronormalität (Mann/Frau sexuelle Orientierung als Norm) führte zu einer Erweiterung des Geschlechterbegriffes, der mehr als zwei Geschlechtsformen ermöglichen soll und entweder mit dem Begriff QUEER oder später mit LGBT (Lesbian-Gay-Bisexual-Transgender oder Transsexual) bezeichnet wird (z.B. Butler 1993)

gendern/egendert - Damit wird die Verbform der Praxis des Gender Mainstreamings bezeichnet in Übertragung des englischen Begriffes „gendering“ oder „engendering“ (vgl. z.B., GenderSTE 2015, Roberts 2013)

Gender Equality – Dt. Übertragung – Gleichstellung der Geschlechter/Gleichberechtigung:

Gemäß European Community of Practice on Gender Mainstreaming in the ESF¹ (Gender-CoP):

Gender equality means that structures and decision-making processes neither privilege nor discriminate women or men, in all their diversity.

Gender equality means the full participation of women and men in all spheres of public and private life. Gender equality means more than just ensuring equal treatment and opportunities; it must be visible in a balanced distribution of power and resources and shared responsibilities between women and men within society. (Gender CoP <http://www.gendercop.com/our-task/> - Zugriff am 20. 10. 2015) - siehe auch die Stichworte Diskriminierungsverbot und Diversity.

Gender Equality Policies – Politik der Gleichstellung der Geschlechter/Geschlechtergerechtigkeit

Sowohl in der EU als auch in Österreich wird der duale Zugang aus Gender Mainstreaming und Frauenförderung oder auch Männerförderung (Positive Measures) vorgegeben.

Ungleichbehandlung und Diskriminierung erfolgen nicht nur aufgrund des Geschlechts, sondern auch aufgrund weiterer Merkmale, wie z.B. Alter, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft/Race, Religion, Behinderung u.a. In der EU und in manchen Verwaltungen gibt es zwei thematische Zuständigkeiten: Gender Equality und Anti-Discrimination. In vielen österreichischen Landes- und Stadtverwaltungen sind diese beiden Themen in einer Stelle zusammengefasst (wie z.B. Land Salzburg).

Mit der EU-Politikperiode 2014-2020 ist europaweit mit den Europe 2020 Zielen das Themenfeld der Inklusion/Exklusion in den Diskurs gekommen (EC – 2015 A smart, sustainable and inclusive growth strategy http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/priorities/index_en.htm - Zugriff am 12.03.15).

Gender Mainstreaming (1) - Lt. Europäischer Kommission ist GM (...) *'the integration of the gender perspective into every stage of policy processes - design, implementation, monitoring and evaluation - with a view to promoting equality between women and men. It means assessing how policies impact on the life and position of both women and men - and taking responsibility to re-address them if necessary.*

This is the way

- to make gender equality a concrete reality in the lives of women and men;
- *to improve policy-making by bringing it closer to the citizens' needs.'* (European Commission 2016a: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/index_en.html - Zugriff am 23. 05. 16).

¹ Europäischer Sozialfonds

Gender Mainstreaming (2) ist ein international üblicher Fachbegriff, der aus dem Englischen übernommen wurde. Der Ausdruck Gender bezeichnet das soziale Geschlecht oder das anerzogene Geschlecht. Gender bedeutet also mehr als nur die biologischen Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Es bezieht auch Erziehung nach bestimmten Geschlechterrollen und gesellschaftliche Erwartungen und Normen an Frauen und Männer ein. Mainstreaming bedeutet „in den Hauptstrom bringen“. So lässt sich aus Gender Mainstreaming die deutsche Übersetzung „durchgängige Gleichstellungsorientierung“ ableiten.

Gender Mainstreaming basiert auf der Erkenntnis, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt und Männer und Frauen in sehr unterschiedlicher Weise von politischen und administrativen Entscheidungen betroffen sein können.

Der Ansatz ist eine international anerkannte Vorgangsweise und rechtlich verankerte Strategie der Gleichstellungspolitik, um faktische Gleichstellung in allen Politik- und Lebensbereichen zu erreichen und die existierende Geschlechterordnung zu überwinden. Die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern sollen bei allen gesellschaftlichen Vorhaben von vornherein und regelmäßig berücksichtigt werden, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Mit dieser Methode soll zu einer geschlechtergerechten und solidarischen Gesellschaft beigetragen werden, in der Chancen, Möglichkeiten und Verpflichtungen gleich verteilt sind. In dieser Gesellschaft können alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben entsprechend ihren persönlichen Fähigkeiten, Bedürfnissen und Wünschen führen (Land Salzburg 2016).

Gender Planning verwende ich im Text als Synonym für Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung und führe es in Kapitel 2.3.8 weiter aus.

Gleichstellung in der Österreichischen Bundesverfassung: Allgemeine Grundrechte und der Auftrag zum Erreichen der Gender-Gleichstellung generell und bei der Haushaltsführung (auch Gender Budgeting-Vorgabe genannt) sowie die Möglichkeit, Frauen oder Männer spezifisch zu fördern (positive Maßnahmen zu setzen) sind in der Bundesverfassung vorgegeben:

Art 7 (1) B-VG: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Art 7(2) B-VG: „Bund, Länder und Gemeinden bekennen sich zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau. Maßnahmen zur Förderung der faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern insbesondere durch Beseitigung tatsächlich bestehender Ungleichheiten sind zulässig.“

Art 13(3) B-VG: „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben“. (BV-G 2016)

Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung /-planung - Die Definition stammt aus dem Jahr 2003, der Zugang ist nach wie vor aktuell. Demnach kann „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ (...) als ein regionalpolitisches Konzept zur Gestaltung räumlicher Entwicklungsprozesse verstanden werden, das ein gleichgestelltes Zusammenleben von Frauen und Männern realisieren und dabei besonders die Selbstbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen erweitern will. Sie hat das Ziel, die in der Regionalpolitik gesetzten Interventionen so zu adaptieren und zu erweitern, dass sie zur Verwirklichung einer nachhaltigen Geschlechterdemokratie beitragen (Aufhauser et al 2003, 46).

NutzerInnenorientierte/bedarfsgerechte Raumplanung (user oriented, requirement oriented) – bezeichnet/umschreibt einen sozialräumlich orientierten Planungszugang und macht mit dieser Begrifflichkeit die Gender Planning–Zugänge anschlussfähig und greifbar (s. dazu etwa den Schlussbericht von GenderAlp! „Bedarfsorientierte Raumplanung“, Zibell (2006a) oder das Handbuch Gender

Mainstreaming der Stadt Wien (2013), welches häufig von NutzerInnen Orientierung spricht, um die differenzierten Planungszugänge inkl. „Gender“ zu beschreiben). Denn „Bedürfnisse“ und „NutzerInnen“ sind in der Raumplanung und im Städtebau häufig verwendete Begriffe.

Raumordnung - als rechtlich definierter Begriff, der die Gestaltung eines Raumes zum Ziel hat und gesetzlich durch die Raumordnungsrechte der österreichischen Bundesländer geregelt ist (z.B. SROG).

Spatial Planning/Raumordnung oder räumliche Planung - Oberbegriff für alle institutionellen und von planerischem Handeln geleiteten Aktivitäten für eine optimierte Raumnutzung (Ortsplanung, Regionalplanung, Planung der Länder, Bundesplanungen wie Gefahrenzonenplanung, u.a.)

In Salzburg ist die hoheitliche Planung (Raumordnung und Landesplanung) in einer Verwaltungseinheit zusammengefasst, die auch für Wohnbau und Wohnbauförderung zuständig ist (allerdings aktuell auf zwei politisch verantwortliche LandesrätInnen aufgeteilt). Regionalentwicklung ist institutionell auf mehrere Abteilungen verteilt und wird über die Regionalmanagements in den Regionen umgesetzt. Dies erfolgt entweder im Rahmen einer Vereinsstruktur (Regionalentwicklungsvereine, Leader-Vereine) oder im Rahmen von Regionalverbänden nach Raumordnungsrecht, sofern die administrative Gliederung die gleiche ist.

Teil I – Rahmenschrift



Quelle:

Ted Scapa 1991 – aus Häberli et al (1991)
(mit freundlicher Genehmigung des Künstlers)

1 Zur Einführung: Problemstellung, Background und Ziele

1.1 Problemstellung

Herausforderungen einer Gesellschaft im Wandel - Krise der Raumplanung

Städte und Regionen in Europa, ja weltweit, sind inmitten enormer Umbrüche und gesellschaftlicher, ökologischer, ökonomischer und kultureller Transformationsprozesse: Da ist z.B. der demographische Wandel mit tiefgreifenden Änderungen in der Bevölkerungsstruktur nach Altersgruppen, Herkunft, Erwerbsbiographien, Lebensentwürfen, Familien- und Partnerschaftsformen. Zu nennen ist weiters die selbstverständliche Vollzeit-Berufstätigkeit von Müttern und Vätern kleiner Kinder, hohe Qualifizierung und Mobilität von Frauen und Männern (dazu siehe Paper C, Bausch et al 2014, DEMOCHANGE 2013, ZGB 2005).

Als weitere Herausforderung zu nennen ist der Klimawandel (EC 2014a), der einen tiefgreifenden Umbau der bisherigen Energie- und Ressourcennutzung sowie der Versorgungs- und Konsummuster erfordert (EC 2014b, *EU-Roadmap for Low Carbon Economy*). Dieser Systemumbau führt die Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsdebatte des ausgehenden 20. Jahrhunderts fort.

Da ist schließlich das universelle Menschenrecht und Gleichstellungsgebot und das Verbot von Diskriminierung jeglicher Art². Daran anknüpfend und im Fokus der vorliegenden Arbeit stehen die politischen Bemühungen um rechtliche vor allem aber um faktische Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Buben in der Gesellschaft.

Diese Grundwerte der westlichen Verfassungen seit der französischen Revolution wurden als solche auch in den Gründungsdokumenten der EU verankert (Vertrag von Rom) und immer wieder erneuert. Besonders wichtig für Gender-Equality war die Erneuerung des Anspruchs auf faktische Gleichstellung und die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, diese aktiv zu befördern, wie sie 1999 mit dem Vertrag von Amsterdam und bis 2005 EU-weit in allen Nationalstaaten in Kraft trat. Die EU formuliert den Auftrag für jegliches Politik- und Verwaltungshandeln, darauf hinzuwirken, dass Ungleichheiten erkannt und Gleichstellung erreicht wird (EC 1999)³.

Diese Themen sind gewaltige Herausforderungen für eine räumliche Planung, die den Anspruch stellt, gleichwertige Lebensbedingungen bereitzustellen und den Lebensraum im Interesse des Gemeinwohls bestmöglich zu sichern und zu nutzen (z.B. SROG §1 Abs. 1). Räumliche Planung, die weiters zum Ziel hat, die absehbaren Bedürfnisse der BewohnerInnen für Wohnraum, Mobilität, Versorgung, Erwerbstätigkeit bestmöglich zu erfüllen (SROG § 2 Abs. 5⁴). Die Raumplanungspraxis stößt massiv an ihre Grenzen und es gelingt ihr immer weniger, die Bedürfnisse der BewohnerInnen zu decken und die Funktionsfähigkeit der Räume aufrecht zu erhalten. Dies gilt z.B. für die sozialen Infrastrukturangebote und die selbständige Mobilität z.B. von Kindern und Jugendlichen, die auf gute Busverbindungen oder auf Bring- und Holddienste per PKW – meist durch die Mütter- angewiesen sind. Die Regionalzentren und Dörfer verlieren zum Teil ihre Versorgungsangebote (vgl. Land Salzburg 2013b). Die Folgen einer unzureichenden Planung und Regionalentwicklung sind vielschichtig und weitreichend. Teilweise steht massivem Leerstand in einer Gemeinde gleichzeitig Zersiedelung gegenüber. Die Bevölkerung wandert selektiv ab, ins-

² Menschenrechtskonvention bzw. Art 7 (1) der Österr. Bundesverfassung: Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

³ Vertrag von Amsterdam 1999: § 3 Abs. 2(2): „Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“

⁴ § 2 Raumordnungsziele – und Grundsätze - Abs. 5.

besondere gut ausgebildete jüngere Frauen. Darüber hinaus gehen landschaftliche, kulturelle, ökologische und soziale Qualitäten verloren. Und mit einem schwierig zu bewältigenden Lebensalltag ist natürlich auch Verlust von Lebensqualität (ROB 2015, DEMOCHANGE 2013) sowie verstärkte Abwanderung von qualifizierten jungen Frauen verbunden (s. Paper C). Auch die fehlenden Erfolge in der Bereitstellung von leistbaren und vielfältigen Wohnangeboten in ausreichender Menge, Lage- und Umfeldqualität für eine sich immer stärker differenzierende multi-kulturelle Gesellschaft im Wandel kommt nicht aus den Schlagzeilen (z.B. Standard 18. 07. 12). Der Ruf nach offeneren Entscheidungsprozessen, sogenannten neuen Formen von „Governance“ und Zusammenarbeit mit „Stakeholdern“, der Ruf nach gemeinschaftlich geplanten Wohn- und Arbeitsformen wird stärker. Und zwar sowohl von oben (top-down), wie z.B. Programmbehörden der EU, Landesregierungen, Fachdisziplinen (z.B. Alpine Space 2014-20, ÖREK 2011), als auch von unten (bottom-up), nämlich den BürgerInnen, den Vereinen, der Medienöffentlichkeit aber auch den Gemeinden (z.B. SN 25. 05. 2016). Und dabei steht weniger die starke Dominanz von Männern in der Kommunalpolitik, sondern die Einbeziehung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und die verbesserte Koordination zwischen den Verwaltungsebenen im Mittelpunkt.

Kurz: Die Raumplanung ist in der Krise und braucht Innovationen. Die vorliegende Dissertation versucht nun zu zeigen, dass Gender Mainstreaming in der Planung (= Gender Planning) mit dem konsequenten Blick auf die Menschen als Beteiligte, als NutzerInnen oder als Selbstplanende den Rahmen für die erforderlichen Planungsinnovationen schafft und dafür erforderliche Instrumente bereit stellt.

Gender Mainstreaming seit 1999 verbindlich in der räumlichen Planung

Mit der Ratifizierung des EU-Vertrags von Amsterdam 2003 hat Österreich auch die verbindliche und systematische Gleichstellungspolitik übernommen. Demnach müssen alle Verwaltungsaktivitäten, damit auch die Raumplanung und Regionalentwicklung, auf ihre Wirkung auf Frauen und Männer und bestehende oder verstärkte Ungleichheiten überprüft werden. Die Strategie des Gender Mainstreamings⁵ ist daher auch auf alle Schritte der räumlichen Planung anzuwenden, und zwar von lokal (Orts- und Regionalplanung) über national, grenzüberschreitend (z.B. INTERREG) oder EU-weit.

Zentrale Fragen aus Sicht der Planung generell und für die vorliegende Dissertation waren daher: Was macht Planung zu „Gender Planning“? Wie und mit welchen Instrumenten kann die Raumplanung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in räumlichen Strukturen beitragen?⁶ Wie kann z.B. das Raumordnungsprinzip des Salzburger Raumordnungsgesetzes umgesetzt werden, welches eine verstärkte Berücksichtigung unterschiedlicher Auswirkungen von Planungen auf Frauen und Männer, auf Kinder und Jugendliche, auf ältere Menschen sowie auf Menschen mit Behinderung fordert (SROG §2 Abs. 2 Zi.12).

Für die Summe aller Prozesse, Methoden, Planungsinhalte und Konzepte, welche die Strategie des Gender Mainstreamings in die räumliche Planung einführen, wird in der Folge der Begriff ‚Gender Planning‘ verwendet. Die Konzepte „Gender“, „Räumliche Planung“ und „Gender Planning“ und deren Einbettung in die Fachdisziplinen werden detailliert in Abschnitt 2.3 erläutert.

⁵ Gender Mainstreaming als Strategie wurde aus dem Englischen übertragen und bedeutet, dass bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben die unterschiedlichen Auswirkungen die Lebenssituationen und die Interessen von Frauen und Männern grundsätzlich und systematisch berücksichtigt werden (s. Kapitel 2.3).

⁶ Mehr zu den Konzepten von Gleichstellung, Gender Mainstreaming, Gender in der Planung und den verwendeten Schlüsselkonzepten siehe Kapitel 2.3 und Glossar.

Versorgung und Alltagsinfrastrukturen im Fokus:

„Verplante“ Raumstrukturen und Versorgungsinfrastruktur treffen Frauen stärker als Männer

Die gesellschaftliche Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Familien- und Versorgungsarbeit (Putzen, Waschen, Kochen, Kinder und Kranke pflegen) ist nach wie vor ungleich und dies nicht nur in Österreich sondern europaweit. Die damals sehr umstrittene Aktion „Ganze Männer machen halbe-halbe“ (in Hausarbeit, Kinderbetreuung etc.) der österreichischen Frauenministerin Konrad in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts geht nahtlos über in die aktuell laufenden Debatten um Väterkarenz und Papamonat⁷. Und damit verbunden ist in Österreich eine sehr hohe und seit 1990 steigende Teilzeitquote bei der Erwerbstätigkeit von Frauen. Jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit, bei den 25- bis 49-Jährigen waren es über 70%, hingegen nur 6% bei den Männern (Statistik Austria 2015). EU-weit investieren berufstätige Frauen im Schnitt deutlich mehr unbezahlte Arbeitsstunden als Männer in Versorgungsarbeit, in Kinderbetreuung und für Begleitwege (Eurofound 2013, 58) und waren somit überwiegend unfreiwillig in Teilzeit mit allen Folgen für ihre Karriere, für ihr Einkommen und die spätere Pensionshöhe (EC 2016b).

Aus räumlicher Sicht heißt das, dass Frauenalltage als Haushaltführende, Pflegende, Mutter stärker von Raumplanungsfehlern und der unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit ihren Grundbedürfnissen (§ 2 Abs.1 Zi.5 SROG) und der Ausdünnung der Infrastrukturen betroffen sind als die der Männer. Und zweitens ist das Thema „Alltagsmanagement“ und „Alltagsinfrastrukturen“ aus Sicht der BewohnerInnen in der Planung außerhalb der Städte wenig präsent, vielfach auch auf Standortfragen für soziale Infrastrukturen reduziert. Das skandinavische Konzept und Handlungsmodell ‚*The New Everyday Life*‘ und die dazugehörigen ‚*Infrastructures of Everyday Life*‘, welches in den 80er Jahren aus feministischer Planungskritik formuliert und ständig weiterentwickelt wurde, ist somit ein hervorragendes theoretisches Konzept zur Beurteilung von Raum- und Standortqualitäten aus Sicht der Menschen (mehr Ausführungen dazu siehe Abschnitt 2.3).

Ungleiche Beteiligung – Männer bestimmen die Kommunal- und Regionalpolitik

Neben der feministischen Kritik an Planungsinhalten ist auch die ungleiche Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen in Planung und Regionalentwicklung im Fokus. Auch hier war und ist Skandinavien Vorbild mit dem ‚*Eurofem-Toolkit*‘ (Eurofem 2000), das verstärkte Beteiligung von Frauen in der lokalen und regionalen Entwicklung zum Ziel hatte und diese auch erreicht hat.

In Österreich ist die Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsprozessen zur Raumplanung sowie auch in der Regionalentwicklung nach wie vor äußerst gering: Seit der bahnbrechenden Arbeit von Aufhauser et al im Jahr 2003, die die geringe weibliche Beteiligung an Entscheidungsprozessen aufzeigte, hat sich der Frauenanteil in der Politik und in den Interessenvertretungen eher verringert als erhöht (Oedl-Wieser et al 2012). So sind z.B. von den 119 Gemeinden des Landes Salzburg lediglich drei von einer Bürgermeisterin geführt, österreichweit sind es 141 Bürgermeisterinnen, hingegen 2213 Bürgermeister (GENDERATLAS 2015). Da die Entscheidungsgremien in den Regionalverbänden aus der Summe der BürgermeisterInnen gebildet werden, setzt sich das Missverhältnis auf regionaler Ebene fort, auch wenn die Frauen in der Umsetzung der Regionalentwicklung als Regionalmanagerinnen bestellt werden, Zahlen gibt es dazu aber keine.

Die Kritik an diesen Machtverhältnissen und die Forderung nach einer geänderten Kultur in der Politik und in der Zusammenarbeit in den Gemeinden und Regionen ist eine Kernforderung nicht nur der femi-

⁷ Die Frauenministerin musste damals zurücktreten. Doch auch noch 2016 scheiterte die rot-schwarze Koalition an einer Vereinbarung zur Väterkarenz und zum Papamonat.

nistischen Planungskritik sondern auch der Programmplanungsbehörden für die Regionalentwicklung (Stichwort: Frauenquote in den Entscheidungsgremien⁸) und vieler Planungsinnovationen, die die Mitbestimmung der Frauen an der Entwicklung und Zukunftsplanung des Lebensraums erhöhen möchten.

1.2 Motivation der Forscherin und feministische Forschungsperspektive

Nicht nur ein feministischer Forschungszugang anerkennt, dass die Person der Forschenden immer in die wissenschaftliche Arbeit eingreift, von der Formulierung der Forschungsfragen bis zu gewählten Methoden und Schlussfolgerungen (Roberts/Buckingham 2015). In diesem Sinne ist es unumgänglich, die Herkunft und der Forschungsmotivation der Autorin offenzulegen.

Aufgewachsen in einem gut ausgestatteten Regionszentrum im Ennspongau (Radstadt) als **Tochter** von Kaufleuten. Mit fußläufig erreichbaren Alltagsinfrastrukturen verwöhnt, denn das Lebensmittel- und Spielwarengeschäft waren im Haus, die Lagegunst an der Hauptstraße brachte die besten Standortqualitäten mit sich, so auch die optimale Erreichbarkeit von Schulen, DienstleisterInnen, von FreundInnen, Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten wie Schwimmbad, Schipiste, Cafés, Kino u.a. Als **Jugendliche** der siebte Maturajahrgang nach der Errichtung eines Oberstufen-Gymnasiums „auf dem Land“. Als Geographin und Romanistin vom Studienort Salzburg mit besten Bus- und Bahnverbindungen nach Hause mit dem Pongau und der Heimatgemeinde in Verbindung geblieben. Beruflich als **Orts- und Regionalplanerin** von kleinen Gemeinden und Teilregionen in Salzburg, Kärnten und Oberösterreich mit der bestmöglichen Sicherung der Lebensgrundlagen und mit der Bereitstellung von Alltagsinfrastrukturen für deren BewohnerInnen beauftragt.

Tätig als **Frau in einer Männerwelt, als Beraterin** von Bauamtsleitern, Gemeindevertretern, Bürgermeistern, Bauausschussmitgliedern, Bauern und Unternehmern als Grundbesitzer und Verhandlungspartner, dadurch zur Feministin geworden. Unzufrieden mit den zahnlosen Instrumenten und der Vollzugspraxis der Raumplanung, unzufrieden mit der Fragmentierung, Verrechtlichung und Ökonomisierung der Planungspraxis, bei welcher die Lebenswelt und der Alltag der Menschen und damit auch die Anschlussfähigkeit der Raumplanung an die BürgerInnen verloren gehen. Unzufrieden mit dem Fehlen der Frauenperspektiven – wie können so die Grundbedürfnisse und der Bedarf überhaupt definiert werden? Unzufrieden, dass die „Dagebliebenen“, die in sogenannten Schlafdörfern ihren gesamten Alltag verbringen, nicht an der Entwicklung und Gestaltung ihres Lebensraumes mitwirken (können/wollen). Die Erweiterungen der Lebensräume, die Vernetzung in der Region, über Landesgrenzen und mit dem weltweiten Netz global hinaus als Befreiung und Chance sehend aber auch den rasanten Verlust und das Fehlen von sozialen Infrastrukturen und weiteren zentralörtlichen Angeboten auf dem Land erkennend. Unzufrieden mit der systematischen Ungleichheit der Mobilitätsangebote und die Verlegung der Finanzierungslast dieser zunehmend reduzierten Angebote auf die Kommunen, während niemand die Finanzierung von Landesstraßen von der Frequenz der Fahrzeuge abhängig machen würde.

Als **Forscherin** mit kritischer Geographie und mit dem „Frauenleben im Calancatal“ (Meier o.J./1989) auf integrative geographische Forschungszugänge aufmerksam geworden. Interessiert am Verstehen, wie Raumplanung funktioniert, interessiert an Modellen der Beteiligung, an feministischer Planungskritik, an kreativen Zugängen zu planerischen Herausforderungen und interessiert an der Innovation der bisherigen Planungspraxis. Auf der Suche nach Ansätzen zu einer ganzheitlichen Sicht, Einbeziehung von Alltagsperspektiven, an Planung von unten mit Menschen wie du und ich, Frauen und Männern möglichst aller Altersstufen, an gemeinschaftlicher Wissensproduktion und partizipativer Infrastrukturentwicklung interessiert. Feministisch geblieben mit dem Wunsch nach De-Hierarchisierung und gleicher Augenhöhe

⁸ Mehr zu den Quoten siehe Kapitel 4

zwischen ExpertInnen und BürgerInnen, GrundbesitzerInnen und Wohnungssuchenden, Stadt- und DorfbewohnerInnen, Wahlberechtigten und MigrantInnen. Wunsch nach Narrativen, gemeinsamen Bildern und Geschichten aus der Zukunft und nach gemeinsamer Umsetzung.

Spezielle Rezeption des Themas „Gender in der Planung“

Die Zugänge der Autorin zum Themenfeld Gender Mainstreaming und Gleichstellung erfolgt vom Standpunkt der Planung und Raumentwicklung aus. Der intensive Forschungsaustausch der Autorin in internationalen Netzwerken erschloss neben der deutschsprachigen Gender- und Planungspraxis (Aufhäuser, Damyanovic, Oedl-Wieser, Zibell u.a.) vor allem englischsprachige Literatur zu Gender und Planung (Fainstein, Healey, Roberts, Tummers), zu Stadtplanung wie z.B. *Cities and Gender* (Greed, Jarvis, Roberts) und ‚Everyday Life‘-Konzepten aus Skandinavien (Gilroy & Booth, Horelli & Wallin, Dymén et al). Auf der Suche nach konkreten Gender Planning-Arbeiten wurden die umfangreiche Forschung und Theoriebildung aus den Gender Geographien (z.B. Wastl-Walter) und weitere Zugänge, wie sie u.a. im Arbeitskreis Geographie und Geschlecht publiziert wurden (z.B. Wastl-Walter, Fleischmann & Meyer-Hanschen) und viele weitere im Arbeitskreis Geographie und Geschlecht erst später entdeckt. Die Theoriebezüge der Arbeit und die Kontextualisierung werden im Kapitel 2 detailliert dargelegt.

1.3 Ziel der Arbeit

Aufgrund der oben geschilderten Problemstellung und des Backgrounds der Autorin verfolgt die Arbeit daher folgende Ziele:

- Reflexion von 15 Jahren Praxiserfahrung von Gender Planning, gleichstellungsorientierter Raumentwicklung und Gender Mainstreaming in der räumlichen Entwicklung in Österreich und Deutschland anhand von Fallbeispielen aus diesem Raum.
- Überprüfung, inwieweit die Gender Planning-Konzepte zur Bewältigung der aktuellen planerischen Herausforderungen und zu notwendiger Planungsinnovation beitragen.
- Aufzeigen von Defiziten und Ableitung von Empfehlungen für NutzerInnen- und gleichstellungsorientierte feministische Raumplanung

Welche Forschungsfragen im Detail formuliert und in den Beiträgen bearbeitet wurden, ist im Abschnitt 2.2 behandelt (s. Überblick über die Forschungsfragen in den Beiträgen Tabelle 3).

1.4 Aufbau der Dissertation und Überblick über die Fachbeiträge

Die kumulative Dissertation gliedert sich in die zwei Hauptteile Rahmenschrift (Teil I) und die fünf Fachbeiträge (Teil II). Die Fachbeiträge sind nach Entstehungsdatum des Manuskripts mit den Buchstaben A bis E durchnummeriert (s. folgende Übersicht in Tabelle 1).

Die Ordnungsbuchstaben A-E folgen dem Zeitpunkt des Abschlusses der Manuskripte. Diese Buchstaben dienen auch als Zuordnung für die Referenzierung auf Seitennummern in den Artikeln.

Nr	Titel des Fachbeitrags	Erscheinungsjahr (Manuskript) Sprache	Inhaltlicher Fokus
A	European programmes for cities and regions. Drivers for gender planning? 2013	07/2013 (08/2011) Englisch	GM als Top-down Strategie: Mechanismen, Umsetzung und Wirkung in EU-Programmen und in Projekten von EU bis AT
B	City region of short distance for ALL? Planning the 'everyday' for a diversity and mixity of users in functional areas.	05/2012 (03/2012) Englisch	,Everyday' – Alltagsinfrastrukturen analysieren und planen in Funktionalregionen
C	How can ,gender planning' contribute to tackle the challenge of demographic change?	02/2014 (12/2012) Englisch	Transfer von GM/GP auf Planung mit dem demographischen Wandel Gegenderter Planungszyklus Gender+ in 5 Kernthemen: (un-) bezahlte Arbeit, Beteiligung und Mitwirkung, Alltagsinfrastrukturen als Kernaufgaben gegen selektive Abwanderung.
D	Gender Planning als Schlüssel für zukunftsfähige Dörfer und Städte. Handlungsansätze aus der Planungspraxis.	06/2014 (05/2013) Deutsch	Praktische Umsetzung von GP nach Planungsinhalt, Prozess, Struktur (ländl. Raum im Fokus).
E	The Potential of Co-housing for Rural Austria.	01/2015 (03/2014) Englisch	Planungsinnovation durch "praktisches und angewandtes Gender Planen" am Beispiel CoHo. Lernen von CoHo-Praxis (bottom-up) für die Planung.

Tabelle 1: Überblick über die Fachbeiträge: Titel, inhaltliche Schwerpunkte, Manuskript und Erscheinungsjahr.

Eine detaillierte Übersicht über die bearbeiteten Forschungsfragen in den Fachbeiträgen findet sich in Tabelle 3.

2 Kontext & Schlüsselkonzepte

2.1 Kontext 1: Zeitlich-historisch, gesetzlich-administrativ und geographisch-raumstrukturell

In Verbindung mit den bereits bestehenden Praxiserfahrungen und Theorieansätzen einer feministischen, einer frauengerechten, einer gendersensiblen und einer ‚gegenderten‘⁹ Raumplanung (Roberts 2013) in europäischen Planungskontexten, stellt die Dissertation die in Fachbeiträgen reflektierte Forschung und Praxis der Autorin in Österreich und in Alpenraumländern im Vergleich mit anderen europäischen Praxiserfahrungen in den Mittelpunkt.

2.1.1 Zeitlich-historischer Kontext

Die 15-jährige Umsetzungspraxis der anfangs „verordneten“ Gender Mainstreaming Strategie in allen Politikfeldern und insbesondere in Raumplanung und Regionalentwicklung sind Anlass und Fokus für eine Bilanz der Erfolge und der Defizite. Diese Bilanz erfolgt auch im Lichte der neoliberalen Entwicklungen und der beobachteten Verlangsamung der Fortschritte, in manchen Bereichen sogar der massiven Rückschritte in der faktischen Gleichstellung und Nichtdiskriminierung der Geschlechter.

An dieser Stelle sollen ausdrücklich die immense Bedeutung der feministischen „Vorgeschichte“ und die vielfachen Erfahrungen und Aktivitäten der unterschiedlichen Wellen der Frauenbewegung in Österreich und Deutschland, aber auch international gewürdigt werden.

Das Erkämpfen von politischer Mitbestimmung und rechtlicher Gleichstellung als Wahlberechtigte, als Bürgermeisterin, Geschäftsführerin eines Regionalverbands, als Ministerin, Bundeskanzlerin, EU-Ratspräsidentin oder UN-Generalsekretärin (kommt die?), der Zugang zu Bildung und Forschung an Hochschulen und Universitäten (2013 die erste Frau als Rektorin einer Technischen Universität, 2015 die erste Frau als Vorsitzende der Rektorenkonferenz in Österreich), die wenigen Stadtplanungsleiterinnen und die wachsende Zahl an Raumplanerinnen und Landschaftsplanerinnen zeigen, wie aktuell das Thema der faktischen Gleichstellung der Geschlechter – nicht nur in Österreich – ist.

Auf internationaler Ebene zu nennen sind die nach wie vor wirksamen Forderungen und Aktionen der Vierten Weltfrauenkonferenz der UN in Beijing 1995¹⁰. Nicht nur die Erneuerung der Gleichstellungsforderung der EU und die damit verbundene verpflichtende Einführung der Gender Mainstreaming Strategie beruft sich auf diese Weltfrauenkonferenz. Nach wie vor werden weltweit die Gleichstellungspolitik, Nachhaltigkeits- und Klimapolitik aber auch Wirtschaftspolitik von Beijing 1995 inspiriert und angetrieben. An vorderster Front zu nennen ist die ‚Beijing+20 Platform for Action‘, welche sich seit 2015, also 20 Jahre nach der Vierten Weltfrauenkonferenz¹¹ die Überwachung der Umsetzung der damaligen Be-

⁹ Die Autorin verwendet diesen Neologismus „gendern/gegendert“ in Analogie zum Englischen, welches für die Verbform des Umsetzens von Gender Mainstreaming die Begriffe „gendering/gendered“ oder noch aktiver „engendering“ verwendet (s. z.B. Roberts 2013).

¹⁰ Die Ergebnisse der Vierten Weltfrauenkonferenz Beijing 1995 sind nach wie vor relevant und Grundlage aktueller Frauenpolitik. Die Arbeit des Europäischen Institutes for Gender Equality (EIGE) bezieht sich wie viele andere direkt darauf.

¹¹ Mehr dazu unter <http://beijing20.unwomen.org/en>

schlüsse zur Kernaufgabe macht. Auch das EIGE, das Europäische Institut für Gender Equality in Vilnius hat sich die Begleitung der Umsetzung dieser Ziele zur Kernaufgabe gemacht¹². Zu nennen sind aber auch die UN-Plattform ‚*Women and the Sustainable Development Goals*‘, die weltweit und daher auch in Europa mit dem Regionalbüro ‚Europe and Central Asia‘ die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik aus Sicht der Gleichstellungs- und Frauenpolitik vorantreibt¹³.

Zusammenfassend soll hervorgehoben werden: Die Arbeit baut in vielen Bereichen auf Projekten und Erfahrungen der frauengerechten Architektur, Stadt-, Regional- und Landschaftsplanung und deren (persönliche) Rezeption und der fachlichen Diskussion der Autorin mit WissenschaftlerInnen aus dem europäischen Forschungs- und Praxisnetzwerk GDUS – ‚*Gender and Diversity in Sustainable Urban Development*‘¹⁴ auf.

Seit 2012 hat sich der Diskussionsschwerpunkt in das breiter aufgestellte EU-geförderte COST-Action Netzwerk ‚*GenderSTE – Gender in Science, Technology and Environment*‘¹⁵ verlagert. Das Forschungsnetzwerk legt sowohl die thematischen wie auch institutionellen Grundlagen einer „gegenderten“ Forschung und Technologie (-Politik) fest, die erst Forschungsexzellenz, Innovationspotentiale und Lösungskompetenz im Bereich der Medizin, Technik, Raumplanung, Umweltqualitäten, Energie und Klimawandel vorantreiben. So werden u.a. Forschungslücken identifiziert, Handlungsfelder und Forschungsthemen für das Gendern der *Sustainable Development Goals* (November 2015) benannt oder des UN-Habitat¹⁶ -Forum für die Konzeption einer besseren Zukunft der Städte auf Gleichstellungs- und Frauenpolitik ausgerichtet. In der Konferenz von GenderSTE in Madrid im Jahr 2016 zum Thema „Engendering Habitat III“¹⁷ werden die Ergebnisse dieser Arbeiten präsentiert (www.genderste.eu).

AutorInnen und KooperationspartnerInnen dieser beiden Netzwerke haben parallel zur Entstehung der Fachbeiträge dieser Dissertation (2011-2014) in zahlreichen Forschungsbeiträgen, Handbüchern und Leitfäden substantiell zur Theoriebildung und zur Entwicklung von Gender Planning/GM in der räumlichen Planung als europäische Fachdisziplin beigetragen. Diese zwischen 2014 und 2016 erschienenen Publikationen standen für die fünf Fachpublikationen noch nicht zur Verfügung, da das Manuskript für Paper E im März 2014 abgeschlossen wurde, aber erst im Jänner 2015 erschienen ist. In der Rahmenschrift wird Bezug auf diese aktuellen Publikationen genommen, um diese zeitliche Lücke zu schließen, insbesondere für die Beschreibung der (nunmehr weiterentwickelten) Schlüsselkonzepte und der Theoriebasis.

¹² Mehr dazu siehe die EIGE-Webpage <http://eige.europa.eu/monitoring-the-bpfa>

¹³ Siehe die Webplattform <http://www.unwomen.org/en/news/in-focus/women-and-the-sdgs> und Regionalbüro Europa und Zentralasien <http://eca.unwomen.org/en>

¹⁴ Dieses informelle Netzwerk wurde 2009 auf Initiative der französischen Soziologin und Stadtforscherin Sylvette Denèfle (Universität Tours) gegründet und tauscht Wissen und Erfahrungen zwischen den europäischen PartnerInnen durch Seminare, Konferenzteilnahmen, gemeinsame Projekte, Eigenveranstaltungen und eine Homepage <http://www.rali.boku.ac.at/ilap/gdus-network> aus. Die Autorin ist Mitbegründerin des Netzwerks.

¹⁵ GenderSTE wird von der Universität Madrid (Fakultät für Architektur und Planung) geleitet und umfasst europäische, asiatische, nord- und südamerikanische Universitäten, Forschungsinstitutionen, Firmen, Vereine und länderübergreifende Institutionen. Mehr dazu unter <http://engenderinghabitat3.genderste.eu>

¹⁶ UN-Habitat startete mit der Vancouver-Konferenz 1976 und als Organisation ein Jahr später unter dem Namen „United Nations Commission on Human Settlements (UN-Habitat), programmatisches Forum für weltweit koordinierte räumliche Planung mit Schwerpunkt auf Städten www.unhabitat.org

¹⁷ Details siehe Konferenzhomepage http://www.genderste.eu/conference_istanbul/istanbul_index.php und für 2016 Madrid-Konferenz <http://engenderinghabitat3.genderste.eu>

2.1.2 Gesetzlich-administrativer Kontext

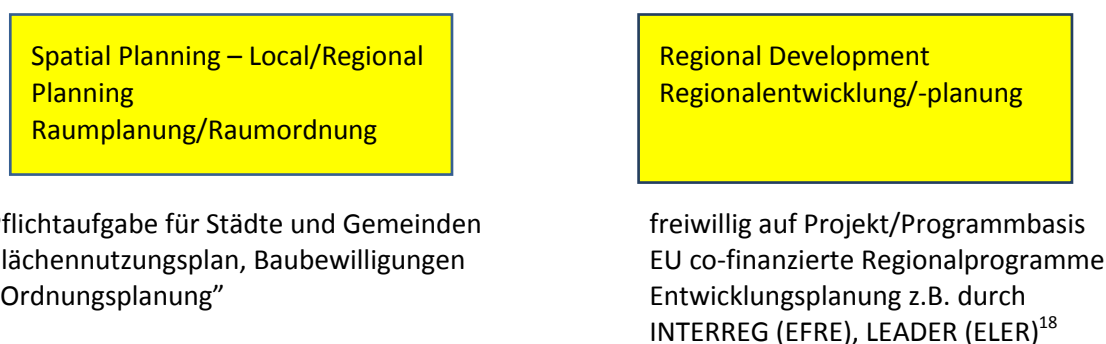
Darlegung der für die vorliegende Arbeit relevanten gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen.

Was ist Planung?

Wenn in der Arbeit von **Raumplanung/räumlicher Planung/spatial planning/urban and regional (spatial) development** (in den englischen Fachbeiträgen) die Rede ist, so ist ein sehr breiter Begriff der räumlichen Planung angesprochen. Die Arbeit stützt sich auf einen umfassenden Planungssystem-Begriff von Nadin & Staed 2008, welche von Raumplanungssystemen sprechen. Raumplanungssysteme bestehend aus territorialen Governance-Vereinbarungen welche die Charakteristik und Muster der Raumentwicklung von bestimmten Orten zu gestalten versuchen (Übertragung hw):

The concept of the spatial planning system has been used as a generic term to describe the ensemble of territorial governance arrangements that seek to shape patterns of spatial development in particular places (Nadin & Staed 2008, 35).

Die Arbeit folgt dieser Definition. Demnach gibt es in Österreich (und auch in anderen europäischen Staaten) mindestens zwei räumliche Planungssysteme, ‚that seek to shape patterns of spatial development‘.



Zu diesen multiplen Zugängen zur räumlichen Planung kommt als zusätzliche Herausforderung für die Planung noch die gesetzliche und administrative Fragmentierung des österreichischen Planungssystems. Für rund 8,4 Millionen EinwohnerInnen leistet sich Österreich neun sehr unterschiedliche Raumplanungsgesetze, neun unterschiedliche administrative Vollzugssysteme der Regionalentwicklung, neun Bauordnungen, Fördersysteme für Wohnbau und für die Wirtschaftsentwicklung, neun rechtlich-administrative Systeme für die Gleichstellungspolitik und Frauenförderung.

Was die Planungsgesetzgebung betrifft, so bezieht sich die Dissertation überwiegend auf die österreichischen Raumplanungsgesetze mit Fokus auf Salzburg (SROG 2009). Die oben skizzierte Fragmentierung durch die Bundesländer setzt sich durch die Verwaltungsgliederung in Gemeinden fort. Die rund 540.000 EinwohnerInnen des Landes Salzburg leben in 119 Gemeinden, d.h. die Raumentwicklung und Infrastrukturplanung des Landes wird in 119 räumlichen Entwicklungskonzepten und Flächenwidmungsplänen rechtlich verbindlich festgeschrieben. Eine Bundesgesetzgebung wie z.B. in Deutschland fehlt in Österreich und wird durch das Koordinationsgremium ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz kompensiert. Dieses Gremium setzt sich aus VertreterInnen der neun Bundesländer, des Städtebundes

¹⁸ EFRE ist die Abkürzung für den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (ERFD), aus welchem z.B. das Alpenraumprogramm gefördert wird, ELER ist der EU-Fonds für ländliche Entwicklung, aus welchem z.B. das LEADER-Regionalprogramm finanziert wird.

und des Gemeindebundes zusammen und soll die künftige Raumentwicklung in Österreich durch Konsens koordinieren und steuern. Alle 10 Jahre erarbeitet die ÖROK ein österreichweites Raumordnungskonzept, genannt ÖREK, das aktuellste wurde 2011 fertig gestellt. Diese Raumentwicklungsstrategie ist nicht verbindlich, aber setzt mit Empfehlungen und mit Umsetzungspartnerschaften beispielgebende Praxis. Das ÖREK bezieht weder Frauen oder Männer, noch Gleichstellung, noch Gender-Themen explizit in die Raumentwicklung ein. Allerdings sind Diversität und Vielfalt mit einem eigenen Kapitel und einer Strategie vertreten, ebenso Governance im Sinne einer interkommunalen Zusammenarbeit und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Raumentwicklung. Auch hier fehlen Bezüge zu Gender oder Gleichstellungsthemen (ÖREK 2011).

Wie ist ‚Gender‘ gesetzlich-administrativ verankert?

Ausgangspunkt und Basis der vorliegenden Arbeit ist die bereits erwähnte Europäische Grundrechte Charta, die seit dem EU-Vertrag von Lissabon (2008) zum Primärrecht wurde und die gesetzliche Verpflichtung aller EU-Mitgliedsländer zum Erreichen der rechtlichen und vor allem der faktischen Gleichstellung der Geschlechter regelt, wie sie 1999 im Vertrag von Amsterdam erneut und verbindlich für alle EU-Staaten auf die Agenda kam (EC 1999). Mit der Ratifizierung in Österreich im Jahr 2003 wurde damit auch die verbindliche Gender Mainstreaming Strategie zur Abschätzung der Wirkung von Politikentscheidungen eingeführt.

‚Gender Equality‘ ist das Ziel, Gender Mainstreaming ist die zentrale Strategie, um dieses Ziel zu erreichen. Für die Arbeit verwende ich Geschlechtergerechtigkeit als Übertragung des englischen Begriffs ‚Gender Equality‘ ins Deutsche, da Geschlechtergerechtigkeit visionärer ist, als Gleichstellung der Geschlechter.

Dritte rechtliche Basis ist das Gleichbehandlungs- und Nicht-Diskriminierungs-Gebot, welches ursprünglich aus dem Arbeitsrecht kommend seit 2006 für alle öffentlichen und privaten Dienstleistungen Geltung hat. Neben dem Diskriminierungsverbot aufgrund des Geschlechts sind weitere Merkmale im Blick wie z.B. Alter, Religion, Behinderung, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung und (politische) Weltanschauung.¹⁹

Für die Zieldefinition folgt die Arbeit der anschaulichen Definition der europäischen Praxisgemeinschaft und Plattform ‚Gender Community of Practice – Gender CoP‘, welche Geschlechtergerechtigkeit/Gender Equality wie folgt definiert:

Gender equality means that structures and decision-making processes neither privilege nor discriminate women or men, in all their diversity.

Gender equality means the full participation of women and men in all spheres of public and private life.

Gender equality means more than just ensuring equal treatment and opportunities; it must be visible in a balanced distribution of power and resources and shared responsibilities between women and men within society (Gender CoP 2016).

Der erste Satz beschreibt Gender Equality als Zustand, in welchem Strukturen und Entscheidungsprozesse Männer oder Frauen in all ihrer Unterschiedlichkeit weder bevorzugen/privilegieren noch diskriminieren.

¹⁹ Die gesetzlichen Regelungen sind einerseits im Gleichbehandlungsrecht, andererseits in Rechtsmaterien zu Personen mit Behinderung verankert und in den Bundesländern in Zuständigkeit und Umsetzung unterschiedlich geregelt. Einen Überblick dazu gibt die help-gv-Seite Österreichs: Online

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/186/Seite.1860100.html> - Zugriff am 20. 10. 2015

Für die europäische Ebene gibt die Webpage der DG Justice einen guten Überblick über die Rechtslage. Online

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/index_de.htm - Zugriff am 20. 10. 2015

ren/benachteiligen. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet demnach die umfassende Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen des privaten und des öffentlichen Lebens. Geschlechtergerechtigkeit zeigt sich in einer ausgewogenen Verteilung von Macht und von Ressourcen aber auch in geteilten Verantwortlichkeiten zwischen Frauen und Männern innerhalb der Gesellschaft. Damit ist Gender Equality mehr als Gleichbehandlung.

Die Strategie des **Gender Mainstreaming** wird sowohl von der Europäischen Kommission, als auch vom Europäischen Parlament als Handlungsanweisung für alle Formen von Politik und Verwaltungshandeln beschrieben, um Diskriminierung oder Bevorzugung von Männern oder Frauen zu verhindern und strukturelle Ungleichheiten zu reduzieren.

Gender mainstreaming is the integration of the gender perspective into every stage of policy processes - design, implementation, monitoring and evaluation - with a view to promoting equality between women and men. It means assessing how policies impact on the life and position of both women and men - and taking responsibility to re-address them if necessary.

This is the way:

- *to make gender equality a concrete reality in the lives of women and men;*
- *to improve policy-making by bringing it closer to the citizens' needs.*
(European Commission) http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/index_en.html - Zugriff 23. 05. 2016).

Als Beispiel für die Übertragung in die österreichische Verwaltung wird jene der Stadt Wien als sehr anschauliche Beschreibung von GM zitiert (s. auch Glossar mit der Definition für die Landesverwaltung Salzburg):

Soziale Unterschiede und strukturelle Ungleichheiten für Frauen und Männer sollen hinterfragt, sichtbar gemacht sowie die Ursachen beseitigt werden. Das bedeutet, dass bei allen Entscheidungen, Projekten und Vorhaben der Politik und Verwaltung die unterschiedliche Lebensrealität von Frauen und Männern im Vorhinein zu berücksichtigen ist. (Stadt Wien Gender ABC)

Für die vorliegende Arbeit ist die Übertragung der Zielsetzung „Geschlechtergerechtigkeit“ auf die Raumplanung und Regionalentwicklung und die Strategie des Gender Mainstreaming im Mittelpunkt. Ein zentraler Ansatzpunkt ist der gegenderte Planungszyklus, der die Ansatzpunkte für die Prüfung der Planungsstrukturen und Prozesse auf ihre Wirkung auf Frauen und Männer beschreibt (s. Abbildung 2).

Ergänzend dazu muss noch die seit 2009 geltende Regelung der Bundesverfassung erwähnt werden, welche für alle Gebietskörperschaften eine systematische Integration der Gleichstellungsziele (nach Geschlecht und weiteren Merkmalen) in allen Zuständigkeitsbereichen fordert (s. Art. 3(3) B-VG oder Art. 51(8) B-VG). Seit 2013 verpflichtet diese Bestimmung den Bund und über die Haushaltsgesetze auch Länder und Gemeinden, bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu erwirken²⁰.

²⁰ Gesetzestexte und Durchführung von Gender Budgeting-Projekten siehe die Homepage der Interministeriellen Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming des Bundes <http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/subcoverpage.htm?channel=CH0598> - Zugriff 20. 10. 2015: „Bei der Haushaltsführung des Bundes sind die Grundsätze der Wirkungsorientierung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern (...) zu beachten.“

Wie sind Raumordnung und Gender Themen eingebettet?

Die 2010 erarbeitete politische Vorgabe eines politisch abgestimmten Leitbilds für die Chancengleichheit von Frauen und Männern (TEP & Land Salzburg 2010) findet weder in den Raumplanungsprogrammen, noch in den Regionalentwicklungsprogrammen direkten Niederschlag. Lediglich im Gender Mainstreaming Pilotprojekt „Sachprogramm Wohnen und Arbeiten im Salzburger Zentralraum“ sind diese Begriffe und Inhalte systematisch zu finden.

Was nun die gesetzlichen Vorgaben betrifft, so könnte man im Salzburger Raumordnungsgesetz Vorgaben zur Geschlechtergerechtigkeit finden: Eines von 15 Raumordnungszielen sieht die Herstellung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen und die Schaffung einer ausgeglichenen Wirtschafts- und Sozialstruktur vor. Dieses Ziel könnte auch als Hinweis auf Geschlechtergerechtigkeit gelesen werden, nämlich die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Frauen und Männer in unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen durch Raumplanung zu erreichen.

Ein weiteres Ziel ist die Versorgung der Bevölkerung nach deren Grundbedürfnissen und die dafür zu schaffenden Güter und Dienstleistungen – die in dieser Arbeit als Alltagsinfrastrukturen bezeichnet werden:

§ 2 Raumordnungsziele – und Grundsätze: Abs. (1) Zi.1: Für die Bevölkerung in allen Teilen des Landes ist die Herstellung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen sowie deren Verbesserung durch die Schaffung einer ausgeglichenen Wirtschafts- und Sozialstruktur anzustreben.

Abs. 5. Die Versorgung der Bevölkerung in ihren Grundbedürfnissen ist in ausreichendem Umfang und angemessener Qualität sicherzustellen. Insbesondere bezieht sich diese Vorsorge auf Wohnungen, Erwerbsmöglichkeiten, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, Kultur-, Sozial-, Bildungs-, Sport- und sonstige Freizeit-, Informations-, Kommunikations- und Verkehrseinrichtungen (SROG 2009).

Seit 2010 wird im Handbuch Raumordnung des Landes Salzburg in einem zweiseitigen Kapitel die Gender Mainstreaming Strategie in der Raumplanung für Salzburg beschrieben (Kapitel 2.3).

Hier wird – wie in der Arbeit vorhin ausgeführt – auf die starke Orientierung der Raumplanung gemäß gesetzlichem Auftrag auf Alltagsmanagement und Bedürfnisse der BewohnerInnen hingewiesen. Weiters wird das Ziel einer Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie in der Raumplanung wie folgt definiert:

Ziel ist es eine geschlechtsspezifische Sichtweise in allen politischen Konzepten, auf allen Ebenen und in allen Prozessphasen zu erreichen, indem bei allen Planungs- und Entscheidungsschritten die Fragen gestellt werden:

- Wie sieht in dem betreffenden Bereich das Geschlechterverhältnis aus?
- Wie wirkt sich das geplante Vorhaben auf die Situation von Frauen und Männern aus?
- Wie kann ein Beitrag zur Förderung der Gleichstellung geleistet werden? (2.3, 2²¹)

Für die Umsetzung verweist die Raumordnungsabteilung des Landes einerseits auf die Strategie des Gender Mainstreamings, andererseits auf die Projektergebnisse des GenderAlp! Projektes²², welches

²¹ Ohne die Signalwirkung dieses Kapitels schmälern zu wollen, sei jedoch angemerkt: Nicht die Vision einer Gesellschaft mit Geschlechtergerechtigkeit/Chancengleichheit oder verwirklichter Gleichstellung zwischen den Geschlechtern ist das Ziel, sondern die konsequente Umsetzung der Strategie, die ja Maßnahmen nach sich ziehen müsste und somit einer geschlechtergerechten Gesellschaft näher kommt.

2004-2007 für die experimentelle Umsetzung von GM in der räumlichen Planung konzipiert und realisiert wurde. Das Raumordnungssachprogramm Wohnen und Arbeiten im Zentralraum Salzburg wurde ja als Pilotprojekt zu Gender Planning 2004 bis 2009 überarbeitet und fließt in die Arbeit als Fallbeispiel ein. Insbesondere Paper A verarbeitet die Ergebnisse des GenderAlp! Projektes mit Schwerpunkt auf den Erfahrungen in Salzburg und Niederösterreich.

Das Handbuch Raumplanung gibt darüber hinaus weder im Kapitel zu den Mindestanforderungen für die Planungsinstrumente Räumliches Entwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan, noch bei den Verfahren zur Strategischen Umweltprüfung explizit oder implizit Vorgaben und Aussagen zu Gender oder geschlechterspezifischer Sichtweise.

Wie bereits erwähnt, sind Raumplanung als Ordnungsplanung und Regionalplanung/Regionalentwicklung als Entwicklungsplanung im Land Salzburg auf zwei unterschiedliche Abteilungen und politische Zuständigkeiten aufgeteilt. Sieht man sich die Regionalentwicklungsdokumente für die räumliche Planung in Salzburg an, so kommen Genderthemen in der Regel nicht vor. Exemplarisch sollen hier das Wirtschaftsprogramm des Landes „Salzburg.Standort.Zukunft 2020“ aus dem Jahr 2011 (Land Salzburg 2011) und das grenzüberschreitende INTERREG Alpenraumprogramm erwähnt werden²³. Hier kommt Geschlecht ausschließlich bei arbeitsmarktbezogenen Daten und Themen vor.

Lediglich Projekte, die im Rahmen von LEADER²⁴ zur ländlichen Entwicklung (in Salzburg von der Agrarabteilung gesteuert) oder im Rahmen der regionalen oder lokalen Agenda 21 (in Salzburg von der Umweltabteilung gefördert) abgewickelt werden, haben einen expliziten Genderzugang sowohl für Inhalte als auch für die Prozesse (Beteiligung) und die Strukturen der Entscheidungsgremien (Frauenquoten).

2.1.3 Geographisch-raumstruktureller Kontext:

Wie bereits in der Einführung erwähnt, untersucht die Dissertation vor allem österreichische Regionen, insbesondere Salzburg, Niederösterreich und Oberösterreich und jene von Bayern. Raumstrukturell liegt der Untersuchungsschwerpunkt auf den ländlichen Räumen, also jenen Räumen außerhalb der Metropolregionen und Stadtagglomerationen. Es handelt sich dabei um einen Raumtypus, wie er von der Österreichischen Raumordnungskonferenz als Planungsraum definiert wurde, um unterschiedliche Pla-

²² Das INTERREG-Alpenraumprojekt GenderAlp! „Raumentwicklung für Frauen und Männer“ wurde vom Büro für Frauenfragen und Chancengleichheit des Landes initiiert und mit der Raumplanungs- und der Wirtschaftsabteilung umgesetzt. Die Autorin hat die Projektentwicklung und Umsetzung 2003 bis 2008 als Projektleiterin mitgestaltet. Nähere Informationen zum Projekt siehe Land Salzburg:

<https://www.salzburg.gv.at/themen/gesellschaft/chancengleichheit/genderalp>. Projektergebnisse siehe: http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/attachments/4/1/1/CH0525/CMS1130152697645/fragen_und_antworten_zu_m_projekt_genderalp_de.pdf - Zugriff am 20. 10. 2015

²³ Alpine Space Cooperation Programme 2014-2020 – Online <http://www.alpine-space.eu/about/the-programme/what-is-the-alpine-space-programme-> Zugriff am 20. 10. 2015

²⁴ LEADER ist ein Förderprogramm der EU für die ländliche Entwicklung, welche seit 2014 die Zielgruppe der Frauen (neben Jugendlichen) besonders fördern will. S. Aufruf zur Bewerbung als LEADER-Region im Mai 2014 durch das Lebensministerium (BMLFUW 2014).

nungsziele zuzuordnen. Dazu führt die Arbeit im Forschungsbeitrag D die Raumtypisierung der ÖROK-Studie „Szenarien der räumlichen Entwicklung Österreichs“ (Hiess et al. 2009, 64ff) an:

Als ländlicher Raum wird hier ein dynamischer Raumtypus verstanden, der durch geringe Siedlungsdichten und vergleichsweise längere Fahrten in die nächsthöheren Zentren charakterisiert ist und sich dadurch von den Agglomerationsräumen abgrenzt (Seite D118).

Grundlage dieser Planungsdefinition waren einerseits die städtischen Verdichtungsräume mit über 150 Einwohnern je qkm Siedlungsdichte (Wien Umland), die sich von den weniger dicht besiedelten ländlichen Räumen abgrenzen, ergänzt durch die 30 bzw. 60 Minuten Einzugsbereiche und Fahrzeiten in die nächst höheren Zentren (Hiess et al 2009, 65).

Es mag verwundern, warum die Arbeit sich auf diese „grobe“ Definition des ländlichen Raumes beschränkt. Dazu ist festzuhalten, dass es sich dabei um eine für den Lebensalltag und die Erreichbarkeit relevante Raumtypologie handelt, die die Grundlage für die Entwicklung von Szenarien der räumlichen Entwicklung (Hiess et al 2009) und für das später erarbeitete Österreichische Raumentwicklungskonzept, das ÖREK 2011, bildete (ÖROK 2011).

Ein Blick auf andere Raumtypologien zur Abgrenzung des ländlichen Raumes²⁵, wie z.B. der OECD oder jener der EU für die Definition des Fördergebiets „ländlicher Raum“, zeigt auch hier ein ähnliches Muster wie das der ÖROK-Szenarien (Hiess et al 2009). Beide Typologien basieren auf einer Kombination aus Siedlungsdichte (in der Regel EinwohnerInnen je qkm) und Bevölkerungsanzahl innerhalb eines administrativen oder räumlich abgrenzbaren Siedlungsgebiets. Die OECD definiert hier drei Kategorien, nämlich ländlich – städtisch und intermediär (OECD–Schwellenwert bei 200.000 EinwohnerInnen, ländlicher Raum im Sinne der EU bei 30.000 EinwohnerInnen in einer Gemeinde. In allen drei Abgrenzungen sind z.B. in Österreich lediglich Wien und seine Nachbarbezirke (NUTS 3), Innsbruck und Innsbruck Land sowie das Vorarlberger Rheintal urban, alles andere ist ländlicher Raum oder intermediär (s. EUROSTAT 2015).

Schließlich bestätigen auch die empirischen Befunde auf der Suche nach Raumtypologien des ländlichen Raumes auf Basis von Gender-Indikatoren, dass eine schlüssige raumstrukturelle Differenzierung des ländlichen Raumes mit der derzeitigen Datenlage nicht möglich ist. Dazu werden in Paper D die Ergebnisse der Korrelationsanalyse einer raum- und geschlechterdifferenzierten Analyse des ländlichen Raumes von Bayern erläutert, die gezeigt hat, dass sich die damals gültigen fünf Raumtypologien²⁶ des bayerischen Landesentwicklungsprogramms für den ländlichen Raum nicht signifikant unterscheiden. Sogar die Unterschiede zwischen den Verdichtungsräumen (Agglomerationsräume von München und Nürnberg) und dem ländlichen Raum haben – mit Ausnahme von drei Indikatoren - keine signifikanten genderdifferenzierten raumstrukturellen Unterschiede ergeben. Der Vergleich zwischen den damals im Landesentwicklungsprogramm Bayerns festgelegten „Verdichtungsraum“ und „ländlicher Raum“ (in 5 Raumtypen) ergab, dass von 21 Indikatoren lediglich bei 3, nämlich bei der politische Partizipation als Gemeindefunktionäre und als BürgermeisterInnen sowie bei der geschlechtsspezifischen Aufteilung Elternzeit (in Österreich Karenzzeit) signifikante Unterschiede zwischen Verdichtungsräumen und den ländlichen Räumen Bayerns festgestellt wurden (s. D127).

Was nun beim geographisch-raumstrukturellen Kontext die Referenzbeispiele und Vorbilder betrifft, so bezieht die Arbeit auch Erfahrungen und Ergebnisse von vergleichbaren Räumen aus dem Alpenraum²⁷,

²⁵ Einen Überblick über die Abgrenzungstypologien in Österreich und Deutschland gibt Krajacits (2008)

²⁶ Das neue Entwicklungsprogramm Bayerns hat die Zahl der Raumtypen stark reduziert

²⁷ „Alpenraum“ wird hier im Sinne des transnationalen Regionalentwicklungsprogrammes INTERREG-Alpenraum verwendet, innerhalb dessen zahlreiche innovative Projekte durchgeführt wurden und die aus Pilotprojekten ge-

aber auch aus urbanen Agglomerationsräumen und Metropolregionen ein. Denn in Hauptstadtregionen gibt es die meisten Pilotprojekte, experimentellen Entwicklungen und deren Umsetzung aber auch Begleitforschung von Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung.

Dies erfolgt allerdings mit einem theoretischen Bezugsrahmen und Fachliteratur, die aus den Pionierländern des Gender Planning/GM in der räumlichen Planung kommen, nämlich Skandinavien, Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland sowie aus den Wissens- und Erfahrungsfeldern der EU-Programmplanung und EU-Regionalpolitik generell und den Vorgaben, Implementierungsbeispielen und Evaluierungen zu Gender Mainstreaming.

2.2 Kontext 2: Thematische Einbettung mit vier planerischen Herausforderungen

Ausgangspunkt der Forschungsbeiträge sind aktuelle Problemstellungen in der räumlichen Planung, für welche die bisherigen Planungsinstrumente und Konzepte nicht ausreichen. Diese komplexen Problemstellungen werden in der Folge als planerische Herausforderungen (=PH) bezeichnet. Für die Dissertation wurde nun herausgearbeitet, welchen Beitrag Gender Mainstreaming und Gender Planning-Zugänge zu einer besseren Bewältigung der planerischen Herausforderungen leisten können.

Zu folgenden vier planerischen Herausforderungen wurde in den Beiträgen geforscht:

- **EU-gesteuerte Regionalentwicklung und Europäisierung der räumlichen Planung:**
Die Herausforderung für Österreich/Salzburg liegt in der Umsetzung der europäischen Vorgaben für die Raumentwicklung und die Entwicklung der Regionen nach dem EU-Beitritt Österreichs 1995. Neben der generellen Umsetzung der EU-geförderten Regionalentwicklung ist das vor allem die EU-Vorgabe zu Gleichstellung zwischen Frauen und Männern und Gender Mainstreaming, die eine große Herausforderung für die räumliche Planung darstellt. Paper A lotet die Wirkung der Gender Equality Vorgaben auf die Regionalplanung und Raumplanung aus. Im Mittelpunkt steht hier die Interventionslogik und Wirkung von planerischen Maßnahmen zu Geschlechtergerechtigkeit, nämlich direkte, d.h. personengruppenbezogene Maßnahmen (z.B. Wiedereinsteigerinnen, junge Maturantinnen etc.) und indirekten, d.h. strukturellen Interventionen und Maßnahmen (z.B. Mobilitätsangebote, Start-up Förderprogramme etc.). Breiten Raum nimmt auch die konkrete Erfahrung der österreichischen Pilotprojekte aus dem Alpenraumprojekt GenderAlp! ein. (PH1)
- **Raumentwicklung und Planung für/mit dem demographischen Wandel:**
Neben der Binnenwanderung Stadt-Land wird nun die Verlängerung der Lebenserwartung und damit verbundene massive Umstrukturierung der Bevölkerung nach Alter, Herkunft, Familienmodellen und Mehrfachwohnsitzen etc. in der räumlichen Planung wirksam. Selektive Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Frauen, internationale Migration und Arbeitsmobilität sind die zweite in der Dissertation untersuchte planerische Herausforderung. Paper C geht der Frage nach, welche zentralen Themen und Politikfelder von Gender Planning gerade für diese Herausforderungen übertragbar sind und welche Methoden und Prozesse ermöglichen, kreativ und lösungsorientiert mit den geänderten Bevölkerungsstrukturen, Erwartungen und Bedürfnissen umzugehen. (PH2)

wonnenen Erfahrungen und Ergebnisse einfließen. (Geographische Abgrenzung s. www.alpine-space.eu
<http://www.alpine-space.eu/about/the-programme/which-area-is-covered>) Zugriff 23. 05. 16.

- Erhaltung und Anpassung der Alltagsinfrastrukturen im ländlichen Raum:**
 Die Nahversorgung, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Freizeit und die dazugehörigen Mobilitätsangebote sind hier im Fokus dieser planerischen Herausforderung. Über die genannten Basisinfrastrukturen hinaus legt die vorliegende Dissertation den Fokus zusätzlich auf qualitativ volles Wohnen als zentrale Aufgabe der Planung von Alltagsinfrastrukturen. Zugrunde liegt ein Verständnis von Wohnen als Grundbedürfnis und Ort der Versorgung und des Hineinwachsens in eine Nachbarschaft. Wohnen wird aber auch als Prozess verstanden, welcher nach Lebenslagen und gewählten Lebensstilen variiert und verändert werden kann. Die Aufrechterhaltung und bedarfsgerechte Anpassung von Alltagsinfrastrukturen und Wohnen ist eine zentrale planerische Herausforderung, die aufgrund der derzeit vorherrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern einen Schlüsselbereich für die Anwendung von Gender Planning-Zugängen darstellt. Paper B bearbeitet die Frage, wie diese Alltagsinfrastrukturen in Teilregionen (Funktionalregionen) entwickelt werden können, Paper E mit dem Lernfeld Co-housing, inwieweit es Modell für eine regional gedachte aber lokal umgesetzte Infrastrukturplanung sein kann. (PH3)
- Von Government zu „Gender Governance“:**
 Hier geht es um den Umbau von hoheitlicher (top-down) Planung zu kooperativer Entwicklung mit mehr Bottom-up-Beteiligung von Frauen und Mädchen, von NeubürgerInnen und ZweitwohnungsbesitzerInnen oder WochenpendlerInnen als Antwort auf zunehmend fragmentierte und differenzierte Lebenswelten. Die Governance-Frage und die Frage nach Methoden, um den Frauen in Planungsprozessen mehr Gehör zu verschaffen, werden in allen Beiträgen bearbeitet. Beitrag B leistet einen Transfer des Everyday-Konzepts auf gemeindeübergreifende Planung von Alltagsinfrastrukturen in Funktionalregionen, Paper C stellt die Frage nach der partizipativen Entwicklung von Alltagsinfrastrukturen in Abwanderungsgemeinden, Paper E bringt mit den Co-housing- Modellen ein Lernfeld und eine Innovationsquelle für selbst geschaffene und betriebene Alltagsinfrastrukturen und innovative Wohnformen. (PH4)

Die oben beschriebenen vier planerischen Herausforderungen und der gesetzlich-administrative Kontext, nämlich die verpflichtende Einführung der Gender Mainstreaming-Strategie auf gesamteuropäischer Ebene für alle Politikfelder, bilden die Grundlage für die Formulierung folgender Forschungsfragen:

F1	WIE und WODURCH unterstützen Top-down-Strategien wie Gender Mainstreaming (GM) die Schaffung von guten Raumqualitäten und den Abbau von raumstrukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern?
1.1	WIE und mit WELCHEN Instrumenten wurde diese GM-Strategie in Regionalprogrammen und in Projekten (z.B. zur Standortentwicklung und Regionalplanung) umgesetzt und wie wirkt sich das aus?
F2	WELCHE Kriterien (inhaltliche Kriterien und Prozesskriterien) sind für die Umsetzung von GM in der Planung (= GP) in Österreich/Bayern relevant?
F3	WELCHE Planungsinstrumente, Inhalte/Prozesse von GP/GM ermöglichen die kooperative Entwicklung und Anpassung von Alltagsinfrastrukturen für alltagstaugliche Räume?
F4	WIE lassen sich diese Gender Planning Instrumente, Leitbilder und Kriterien auf Auswirkungen des demographischen Wandels – insbesondere in ländlichen Regionen - übertragen?

F5	WELCHE Beiträge könn(t)en Co-housing-Projekte für die Entwicklung und Erhaltung von Alltagsinfrastrukturen in Dörfern und Regionalzentren mit starker demographischer Dynamik leisten?
F6	WIE können GP-Zugänge generell und das Erfahrungswissen von Co-housing-Projekten zur Erneuerung von Planungsprozessen und Planungsinhalten im Sinne einer „Gender“ Governance beitragen?

Tabelle 2: Die Forschungsfragen der Dissertation

2.3 Schlüsselkonzepte und theoretische Basis der Arbeit

2.3.1 Fundamente mit Fokus auf holistisch-ganzheitliche Zugänge

Die Geschichte und Ausdifferenzierung der Theoriedebatte und der Praxis in der gendersensiblen räumlichen Planung begann mit Frauenplanung (von und für Frauen) und feministischer Planung. Eine Aufarbeitung der Diskurse ist nicht Aufgabe dieser Arbeit und würde den Rahmen sprengen. Dazu verweise ich auf die umfassende Darstellung der Konzepte und der Themen einer gendersensiblen Planung von Roberts 2013, die einen Überblick von den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts bis heute gibt. Die Dissertation nimmt die Kritik von Planerinnen auf, die gendersensiblen Planungsansätzen die Beschränkung auf lokale Maßstäbe eines Wohnquartiers mit Nachbarschaft – also wiederum eingeschränkte „Frauenthemen“ vorwerfen. Damit verbunden ist auch die Vernachlässigung und Unterschätzung der Rolle der überörtlichen Raumstrategien einer Landesplanung und Regionalplanung (Larsson 2006). Ein zentraler Forschungszugang der Dissertation ist daher das Zusammenwirken der Maßstabebenen von lokal (bottom-up) bis EU (top-down) und umgekehrt. Dabei wird sowohl die Frage nach den Sachthemen und Planungsinhalten einer Planung unter Einbeziehung der Gender Mainstreaming Strategie, aber auch nach den adäquaten Planungsprozessen (Stichworte ‚Governance‘ und „gegenderter Planungszyklus“) und nach der wirksamen Verknüpfung der Planungsebenen gestellt. Als Beispiel sei hier auf die Schwierigkeit hingewiesen, Beteiligung zu einem Raumordnungssachprogramm über einen ExpertInnenkreis hinaus zu ermöglichen, während dies bei denselben Themen an einem konkreten Standort in Niederösterreich umfassend und ganzheitlich möglich war (vgl. dazu Paper A).

Roberts weist auch auf ein Dilemma und Paradoxon eines Gender Planning-Ansatzes hin, welches auch in der Dissertation auftaucht: Theorie und Praxis eines gendersensiblen und feministischen Planungszugangs stecken immer in dem Dilemma, dass sie innerhalb einer Systemlogik der Ungleichheit die benachteiligte Gruppe – in der Regel Frauen - in den Blick nimmt, aber gleichzeitig die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern zu geschlechtergerechten Verhältnissen verändern möchte. Roberts zitiert dazu Larsson (2006) folgendermaßen:

Feminism has consistently grappled with the paradoxical problem of articulating the voices of women, while simultaneously aiming to dismantle and deconstruct the concept of gender (Larsson 2006: 509).

Die vorliegende Arbeit verfolgt einen insgesamt holistischen Forschungsansatz wie ihn Gender Planning-Zugänge generell nachweisen (Damyanovic & Zibell 2014). Darüber hinaus folgt die Dissertation den in beiden Aufsätzen aufgezeigten Konsequenzen einer gendersensiblen Planung, welche in einem systematischen Hinterfragen von Planungsleitbildern und unbewussten Normen und Annahmen begründet ist und selbstkritisch hinterfragt, was die unbewussten Annahmen und Stereotype von Planungsanalysen und Vorschlägen sind, was Frauen und Männer (angeblich) brauchen und welche Tagesabläufe und Lebensentwürfe sie haben. Ich verweise als Beispiel auf das häufig unhinterfragt angenommen Erwerbsmodell eines 9-17.00 Uhr Alleinverdieners und einer in Teilzeit erwerbstätigen Mutter.

Weiters übernimmt die Dissertation Konzepte der Gender Planning Pionierinnen, wie z.B. Tummers (2011), Jarvis et al (2009), Moser & Levy (1986), Fainstein & Servon (2005), Greed (1994/2007), worunter sich überraschend viele Geographinnen befinden, deren Raumbezug und Praxisbeispiele aber überwiegend Weltstädte sind. Aus der deutschsprachigen Literatur sind Zibell (2013, 2006), Wastl-Walter (2005), und der seit 1988 bestehende Arbeitskreis Geographie und Geschlecht (<http://ak-geographie-geschlecht.org>) für die Arbeit relevant, da sie den ländlichen Raum und die deutschsprachigen Planungssysteme und Geographien einbeziehen.

Im folgenden Abschnitt werden die für die Arbeit ausgewählten Konzepte und ihre Funktion in der Dissertation ausgeführt:

Die dritte umfangreiche Aufarbeitung der Geschichte und Ausdifferenzierung der Konzepte, Fragestellungen und Methoden in der Planung und Nachhaltigkeitsforschung, auf die sich die Arbeit bezieht, ist jene von Hofmeister, Katz und Mölders (2012). Die von diesen skizzierte zeitliche Abfolge von vier Kategorien, wie Gender vorwiegend konzipiert und in Forschung und Praxis wirksam wurden – nämlich Differenz-, Struktur-, Prozesskategorie und epistemologische Kategorie wird in Abschnitt 2.3.3 weiter ausgeführt, da alle vier Kategorien aktuell auch verwendet werden und insbesondere die Analyse- und Strukturkategorie in den Fallbeispielen der Dissertation wirksam wurden.

2.3.2 Sozialraum und Gender

Die vorliegende Arbeit ist eine sozialgeographische, d.h. sie übernimmt die sozialräumlichen Zugänge von Löw (2001) und Soja (2009) aus der Soziologie und von den Geographinnen Massey (1994/2004) und Wastl-Walter (2005) aus der feministischen Geographie.

Raum ist demnach wie auch das Geschlecht (Gender) ein soziales Konstrukt, das sich sozial und geschlechtsspezifisch unterschiedlich konstituiert und das sowohl geographisch-räumlich als auch historisch unterschiedlich und daher auch veränderbar ist und zu sogenannten „Gender Geographien“ vereint wird (Wastl-Walter 2010,11-12).

Gemäß Massey (1994/2004) entstehen Raum und Geschlecht erst in der Interaktion: ‚*Doing gender*‘ und analog dazu ‚*doing space*‘ oder wie bei Wastl –Walter festgehalten: Geschlecht und Raum bedingen einander bzw. konstituieren einander und werden in der alltäglichen Praxis produziert und zu sozialen Wirklichkeiten konstruiert. Dies gilt daher auch für die Planungspraxis, die auf die sozial produzierten Vorstellungen und Rollenzuschreibungen hinterfragt werden muss.

2.3.3 Gender

Gender is seen as a dynamic category of socially constructed notions about appropriate roles and behaviours for women and men. As these notions are socially constructed, they can be deconstructed and therefore they can be changed (Fainstein & Servon, 2005, 3).

Diese von Fainstein & Servon in ihrem 2005 erschienenen Reader zu ‚*Gender and Planning*‘ (2005) getroffene Aussage beschreibt Gender als dynamische und sozial konstruierte Kategorie und die daraus folgende Möglichkeit der Dekonstruktion und Veränderung sind Ausgangspunkt für die Planung von Alltagsinfrastrukturen, die in den Papers B und C im Mittelpunkt stehen.

Der Dissertation zugrunde liegt die Kurzdefinition von Gender als soziales, das heißt anerzogenes oder erlerntes Geschlecht, welches in Ergänzung zum biologischen Geschlecht (sex) gesellschaftlich wirksam ist. Der Analyse- und Erkenntnisblick der Arbeit richtet sich daher auf Frauen und Männer und auf das Verhältnis zwischen diesen beiden Geschlechtern, und wie Ungleichheit aufgrund des Geschlechts räumlich wirkt und durch welche Planungszugänge es verändert werden kann.

Die Debatte um Gleichheit und Differenz, die den Theoriediskurs in der Frauen- und Geschlechterforschung befruchten und hemmen, fließen nur am Rande in die Arbeit ein, da hier die praxisgeleitete Theoriebildung aus dem Feld der räumlichen Planung/Raumplanung im Fokus ist. Zwar werden dadurch Personen, die sich in der Zweigeschlechtlichkeit nicht wieder finden, ausgeschlossen (transgender, bisexuelle Personen – mehr dazu im nächsten Absatz). Die Beschränkung auf die Frauen-Männer-Zweigeschlechtlichkeit liegt in der Notwendigkeit, die Komplexität zu reduzieren. Eine Erweiterung des Geschlechterbegriffs hätte in der Pionierphase der Integration von Gender in die räumliche Planung eine zusätzliche Komplexitätssteigerung gebracht und hätte alle Beteiligten (die PlanerInnen und die Verwaltung eingeschlossen) überfordert.

Exkurs über das Gleichheits- und Differenzparadigma und weitere Paradigmen

Hofmeister, Katz und Mölders (2012) unterscheiden vier Analysekategorien von Geschlecht (Gender²⁸), die zeitlich aufeinander folgten aber gleichzeitig auch parallel Anwendung finden. Da ist zum einen Gender als **Differenzkategorie**, nämlich als identitätsstiftendes Merkmal, welches Frauen und Männer, Buben und Mädchen in ihren Handlungsräumen unterscheidet und davon ausgehend auf Diskriminierung und Ungleichheiten hinweist. Genderaggregierte Daten und Fakten sind hier eine Forderung, um Aussagen über Unterschiede und Diskriminierung machen zu können (ibid, 47).

Gender als **Strukturkategorie** untersucht, inwieweit Gesellschaften strukturelle Bedingungen aufweisen, welche Abwertungen und Diskriminierungen mit der Zuschreibung zum (biologischen) Geschlecht Frau/Mann durch Exklusionsprozesse und durch Inklusionsprozesse produzieren und reproduzieren. Die Frage der gesellschaftlichen Definition, was „weiblich“ und was „männlich“ ist, u.a. auch weibliche und männliche Räume, hat hier ihren Platz.

Bei der dritten Kategorie, nämlich **Gender als epistemologische Kategorie** stehen Fragen der Wissensgenerierung, der Diskriminierung von Methoden und der Marginalisierung von Wissensfeldern und Forschungsthemen innerhalb der Forschung im Vordergrund (ibid, 55-62). Zu dieser Strömung gehört u.a. auch die Frage der Heteronormativität und der Männlichkeit als Norm in der Wissenschaft.

Zuletzt nennen die Autorinnen jene Strömung der Geschlechterforschung, in welcher **Gender als Prozesskategorie** betrachtet wird und als radikal konstruktivistische Kategorie, welche in der Interaktion erst durch Zuschreibung entsteht (doing gender). Diese Strömung entstand u.a. aus der Kritik an der Zweigeschlechtlichkeit Frau-Mann welche der Bandbreite der Geschlechter nicht gerecht wird und z.B. bisexuelle und transgender Personen²⁹ ausgrenzt (Hofmeister et al 2012, 50-66).

In den Fallbeispielen von Paper B und C findet vor allem die Differenzkategorie Anwendung, in den Papers A und C neben dieser auch noch die Strukturkategorie insbesondere im Konzept des versorgenden Alltags und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

²⁸ Die Autorinnen verwenden den deutschen Begriff „Geschlecht“, den ich durch den Begriff „Gender“ ersetze und verweisen darauf, dass der Begriff „Geschlecht“ jeweils unterschiedliche Konnotationen hatte (S.47). Zur Klärung der Begriffe im Deutschen haben die Autorinnen ein umfangreiches Glossar zusammengestellt.

²⁹ Hofmeister et al verwenden dafür den Begriff ‚*queer*‘, der aus einem abwertenden Begriff von der Community selbst zur Eigendefinition gewählt wurde. In offiziellen Seiten z.B. der EU wird die Abkürzung LGBT für Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Personen verwendet als Teil der Gleichstellungspolitik der EU (<http://fra.europa.eu/de/theme/lgbt-personen>), Stadt Wien <https://www.wien.gv.at/menschen/queer/>).

2.3.4 Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung

Mit der verbindlichen Einführung des Gender Mainstreaming für das Verwaltungs- und Politikhandeln aller öffentlichen Institutionen – von Gemeinde bis EU - rücken nun das Gesamtsystem und das Verhältnis zwischen Frauen und Männern, Buben und Mädchen und deren Lebenssituation in den Mittelpunkt.

Gender mainstreaming is the integration of the gender perspective into every stage of policy processes – design, implementation, monitoring and evaluation – with a view to promoting equality between women and men. It means assessing how policies impact on the life and position of both women and men – and taking responsibility to re-address them if necessary (EC – 2015b).

Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit (gender equality/gender justice³⁰) sind das Ziel, Gender Mainstreaming ist der Weg dorthin. Gleichzeitig wird auch seitens der EU und damit auch in den Mitgliedsländern und Bundesländern hervorgehoben, dass es bis zum Erreichen dieses Zieles einer dualen Vorgangsweise bedarf: Förderung der Frauen (oder Männer) in den Bereichen, wo Ungleichheit herrscht, und Gender Mainstreaming als Strategie zum systematischen Erkennen und in der Folge zur Reduzierung von Ungleichheit (s. auch Glossar Gleichstellung in der Bundesverfassung).

Für die Analyse der Wirkmechanismen und der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung über alle Maßstabsebenen - von Gesamt-EU-Ebene über Regionalprogramme für europäische Regionen bis zu Projekten - entwickelt die Autorin ein Modell eines gegenderten Planungszyklus (Paper A und C). Die Anwendung der Gender Mainstreaming Strategie in der räumlichen Planung wird als Gender Planning oder gendersensible Planung bezeichnet.

Exkurs zum Begriff und zu den Vorläufern von Gender Planning

Im englischsprachigen Raum taucht der Begriff ‚Gender Planning‘ im Zusammenhang mit räumlicher Planung³¹ vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit auf. Moser und Levy, die seit den Neunzigerjahren Projekte der Weltbank und anderer Entwicklungsorganisationen umsetzen, entwickeln und systematisieren eine Gender Planning Methodik (2009, 2006 basierend auf früheren Arbeiten u.a. 1986). Ohne diese Verbindung zu Moser und Levy taucht der Begriff 2005 in dem einflussreichen Reader ‚Gender Planning‘ von Fainstein & Servon (2005) im deutschsprachigen Diskurs für Raumplanung und Raumordnung mit Gender-Blick bzw. für die Beschreibung der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung auf (z.B. Zibell 2006b, GenderAlp! 2003). Als Variante wird auch gendersensible Planung (sowohl in deutschen wie in englischen Publikationen) verwendet.

In diesem Sinne wird der Begriff auch in dieser Arbeit verwendet, nämlich um die Praxis und Theoriebildung von Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung zu beschreiben. Der umfassende Planungsbegriff der Dissertation wurde bereits im vorhergehenden Abschnitt 2.1.2 erläutert.

Gender Planning baut auf Jahrzehnten feministischer Planung, auf Frauenplanung, die von oder/für Frauen gemacht wird, auf, welche vor der Einführung der Gender Mainstreaming Strategie Pionierarbeit für Gleichstellung und Planung geleistet hat. Diese Planungsansätze entstanden als Kritik an den herrschenden männlichen Planungskulturen, an der ungleichen Aufteilung von Ressourcen wie z.B. von

³⁰ Auf die Differenzierung zwischen *gender equality* und *gender equity*, *gender justice* soll hier nur verwiesen werden, der Raum für breitere Ausführungen fehlt.

³¹ Hier sei auf eine breitere Definition von Gender Planning des EIGE verwiesen, welches den Gender Planning Begriff für jede Form der gesteuerten Politik mit Gender Fokus (z.B. auch Arbeitsmarktpolitik u.a.) subsumiert und nicht nur die räumliche Planung/Raumplanung meint. <http://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/tools-and-methods/gender-planningeu/gender-mainstreaming/tools-and-methods/gender-plan> - Zugriff 20. 04. 2016.

Räumen und Platz in einer Wohnung oder in einer Stadt, aber auch als Kritik an männlich dominierten Räumen, die zu bestimmten Zeiten Unsicherheit und Angsträume für Frauen bedeuten (z.B. Straßenzüge und Parks, öffentliche Plätze nachts). Dazu gehört auch der Kampf um persönliche Zeit frei von Versorgungsarbeit, um Ressourcen wie persönliches Einkommen oder öffentliche Ausgaben für Vereine, Dienstleistungen und um Zugang zu Macht, wie z.B. Entscheidungsbefugnis und Mitwirkung an der räumlichen Planung und Politik (zur Geschichte siehe z.B. Stadt Wien 2013, Roberts 2013 oder ÖROK 2003).

2.3.5 Inhalt – Prozesse und Struktur

Für die Beurteilung der Planungsqualität und der Ergebnisse in der Planung unterscheidet Greed zwischen ‚substance‘ und ‚process‘ (Greed 2005, 24). Dabei bezeichnet ‚substance‘ die Planungsinhalte, Ziele und Festlegungen, während sich ‚process‘ auf die Organisation der Planung, eben den Prozess, konzentriert.

Zibell schlägt für die deutschsprachige Planung ähnliche Kategorien vor, nämlich Inhalt und Prozess, erweitert diese beiden jedoch um die Kategorie der Struktur (Zibell 2006b, 5). Basierend auf diesen Kategorien werden im Fachbeitrag D die drei Handlungs- und Wirkungsebenen von Gender Planning als Analysekatoren der Planungspraxis wie folgt erläutert:

Bei der Wirkungs- und Handlungsebene „Inhalt“³² steht die Frage im Fokus, inwieweit die Inhalte, Fragestellungen und Themen im Rahmen der Raumplanung und Regionalentwicklung geschlechterdifferenziert ausgerichtet sind. Aber auch, ob gleichstellungsorientierte Methoden und Instrumente wie die Analyse der Ausgangslage, die Definition von Gleichstellungszielen oder die Analyse der Auswirkung von Planungszielen und Maßnahmen auf Frauen und Männer in unterschiedlichen Lebenssituationen Anwendung finden.

Mittels der Wirkungs- und Handlungsebene „Prozess“ wird analysiert, inwieweit bei den Planungs- und Entscheidungsprozessen auf Geschlechterparität bei den AkteurInnen geachtet wird und ob benachteiligende Ausgangslagen und Positionen von Frauen und Männern, im Sinne einer Anwaltsplanung, berücksichtigt werden; bei dieser Planungsform werden die Interessen von nicht organisierten und teilweise schwächeren Gruppen durch eine Person „anwaltschaftlich“ vertreten und ihre Interessen im Planungsprozess systematisch vertreten. Des Weiteren soll auch festgestellt werden, ob qualitative oder quantitative Gleichstellungsziele formuliert wurden und ob bei Nicht-Erreichen dieser Ziele die Umsetzung modifiziert werden kann.

Bei der Wirkungs- und Handlungsebene „Struktur“ wird schließlich analysiert, inwieweit durch die gender-sensible Planung geschlechtsspezifische Ungleichheiten strukturell und dauerhaft abgebaut werden. Beispiele hierfür wären etwa Vorgaben für gender-sensible Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der AkteurInnen in der Regional- und Ortsplanung sowie der ländlichen Entwicklung, die Beachtung von Gender-Kompetenz bei Neueinstellungen von MitarbeiterInnen, eine geschlechtergerechte Verteilung von Fördergeldern in EU-Programmen (Quotenvorgaben) und eine gezielte Förderung von Projekten, die nachweislich konkrete Maßnahmen zum Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheit zum Inhalt haben. (s. D12-13)

Ergänzend dazu wird in Paper E noch nach den strukturellen Vorgaben innerhalb der Planungsgesetzgebung und Praxis gefragt. Eine kritische Hinterfragung der planerischen Leitbilder und des Systems der Planung (Gesetze, Verordnungen, Praxis) schien notwendig, um diskriminierende und nicht hinterfragte Annahmen und Leitbilder offen zu legen. Ich folge dabei den planungssystemkritischen Arbeiten von Tummers und Zibell (2012), Tummers (2010) und für das Feld des Co-housing Tummers (2015a,b und 2011). Sie hinterfragen die Planungsgesetze und aus Gendersicht unreflektierten Planungsleitbilder und

³² In Paper A wird für den inhaltlichen Teil der Begriff „project“ verwendet, meint aber dasselbe.

Normen, wie z.B. die Neue Charta von Athen³³ oder das deutsche Baugesetzbuch und zeigen nicht nur die patriarchale und männliche Normierung solcher Texte auf, sondern auch wie hinderlich diese Gender-Blindheit für Planungsinnovationen und integrative Planungsansätze ist. In diesem Zusammenhang sei noch auf Damyanovic verwiesen, die bereits 2007 in ihre Methodologie einer strukturalistischen Landschaftsplanung das Hinterfragen von strukturell verankerten Normen und Leitbildern integriert hat (ebd. 44).

Diese drei Wirkungs- und Handlungsebenen Inhalt/Projekt, Prozess und Struktur werden sowohl für die Analyse der Praxisbeispiele in Paper A, C und D, als auch für die Darstellung der Ergebnisse in der Rahmenschrift verwendet.

2.3.6 ‚Everyday Life‘ – Alltag – Alltagsinfrastrukturen und Wohnen

Die Dissertation bezieht sich in wesentlichen Teilen auf das ‚Everyday Life‘-Konzept. Sie spricht in zwei von sechs Forschungsfragen explizit (F3 und F5) und in drei weiteren implizit (F1.1, F2 und F4) von Alltagsinfrastrukturen und dem versorgenden Alltag. Darüber hinaus wird die Erhaltung und Anpassung von Alltagsinfrastrukturen unter Einbeziehung von Wohnen auch als eine von vier zentralen planerischen Herausforderungen für die Planung bearbeitet (vgl. 2.2).

Das ‚Everyday-Life-Konzept‘ leitet sich von dem Konzept des Alltags/Everyday her, welches von de Certeau 1984³⁴ als ‚Practice of Everyday Life‘ beschrieben wurde³⁵. Wie in Paper C dargelegt, bezieht sich ‚Everyday Life‘ gemäß Horelli und Wallin 2013 auf die subjektiven Alltagserfahrungen und die alltägliche Praxis der Hausarbeit, Betreuung von Kindern und Älteren, Einkauf, Reinigung, Fahrt zur Arbeit u.a. Das Konzept ist bottom-up von der finnischen Frauenbewegung als Kritik an der bestehenden patriarchalen Planungspraxis entwickelt worden. Sie verbindet diese Kritik mit dem Anspruch, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Lasten der Versorgungsarbeit sowohl räumlich-organisatorisch als auch gesellschaftlich anders zu organisieren. Wie in Paper C ausgeführt, kann der Zugang des Everyday-Life-Konzepts den Lebensalltag der Frauen und Männer mit Versorgungsarbeit erleichtern ohne Veränderung in der Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern, oder aber es kann transformativ und Rollen verändernd im Sinne einer feministischen Planung wirken (ebd. C73). In den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts wurde das ‚New Everyday Life Model‘ als Handlungsmodell für die Stadtteilentwicklung und Planung systematisch weiterentwickelt und angewendet. Dabei stehen Methoden der gemeinschaftlichen Entwicklung und des Betriebs von unterstützenden Alltagsinfrastrukturen im Zentrum (Gilroy & Booth 1999, Horelli & Vepsä 1994).

Die Dissertation übernimmt das ‚Everyday-Life-Konzept‘ und die dazugehörigen Infrastrukturen als „Alltagsinfrastrukturen“, erweitert diese jedoch um das Wohnen als Teil dieser Alltagsinfrastrukturen.

Wohnen wird in der Arbeit als Prozess und als umfassendes feministisches Konzept verstanden. Wohnen ist demnach nicht statisch nur auf das physisch-materielle Haus beschränkt, welches einen geschützten Raum bietet; die Wohnung ist darüber hinaus der Ort, wo Versorgungsarbeit (Haushaltsführung, Versor-

³³ Die Neue Charta von Athen ist das Vermächtnis der Europäischen PlanerInnen für das 21. Jahrhundert. Sie folgt der ersten Charta von Le Corbusier (die sogenannte CIAM) von 1933 und ging aus einer langjährigen Debatte und einem Ringen um die Leitlinien heraus. Dementsprechend gibt es verschiedene Fassungen von 1998 und 2003

³⁴ 1980 ist das Buch in Frankreich erschienen und 1984 erstmals ins Englische übersetzt worden.

³⁵ Levebfre (1991/1959) hat mit der ‚Critique of Everyday Life‘ bereits früher den Alltag und dessen räumliche Organisation beschrieben. Das nordische Konzept des ‚New Everyday Life‘ bezieht sich jedoch ausschließlich auf de Certeau. Ähnliche Zugänge wurden von Jacobs bereits 1961 für die amerikanischen Städte vorgeschlagen.

gung und Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen) stattfindet (Stock 2009). Drittens ist Wohnen der Ort, wo Integration in eine Familie, in eine Nachbarschaft und in eine Gesellschaft stattfindet (Zibell 2006b, 4). Werlen (2000) schlägt vor, Wohnen als alltägliches Geographie-Machen zu verstehen, das die Herstellung räumlicher Bezüge und subjektiver Identitätskonstruktion (als Ort des Hineinwachsens in eine Nachbarschaft/in eine Ortschaft/in eine (Aufnahme-)Gesellschaft) ermöglicht. Daraus abzuleiten ist, dass Wohnen der Ort ist, wo geschlechtsspezifisch Arbeit gelebt wird und wo eine faire Aufteilung – im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit – ermöglicht werden muss.

Schließlich integriert die Arbeit das Konzept des Alltags und der Alltagsinfrastrukturentwicklung und Nutzung, wie es von Jarvis (2011) für das Co-housing umfassend beschrieben wird. Co-housing wird dabei als angewandtes Gender Planning verstanden, da es sowohl historisch als Modell der neu organisierten Versorgungsarbeit und dazu notwendigen Alltagsinfrastrukturen und Organisationsformen in Skandinavien entstanden ist (Vestbro & Horelli 2013). In Paper E argumentiert die Autorin der Dissertation somit, dass Co-housing, dessen zugrundeliegende Wohnvisionen, Alltagsinfrastrukturen und räumlich-organisatorische Realisierungen sowie die dafür entwickelten Planungs- und Managementprozesse (in der Betriebsphase) Inspiration und Lernfeld für alle Planungsprozesse sein können (s. Kapitel ‚How to learn from Co-housing‘ E58).

Der Transfer des skandinavischen ‚Everyday-Life Konzeptes‘ nach Österreich begann in Wien mit der Schaffung einer Leitstelle für alltagsgerechtes Bauen und Planen. Für den ländlichen Raum Bayerns und Österreichs wurde das Konzept der kooperativen Entwicklung und Anpassung der Alltagsinfrastrukturen für Funktionalregionen in die Reflexion der Fallbeispiele einbezogen (Paper B). Das Forschungsinteresse liegt auf dem planerischen Anspruch, gemeinsam Alltagsinfrastrukturen nach den Bedürfnissen der BewohnerInnen zu entwickeln und damit hoheitliche Planung von oben (top-down) und von unten (bottom-up) im Rahmen von geänderten Planungsprozessen und Governance-Formen zusammenzubringen. Eine Hauptstoßrichtung der Arbeit ist das Andocken des ‚Everyday-Life Konzeptes‘ an die Ziele und Aufgaben der Raumplanung, wie sie z.B. im Salzburger Raumordnungsgesetz definiert sind und die Ausweitung des Planungsraumes auf regionale Ebene (Funktionalregion). Wie bereits erwähnt legt § 2 Absatz 5 des SROG 2009 für die Ziele und Grundsätze der Raumordnung die „Versorgung der Bevölkerung in ihren Grundbedürfnissen in angemessener Qualität“ fest (Textpassage § 2 siehe 2.1.2 zitiert). Damit sollte eine verstärkte Einführung von Gender Planning in die Standardplanungspraxis möglich werden.

2.3.7 Partizipation und kooperative Planungszugänge – Governance neu?

Mit Bezug auf die Forderung der Politologinnen Hudson und Rönnblom (2008) sieht die Autorin als zentrale Aufgabe von Gender Planning die Beteiligung der schwächeren Gruppen einer Gesellschaft sicherzustellen *‘to give a voice to and the opportunity for weaker groups in society to shape the future of their community and region’* (C 71). Ausgangspunkt der Arbeit ist folglich die enorme geschlechtsspezifische Ungleichheit in der Mitwirkung von Frauen und Männern in der räumlichen Planung. Wie bereits in der Einleitung dargestellt, werden in Österreich (und Bayern) die Gemeinden und Regionen zu mehr als 90% von Männern regiert (Bürgermeister) und somit auch die Planungsentscheidungen in der Raumplanung und Regionalentwicklung (fast) ausschließlich von Männern getroffen. Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung muss natürlich auch hier konsequent mit Gegenstrategien ansetzen und top-down (nämlich als verpflichtende Vorgabe der EU und der nationalen Gesetzgebungen) mehr Beteiligung von Frauen in der Gestaltung der Gemeinden und Regionen bringen.

Neben der gender-bezogenen Problemstellung ist auch der Paradigmenwechsel in den Planungswissenschaften an der Wende des 21. Jahrhunderts weg von hoheitlicher Planung (top-down gesteuert) hin zu kooperativen und kommunikativen Planungsprozessen wichtig. Die Arbeit stützt sich auf Healey (1997/2006) mit dem Konzept des ‚Collaborative/Communicative Planning‘. Dieser Zugang ist auch eine Antwort auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen, wo die bisherige Planung nur

mehr unzureichend steuern konnte und auf den schwindenden Einfluss der Kommunen und Länder auf die tatsächliche Raumentwicklung in neoliberalen Wirtschaftssystemen reagieren kann.

Zur Beschreibung dieser neuen Formen integriert die Arbeit das Governance-Konzept, welches die Chance auf geänderte Planungsprozesse und Machtverteilung im Rahmen von informellen Prozessen befördern kann (s. z.B. Paper B, C und D).

Kurz zum Governance-Konzept: Auf der Ebene der EU-gesteuerten Regionalentwicklung wurde mit dem Weißbuch der Europäischen Kommission zum Europäischen Regieren 2001 der Begriff der ‚Governance‘ eingeführt (EC 2001) und in der Folge breit rezipiert. Eines der Ziele von neuen Formen des Politikmachens war es „die politische Entscheidungsfindung zu öffnen, und mehr Menschen und Organisationen in die Gestaltung und Durchführung der EU-Politik einzubinden“ (EC 2001, 4). In der Planung und in der EU-geförderten Regionalentwicklung wurden diese neuen Formen von Governance anstelle der bisherigen „Government-gesteuerten“ Prozesse gefordert (z.B. Alpine Space 2007-2013, AESOP 2014³⁶). „Stakeholder“ tauchen als neue Planungsbeteiligte auf und sollten in die Planung einbezogen und beteiligt werden. Informelle Prozesse gewinnen im Vorfeld von formellen Verfahren an Bedeutung, mit allen Problemen, die sich auch aus Gender-Sicht ergeben können: Wie zahlreiche feministische und andere kritische AutorInnen festgestellt haben, spiegeln auch informelle Prozesse die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wider. So setzen sich auch in informellen Prozessen jene Interessen, Gruppen und Themen durch, die über die meisten Ressourcen verfügen (Wotha 2013,96). Wotha (2013), Innes and Booher (2003) und Beall (1996) weisen bereits auf die Notwendigkeit hin, informelle Beteiligungsprozesse kritisch zu begleiten und zwar mit einer Gender-Mainstreaming Strategie, um der Gefahr der Fortschreibung der bestehenden Machtverhältnisse bei informellen Beteiligungsprozessen gegenzusteuern. Paper B und C stellen daher die Frage, welche Maßstabebene und welche Beteiligungsmethoden für eine ausgeglichene Beteiligung von Frauen und Männern bei der Alltagsinfrastrukturplanung zielführend sind.

Unter Einbeziehung der Erfahrung von europäischen Ländern mit langer Beteiligungstradition mit Genderblick (z.B. Finnland, Niederlande) und den Erfahrungen mit gegenderten Beteiligungsprozessen in Österreich fragt die Arbeit nach den Strukturen und Planungsprozessen, die das Einbringen der NutzerInnenperspektive sicherstellen und die Selbstorganisation ermöglichen. Inspiration und Vorbilder dazu bieten die Co-housing-Projekte, die ihre eigenen Alltagsinfrastrukturen in ihren Wohnvisionen entwickeln und managen (Paper E). Für die künftige Konzeption von regionaler Wohnungs- und Alltagsinfrastrukturplanung stützt sich die Arbeit auf das 2014 publizierte Konzept der ‚Cloud‘ von Faber und Oswald. Analog zum *Cloud Computing* schlagen die AutorInnen vor, Alltagsinfrastrukturen als Cloud zu denken, in welcher jeder Mensch gleichzeitig Konsument aber auch Anbieter einer (sozialen) Dienstleistung sein kann.

2.3.8 Gender Planning : Mehr als Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung?

Die oben beschriebenen Zugänge wurden in der Pionierarbeit von Damyanovic (2007) in ein Theoriemodell und eine Methodologie für einen gegenderten Planungsprozess entwickelt. Das sogenannte strukturalistische Landschaftsplanungsmodell (ebd. 2007, 66 – schematische Darstellung) sind in der „Arbeitsdefinition“ von Gender Planning zusammengefasst, welche von Damyanovic 2007 erstmals als Anforderungen an eine gendersensible Planung publiziert (Punkte 1 bis 4) und von der Autorin 2014 (in Paper C) mit Punkt 5 ergänzt wurde:

³⁶ Die Konferenz der Raumplanungsuniversitäten (Planning Schools) stand unter dem Generalthema „From Control to Co-evolution“ <http://www.congrexprojects.com/aesop> (Utrecht 9.-12. Juli 2014).

- (1) Gender Planning ist Planung mit Fokus auf Frauen und Männer und deren Beziehungen zueinander sowie der gesellschaftlichen Rollenerwartungen an diese.
- (2) Gender Planning bewertet Raumstrukturen nach Nutzungsqualitäten für den Lebensalltag von Frauen und Männern und bezieht Alter, Lebensabschnitt und sozialen Hintergrund mit ein.
- (3) Gender Planning macht gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Werthaltungen in der Planung sichtbar.
- (4) Gender Planning ist transformativ, d.h. es zielt auf die Veränderung von ungleichen Gesellschafts- und Machtstrukturen ab, auf die Veränderung von Werthaltungen (gegenüber Mädchen und Burschen, Frauen und Männern) und auf die daran geknüpften Planungskonzepte und Instrumente (Damyanovic 2007, 57).
- (5) Im Rahmen der Dissertation wurde nun von der Autorin ein fünftes Element eines Gender Planning-Zuganges ergänzt. Gender Planning muss partizipativ sein und den schwächeren Gruppen in einer Gesellschaft eine Stimme und die Gelegenheit zur Gestaltung ihrer Gemeinde und ihrer Region geben (s. C71). Dieser Anspruch wird dann in Paper D noch auf die Veränderung von Planungskonzepten und Instrumenten erweitert.

Punkt 1 repräsentiert dabei den Sozialraumzugang mit Integration von Gender als sozial konstruiertes und erlerntes Geschlecht.

Punkt 2 erweitert den Blick auf die unterschiedlichen Nutzungen der Raumstrukturen und erweitert die Frau-Mann-Differenzierung um weitere Merkmale, wie Alter, Geschlecht, Lebensphase, sexuelle Orientierung etc., welche das Merkmal „Geschlecht“ überlagern (Stichwort Intersektionalität).

Punkt 4 hebt den Anspruch und das Ziel von Gender Planning nämlich die Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse hervor, was nur durch geänderte Werthaltungen und geänderte Planungsleitbilder und Planungskonzepte möglich sein wird.

Punkt 5 unterstreicht die Notwendigkeit von geänderten Planungskonzepten und Prozessen, die die Möglichkeit öffnen, schwächeren gesellschaftliche Gruppen die Mitgestaltung ihres Lebensraums zu ermöglichen.

Zusammenfassend und für die Planungspraxis anschaulich vom britischen *Royal Town Planning Institute* formuliert, stellt sich folgende Planungsaufgabe, in welcher Sozialraum, gegenderte Räume und Orte, die von verschiedenen Menschen in allen Gleichstellungskategorien (Ergänzung hw: z.B. Alter, Herkunft, Behinderung, sexuelle Orientierung etc.) unterschiedlich erlebt oder wahrgenommen werden. Mit dem Auftrag zum Abbau von Ungleichheiten (durch Planung) ist auch die Veränderbarkeit des Sozialraums und des Geschlechts oder einer anderen Form von Differenz/Ungleichheit angesprochen.

Space defines what people can do, how people interact and feel about themselves and their communities. Planning is about creating better spaces and places. Spatial planning involves understanding and responding to how people in different equality categories use, experience, and feel about places and spaces. It should seek as far as possible to eliminate inequalities that are due to differential use, experience or perceptions about places and spaces. (RTPI – 2007, 4)

Die folgende Abbildung ist eine Zusammenschau der relevanten Theoriegrundlagen der Arbeit.



Abbildung 1: Theoriebezüge und Schlüsselkonzepte der Dissertation

3 Überblick über die Fachbeiträge und die Fallbeispiele

3.1 Behandelte Forschungsfragen und Zugänge in den fünf Fachbeiträgen

Die forschungsleitende Kernfrage war von Beginn an jene nach den Zugängen, Konzepten, Methoden, Instrumenten und Strategien einer „gegenderten“ Raumplanung und Regionalentwicklung, nämlich die Frage, wie Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung als Strategie konkret umgesetzt werden kann (F 2 und F1.1).

Daran knüpft die Forschungsfrage F1 an, die lautet: Wie hilfreich und wirksam sind die Top-down-Vorgaben seitens der EU und der nationalen und regionalen Gesetzgebungen für die tatsächliche Umsetzung und die Entfaltung einer Wirkung auf den Abbau von raumstruktureller Ungleichheit zwischen Frauen und Männern.

Der Forschungsbeitrag A ‚European Regional Development Programmes for Cities and Regions: Drivers for Gender Planning?‘ untersucht dazu über alle Maßstabsebenen hinweg – von EU-Politiken über Regionalprogramme zu regionalen und lokalen Projekten - die Wirkung der verbindlichen Gender Mainstreaming- und ‚Gender Equality‘-Vorgaben anhand konkreter Fallbeispiele. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hier auf der Untersuchung der Interventionslogik von Programmen und Planungen, die entweder direkt auf Personengruppen (z.B. eine bestimmte Gruppe von Frauen) abzielt oder indirekte Interventionen in Strukturen und Systeme (z.B. Mobilitätsangebote oder GründerInnen-Zentren in einer Region), die Gender Gleichstellung bewirken möchte. In diesem Beitrag werden darüber hinaus die in Salzburg und Niederösterreich entwickelten Methoden und Instrumente für die konkrete Umsetzung einer GM-Strategie in Planung und Standortentwicklung herausgearbeitet und deren Grenzen aufgezeigt. In den Papers B und C werden ergänzend die Methoden und Instrumente aus zwei weiteren Projekten aus Bayern und Österreich behandelt.

		Forschungsbeiträge / Paper				
Forschungsfragen		A	B	C	D	E
F1	WIE und WODURCH unterstützen Top-down-Strategien wie Gender Mainstreaming (GM) die Schaffung von guten Raumqualitäten und den Abbau von raumstrukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern?	X				
1.1	WIE und mit WELCHEN Instrumenten wurde diese GM-Strategie in Regionalprogrammen und in Projekten (z.B. zur Standortentwicklung und Regionalplanung) umgesetzt und wie wirkt sich das aus?	X				
F2	WELCHE Kriterien (inhaltliche Kriterien und Prozesskriterien) sind für die Umsetzung von GM in der Planung (=GP) in Österreich/Bayern relevant?	X	X	X		
F3	WELCHE Planungsinstrumente, Inhalte/Prozesse von GP/GM ermöglichen die kooperative Entwicklung und Anpassung von Alltagsinfrastrukturen für alltagstaugliche Räume?		X	X	(X)	X

F4	WIE lassen sich diese Gender Planning Instrumente, Leitbilder und Kriterien auf Auswirkungen des demographischen Wandels – insbesondere in ländlichen Regionen - übertragen?			X		X
F5	WELCHE Beiträge könn(t)en Co-housing-Projekte für die Entwicklung und Erhaltung von Alltagsinfrastrukturen in Dörfern und Regionalzentren mit starker demographischer Dynamik leisten?					X
F6	WIE können GP-Zugänge generell und das Erfahrungswissen von Co-housing-Projekten zur Erneuerung von Planungsprozessen und Planungsinhalten im Sinne einer „Gender“ Governance beitragen?		X	X	X	X
	Maßstab – räumlicher Bezug der Fragestellungen und Fallbeispiele Fokus auf ländliche Räume	EU- regional - lokal	regio- nal	regional	Lokal - regional	Lokal - regional
	EMPFEHLUNGEN und FORDERUNGEN für künftige GM/GP-Prozesse, Inhalte und Strukturen	X	X	X	X	X

Tabelle 3: Die 5 Paper nach Forschungsfragen und Raumbezug der Fallbeispiele

Die Forschungsfrage F3 ist bereits eine thematische Konkretisierung von Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung/Gender Planning auf die Schaffung von alltagstauglichen Räumen. In Paper B, C und D wird das skandinavische Konzept ‚*The Everyday*‘ auf die österreichischen Praxisbeispiele übertragen, um kooperative Methoden und Prozesse zur Weiterentwicklung und Verbesserung von Alltagsinfrastrukturen für Frauen und Männer zu identifizieren. Auch hier sind die ländlichen Räume außerhalb der urbanen Zentren im Mittelpunkt der Analyse.

Forschungsfrage F4 fragt darüber hinaus, ob die identifizierten Gender Planning-Instrumente auf die Planungsaufgaben, die mit dem demographischen Wandel einhergehen, übertragen werden können. Paper C befasst sich schwerpunktmäßig mit dieser Forschungsfrage anhand von Fallbeispielen aus Ostdeutschland (mit massiver Abwanderung) und Österreich. Zur Differenzierung der Adressaten in der Planung wird das Konzept der Gender+ (sprich: GenderPlus) Zielgruppen eingeführt, die sich in Alter, Ausbildung, Lebensphase und Herkunft unterscheiden und für einen Planungs- und Regionalentwicklungsprozess von Bedeutung sind. Auch Paper E spiegelt diese Differenzierung der Bevölkerung wider und ist für die Fragestellung relevant.

Forschungsfragen F5 und F6 erweitern den Blick auf Bau- und Wohngruppen, die erfolgreich ihre eigenen Visionen einer geschlechtergerechten und solidarischen Wohnform entwickeln und mit Hilfe von öffentlichen Fördersystemen und privaten Bauträgern oder auch in Eigenleistung umsetzen (Paper E). Die Verbindung zu Gender Planning ist einerseits die für die Gruppe maßgeschneiderten, selbst entwickelten und selbst organisierten Alltagsinfrastrukturen, z.B. für Kinderbetreuung, für (ökologischen) Einkauf, für Kranken- und Altenpflege, für die persönliche Mobilität, die von der Autorin als „angewandtes Gender Planning“ bezeichnet werden. Andererseits sind es die innovativen Planungszugänge und Planungsprozesse, welche die Position der BürgerInnen in der Planung und räumlichen Entwicklung neu definieren (bottom-up). Diese neuen Formen der Governance, die durch die Co-housing-Gruppen eingebracht werden, finden ihren Niederschlag in Forschungsfrage F6 und im Paper E ‚*The potential of co-housing for rural Austria*‘, wo sie auf die mögliche Ausweitung auf Bezirkszentren und als Netzwerk von Alltagsinfrastrukturen untersucht werden.

3.2 Bearbeitete Praxisbeispiele in den Fachbeiträgen

In den fünf Fachbeiträgen werden Fallbeispiele aus der Praxis aus Österreich und Deutschland bezüglich der Umsetzung und Anwendung der Instrumente und Prozesse des GM in der räumlichen Planung analysiert. Insbesondere wird überprüft, ob sie als ‚Gender Planning‘- Beispiele gelten können.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die behandelten Fallbeispiele nach Paper und untersuchten Forschungsfragen.

Nr	Fallbeispiel und räumlicher Bezug	Blickwinkel/ Forschungsfragen	Seiten im Paper
A1	Gender Planning in EU-Programmen Ziel 1 und Ziel 2 2000-2006 und INTERREG EU-weit und Alpenraum 2007-2013	F1, F2	A133-139
A2	GenderAlp! Gendersensible Überarbeitung des Sachprogramms Siedlungsentwicklung und Betriebsstandorte im Salzburger Zentralraum	F1, F1.1, F2	A140-144
A3	GenderAlp! Gendersensible Erweiterung und Restrukturierung der Industrieparks Wolkersdorf und NÖ-Süd	F1 , F1.1, F2	A144-147
B1	Chancengleichheit im ländlichen Raum Bayerns im Vergleich zum Verdichtungsraum (urbane Räume)	F2, F3	B111-112
C1	Infrastrukturplanung der Abwanderungsgemeinden Fusch und Lend angesichts des demographischen Wandels mit Genderblick (Land Salzburg, AT)	F4, F3 (F2)	C83-84
C2	SEMIGRA: Regionalentwicklung in Räumen mit starker selektiver Abwanderung, Schwerpunkt Ostdeutsche Länder	F4,F3	C80-81
D1	Gender Planning zur Entwicklung von Alltagsinfrastrukturen im ländlichen Raum Bayerns	F4	C76-78
D2	Startphase der Europaregion Donau-Moldau: Struktur- und Netzwerkanalyse mit begleitender Gender Expertise, Kreise Pilsen, Vysocina und Südböhmen (CZ), Oberpfalz, Niederbayern (Bayern, DE) und OÖ, NÖ mit Wald- und Mostviertel (AT)	F1.1, F2	D127-128
D3	DEMOCHANGE - Infrastrukturplanung der Abwanderungsgemeinden Fusch und Lend angesichts des demographischen Wandels mit Genderblick, Salzburg (AT)	F3, F4	D126
D4	Donne - Förderung von Frauen in Gemeindepolitik, Verwaltungsspitzen und Wirtschaftspositionen	F2	D128
E1	Atriumhäuser Rif (Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen), Salzburg (AT)	F5, F6	E51-54
E2	Seniorenwohnkonzert Prielgut, Leogang (AT)	F5	E54-55
E3	Open Living – Planungskonzepte für gemischte Wohnprojekte in Dörfern und Bezirkszentren, Salzburg (AT)	F5, F6	E55-56

Tabelle 4: Die behandelten Fallbeispiele in den fünf Fachbeiträgen A bis E im Überblick

4 Ergebnisse und Synthese

Die Ergebnisse der Forschungsbeiträge wurden in einer Tabelle zusammengefasst und sind eine Zusammenschau und Synthese der in den fünf Fachbeiträgen A bis E bearbeiteten Gender Planning Inhalte, Prozesse, Strukturen und Instrumente nach den vier planerischen Herausforderungen (siehe Tabelle 5 - Querformat auf der folgenden Seite).

Theoretische Grundlage für die Synthese bilden die in Abschnitt 2.2 dargelegten Konzepte:

- die Weiterentwicklung der Klassifikationen von Gender Planning nach den Planungsinhalten („*substance*“ gem. Greed 2005), Planungsprozessen („*process*“), Planungsstrukturen (Zibell 2006b) und Gender Planning Instrumenten (s. dazu auch das Kapitel 2.3)
- und der in Paper A und C entwickelte gegenderte Planungszyklus (s. Abbildung 2)

Die „Spaltensumme“ in der Tabelle 5 ergibt in der Synthese die Gender Planning Instrumente zu Planungsinhalten, Planungsprozessen und zu strukturellen Rahmenbedingungen.

Die „Zeilensumme“ in der Tabelle 5 ergibt in der Synthese die möglichen Planungsinnovationen durch Gender Planning Instrumente und Methoden für den Planungs-Mainstream und zwar wiederum differenziert in Planungsinhalte, Planungsprozesse und die strukturellen Rahmenbedingungen in Planung und Regionalentwicklung.

Die exemplarische Beschreibung dieser Gender Planning Instrumente bettet sich schließlich innerhalb des in Paper A und B entwickelten gegenderten Planungszyklus ein, der in Paper C in Teilbereichen auf die planerische Herausforderung demographischen Wandels übertragen wurde.

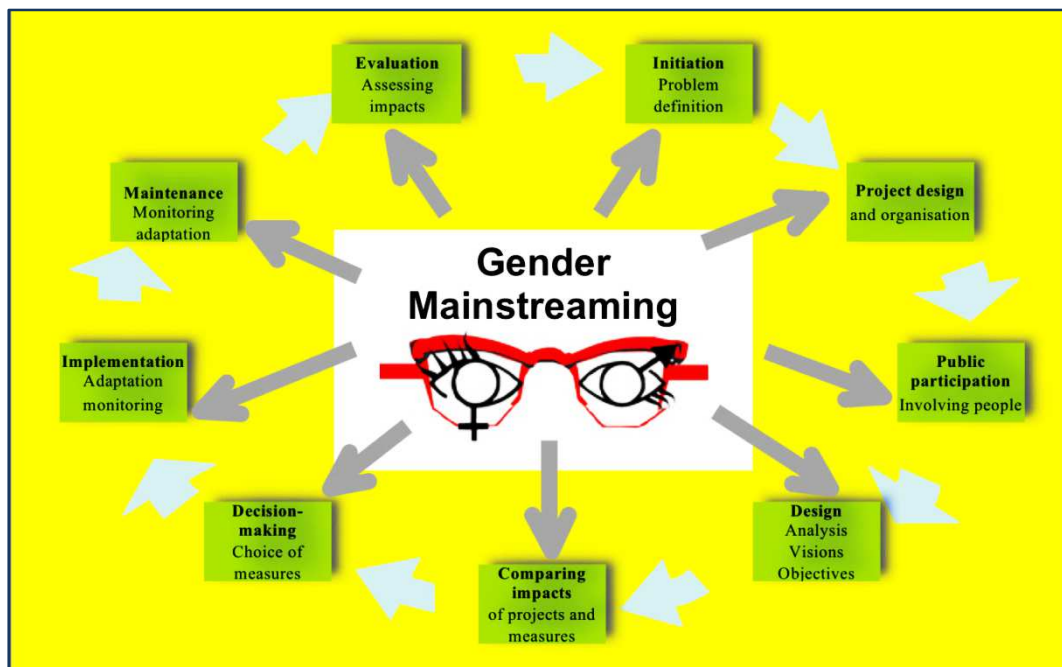


Abbildung 2: Gender Mainstreaming eines Planungszyklus

(Quelle: Paper B 2014, B76 Abbildung 4 – Publikation ist in Englisch, daher auch die Grafik)

Nach der tabellarischen Zusammenstellung folgt die Beschreibung ausgewählter Gender Planning Instrumente und Methoden, die aus den Papers für die Bewältigung der vier ausgewählten planerischen Herausforderungen herausgearbeitet wurden.

Herausforderung für die Planung (=PH)	Gendern von Inhalten 'substance'	Gendern von Prozessen 'process'	Gendern von Strukturen 'structural change'	Fallbeispiele	Planungsinnovation Schlussfolgerungen (Zeilesumme)
EU-gesteuerte Regionalentwicklung (Disparitäten)	Paper A	Paper A, B, C	Paper A	Gender Alp! EU-Programme, Salzburg, Niederösterreich (NÖ)	I) Beiträge von GP zur Regionalentwicklung (ländliche Räume) s. 4.1
Planen mit dem demographischen Wandel (Gender+)	Paper C, D	Paper B, C, E	Paper C, D	DEMOCHANGE Konzept und Fall Fusch/Lend	II) GP bringt einen neuen Blick auf den demographischen Wandel ein und zwar: s. 4.2
Alltagsinfrastrukturen/ Versorgung anpassen und entwickeln	Paper B, C, D, E	Paper A, C, D	Paper E	GenderAlp! Salzburg, NÖ ländlicher Raum Bayerns Co-housing Rif, Prielgut, Open Living	III) GP trägt zur Entwicklung von Alltagsinfrastrukturen wie folgt bei: s. 4.3.
„Gender Governance“ -multilevel + regional -partizipativ -kooperativ -top-down/bottom-up	Paper B, C, E	Paper E	Paper A, E	Atriumhäuser Rif, Seniorenheim Prielgut DEMOCHANGE Fusch/Lend	IV) GP erhöht die Governance-Qualitäten wie folgt: top-down + bottom-up kooperative Planung/Selbststeuerung s. 4.4
GM/GP INSTRUMENTE (Spaltensummen)	GP-Inhalte	GP-Prozesse	GM-Strukturen		

Tabelle 5: Synthese: Beiträge von Gender Planning/GM in der räumlichen Planung für Inhalte - Prozesse - Strukturen zur Bewältigung der Planungsherausforderungen

4.1 Planerische Herausforderung 1: Europäisierung der Planung und Regionalentwicklung mit Fokus ländlicher Raum

Die EU gesteuerte Regionalentwicklung, die das Ziel verfolgt, regionale Ungleichheiten zwischen den Regionen abzubauen, brachte für die Gemeinden und Regionen in Österreich eine Europäisierung der Raumentwicklung mit sich. Es geht dabei um die regional und lokal umgesetzten EU-Förderprogramme, wie INTERREG transnational (z.B. Alpenraum, Ostsee) und grenzüberschreitend (z.B. Österreich-Bayern). Zur Beantwortung der ersten beiden Forschungsfragen der Dissertation, F1 und F1.1, nach der Wirkung der Top-down-Vorgabe der EU zu Geschlechtergerechtigkeit/„Gender Equality“ und konsequenter Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie in allen Politikfeldern untersucht die Arbeit die Umsetzungspraxis von Gender Mainstreaming/Gender Planning von der EU-umspannenden Maßstabsebene der Strukturpolitik (A132-138) bis zur praktischen Umsetzung in regionalen und lokalen Planungs- und Regionalentwicklungsprojekten in Österreich (A139-146). Bei letzteren lag das Forschungsinteresse insbesondere bei den dafür entwickelten Gender Planning Instrumenten und Methoden (Forschungsfrage F3 s. Tabelle 3).

Initiierung und Projekt- oder Programmdesign - GM/GP-Prozesse

Sowohl die Artikulation eines Handlungsbedarfs/einer Notwendigkeit für ein (Planungs-)Projekt z.B. durch BürgerInnen, als auch die Definition des „Problems“ sind von großer Bedeutung für die Projektorganisation und die thematischen Schwerpunkte.

Nur wenn in EU-Regionalprogrammen und deren Operationalisierung in Programmplanungsdokumenten, Prioritätensetzung und Projektauswahl GM/GP systematisch verankert ist, wird sich dies auch auf die ausgewählten Projekte und deren Konzeption niederschlagen. Die Analyse ausgewählter EU-Programme in Paper A hat ergeben, dass dies nur dann der Fall ist, wenn die Regionen dem Handlungsfeld Gender Mainstreaming/Gender Planning positiv gegenüberstehen (A 134-138). Dies änderte sich erst mit der Programmplanungsperiode 2014-20 für die ländlichen Räume im Rahmen der CLLD - Community Lead Local Development Programmes, wie es LEADER ist (E 60). Wie für die Programmebene dargelegt, braucht es auch für die Initiierung von Projekten einen ergebnisoffenen partizipativen Zugang. Dieser Partizipationsprozess wurde im Rahmen des INTERREG-Alpenraumprojekts DEMOCHANGE durch ein gendersensibles Prozessdesign für alle Pilotprojekte vorgegeben und dann in allen Partnerregionen adaptiert und umgesetzt (D126).

Projekt- oder Programmdesign – GM/GP-Prozesse

Zwingende Voraussetzung für Projekte und Programme ist die explizite (GM und GP Projekte) oder implizite (über Themen, wie z.B. Alltagsinfrastrukturen, Unternehmensgründungen, spezifische Wohnbedürfnisse von Zielgruppen etc.) Integration von Gender Planning Themen in Förderprogramme und Regionalentwicklungsprogramme aber auch in örtliche und regionale Entwicklungskonzepte oder Programme. Daran knüpft sich die Definition von erwünschten Gender Projekten und Projektfeldern und die systematische Gleichstellungsorientierung bei den Förderkriterien, der Projektauswahl und bei den Management- und Umsetzungsgruppen.

Methodik/Instrumente: Wie mit dem gegenderten Planungszyklus und Tabelle 6 erläutert, beinhalten Prozess- und Projektdesign von Beginn an Gender Mainstreaming: Die Auswahl der Steuerungsgruppe, die Aufgabenverteilung, die Konzeption und Begleitung des Projektes durch eine Prozessbegleitung mit

Gender Expertise sowie Fortbildungen und regelmäßige Schulungen und Reflexionen in der Steuerungsgruppe von Projekten. Dazu gehört u.a. die Vorgabe eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses in den Entscheidungsgremien von Programmen und Projekten (z.B. Mindestfrauenquoten bzw. maximale Männerquoten) und ebenso Mindestquoten für Frauen zugeordnete Ressourcen (Budget) und Funktionen (z.B. Arbeitspaketverantwortung, Projektleitung u.a.).

Anstelle von Quoten können auch Themenanwälte/-anwältinnen nominiert werden, die während des Umsetzungsprozesses eines Projektes/Programmes ‚Gender Equality‘/Gleichstellung der Geschlechter durchsetzen sollen. Dies ist dann sinnvoll, wenn es in den Teams deutlich mehr Frauen als Männer gibt.

Analyse – GP/GM-Inhalte:

Für eine Regionalanalyse auf der Ebene eines Bundeslandes oder Nationalstaats hat sich folgende Vorgehensweise bewährt:

Eine räumlich differenzierte Untersuchung von statistischen Kenndaten, ob im Vergleich städtisch-urbaner Räume mit ländlichen Räumen signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Männern im jeweiligen Indikator z.B. in der Berufswahl, in der Bildung, in der Beteiligung an politischen Ämtern, in der aufgewendeten Zeit für Versorgungsarbeit inkl. Hol- und Bringdiensten bestehen.

Methodik/Instrumente: Thematische Karten, die zum einen die regionalen Unterschiede in den einzelnen Indikatoren differenziert nach Frauen und Männern zeigen (jeweils eine Karte), zum anderen stellt eine Differenzkarte das Ausmaß des Unterschiedes zwischen den Geschlechtern im regionalen Muster dar. Dritter Schritt der Analyse ist der Vergleich des Mittelwertes dieser Differenz nach Raumtypen städtischer Zentralraum und ländlicher Raum (Grontmij et al 2011a, b - ausgeführt in Paper B 112).

Ziele definieren – planerische Leitbilder revidieren – GM/GP Inhalt

Methodik/Instrumente: Im Zuge der Neufassung des regionalen Sachprogrammes für den Salzburger Zentralraum hat sich durch den GM-Prozess das planerische Leitbild und der Blick auf die Planungsaufgabe verändert. Anstelle der traditionellen Festlegung von Betriebsstandorten und Kennzahlen für die künftige Siedlungsentwicklung traten die lebensweltlich verankerten und erweiterten Konzepte von „Wohnen und Arbeiten“, in welchen auch Versorgung mit bedacht wurde. Für die Planungsfestlegungen hieß das, das Arbeiten auch in Wohngebieten und nicht nur in Betriebsstandorten mitzudenken und zu planen, eine Nutzungsmischung in gut ausgestatteten und mit ÖV gut erreichbaren Siedlungsstandorten (A 142). Diese Verschiebung und Erweiterung des Planungskonzeptes bestätigt sich auch auf lokaler Ebene im Rahmen einer gendergerechten Betriebsstandortentwicklung in Niederösterreich. Auch für Betriebsstandorte werden die Nutzungsansprüche auf Erholung, Versorgung und Aufenthaltsqualität für Pausen, für FußgängerInnen in öffentlichen und halböffentlichen Räumen erweitert und entsprechende Ziele und Maßnahmen entwickelt (A145).

Wirkungsvergleich von Planungsvarianten - GM/GP-Inhalt:

Als Entscheidungsgrundlage in einem Planungsverfahren ist es notwendig, die unterschiedlichen Planungsvarianten auf ihre Wirkung auf Frauen und Männer, Mädchen und Burschen sowie die Verhältnisse zwischen den beiden Geschlechtern zu untersuchen.

Methodik/Instrumente: Das Gender Impact Assessment (GIA) - im Deutschen auch als „Gleichstellungsprüfung“ – bezeichnet (Agentur für Gleichstellung 2014) prüft die Auswirkung von Planungsvarianten auf Frauen und Männer und die Gender-Gleichstellung. Das Instrument wurde in den Niederlanden

entwickelt (Verloo & Roggeband 1999) und viel zu wenig aufgegriffen³⁷. Voraussetzung für eine GIA ist ein Referenzsystem an Fakten der Ungleichheit, um die Verbesserung/Verschlechterung gegenüber dem Ist-Zustand zu vergleichen. Dieser Referenzrahmen fehlt in vielen Regionen und Ländern. Bei der bearbeiteten Fallstudie „Sachprogramm Wohnen und Arbeiten im Salzburger Zentralraum“ wurde eine GIA der Planungsziele und Maßnahmen des Programmentwurfs durchgeführt und diente als Grundlage für die Festlegungen aber auch später für die Behandlung der Einwendungen und Stellungnahmen (Zibell 2005 und Land Salzburg 2009a, b). Zentrale Ergebnisse dieses GIA sind u.a. die Unterstützung der Planungsziele einer qualitätsvollen Innenentwicklung und Verdichtung, einer Nutzungsmischung zwischen Wohnen und Arbeiten und einer Integration der Versorgungsarbeit in alle Raumkategorien. Weiters erfolgte eine Revision des Planungsleitbildes „Siedlungsentwicklung und Wohnen“ zu einem offeneren und integrierten Leitbild des „Wohnens und Arbeitens“, wo in beiden Kategorien eine Nutzungsmischung und eine Integration von Alltagsinfrastrukturen mitgedacht und geplant wird (A142).

Bei EU-Programmplanungen mit Schwerpunkt Regionalentwicklung, wie z.B. INTERREG wird zwar die sog. Ex-Ante-Evaluierung gemacht, nach intensiver Befassung mit Gender-Fragen in den Jahren 2004 bis 2010 in der räumlichen Planung (Consalis 2010) wird nun die Gender-Prüfung nur noch in Programmplanungen des Europäischen Sozialfonds/Arbeitsmarkts (ESF) durchgeführt.

Entscheidungsfindung (Wer, worüber und wie?) GM/GP-Prozesse/Strukturen:

Im Rahmen eines Programms/Projekt es ist von größter Bedeutung, welche Personengruppen nach welchem Geschlechterverhältnis und nach welchen Regeln über die Projektinhalte, Maßnahmen oder die Förderung von Projekten entscheiden. Im Falle von Förderprogrammen oder Ausschreibungen sind das bereits strukturelle Vorgaben (Struktur des Managements).

Methodik/Instrumente: Vorschreiben von Mindestquoten und Richtwerten für den Männer/Frauenanteil und die Funktionen der Mitglieder (Zivilgesellschaft vs. MandatarInnen und InteressensvertreterInnen) in den Entscheidungsgremien (Beispiel LEADER 2014 – 2020). In beiden Fallbeispielen von Paper A wurde auf Geschlechterparität und Genderkompetenz, also Grundkenntnisse über Gender Mainstreaming und die planungsrelevanten Themen geachtet (A145). Ein weiteres Ergebnis der Forschung ist die Tatsache, dass Beteiligung auf der abstrakten Ebene eines Sachprogramms schwierig ist, aber die regionale Vorgabe für die Siedlungsentwicklung auf lokaler Ebene (Gemeindeplanung) unabdingbar ist (A 148).

4.2 Raumentwicklung und Planung für/mit dem demographischen Wandel (PH2)

Neben der Binnenwanderung Stadt-Land wird nun die Verlängerung der Lebenserwartung und damit verbundene massive Umstrukturierung der Bevölkerung nach Alter, Herkunft, Familienmodellen und Mehrfachwohnsitzen etc. in der räumlichen Planung wirksam. Selektive Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Frauen, internationale Migration und Mobilität bedingen planerische Herausforderungen aus dem demographischen Wandel.

³⁷ Während sich die SUP (Strategische Umweltprüfung) für alle Regionalprogramme und alle räumlichen Entwicklungskonzepte als verbindliche Praxis durchgesetzt hat, ist das GIA in Österreich nur vereinzelt angewendet worden. Beide – SUP und GIA – basieren auf einer EU-Richtlinie, die Behörden zur Anwendung verpflichtet (sic).

Aus planerischer Sicht liegen die Herausforderungen im Umgang mit Schrumpfung und Leerstand, im Verlust von sozialen Infrastrukturen, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen bei gleichzeitig sich auffächernden Lebensentwürfen, regionalen und internationalen Arbeits- und Freizeitzusammenhängen und damit verbundenen Wohnungs- und Alltagsinfrastrukturbedürfnissen. Die Nachfrage nach alternativen Wohnformen im Alter, nach Lebensabschnittswohnen und das Phänomen von lebensphasenbezogenen und selektiven Wanderungsbewegungen sind eine weitere Planungsherausforderung (z.B. Zu- und Abwanderung junger Frauen oder Pensionszuwanderung).

Vision/Leitbildentwicklung – GM/GP- Inhalt und Struktur

Wie in den Papers C und B dargelegt, haben sich die folgenden zwei Konzepte in der Anwendung in den Fallbeispielen im DEMOCHANGE Projekt und im Bayernprojekt als hilfreich für die Konzeption und Umsetzung von Planungsprojekten in Gemeinden und Regionen im demographischen Wandel erwiesen (C69-70):

Ein erweitertes Konzept des Demographischen Wandels: Versteht den demographischen Wandel nicht nur als Verlängerung des Lebensalters, der Alterung der Gesellschaften und Wanderung, sondern integriert auch die Emanzipation der Frau, die wachsende Mobilität und die technologische Entwicklung durch Digitalisierung von Kommunikation, Beziehungen und Wirtschaft (ZGB 2005). Dieses Konzept wurde systematisch für die Salzburger Teilprojekte des DEMOCHANGE-Projekts 2010-2013 angewendet (DEMOCHANGE 2013, Bausch et al 2014).

Planen mit/für Gender+: Der Begriff „Gender+“ (sprich GenderPlus) wurde vom QUING-Projekt – *Quality in Gender+ Equality Policies 2006-2011* eingeführt, um den Gender-Begriff beizubehalten, aber um die Erweiterung der anderen Eigenschaften, auf welchen strukturelle Ungleichheit basiert: Alter, Herkunft, Bildung und Beruf, Religion etc.³⁸

Methodik/Instrumente: Die Methoden und Instrumente des Gender Planning werden erweitert um weitere relevante Merkmale, wie Alter, Nationalität, Lebens- und Familiensituation und systematisch in alle Stufen des Planungszyklus eingebaut.

Paper C stellt dazu den in Paper A vorgeschlagenen gegenderten Planungszyklus in erweiterter Form vor. Hier sind die einzelnen Gender-Planning-Schritte um das „Plus“ von *Gender+*, nämlich Alter, Herkunft, Lebenssituation etc. erweitert (Tabelle 1 in C75).

In diesem Zusammenhang weise ich auf die interessante Praxiserfahrung hin, dass die Gender-Frage in der Demographie-Frage (Alter, Migrationshintergrund etc.) zu verschwinden droht. Positiv gesehen könnte man festhalten, dass der Zugang zu Gleichstellungs- und Gender-Fragen über die Themen Alter, Vielfalt, Herkunft und Lebensformen erst wieder geöffnet wird.

³⁸ Das QUING Projekt wurde im 6th Framework Forschungsförderprogramm der EU realisiert unter der wissenschaftlichen Koordination durch Mieke Verloo und hat das Gender+ Konzept eingeführt, um den Gender-Begriff beizubehalten aber auch die weiteren strukturellen Ungleichheiten wie z.B. Alter, ethnische Herkunft, Bildung, Beruf etc., die das soziale Geschlecht überlagern (*intersect*) in die Analyse einzubeziehen: Zitat aus der Madrid Declaration 2011: *‘With the use of the concept of gender+, we signal that we work with gender as intersected with other structural inequalities’*
http://www.quing.eu/files/madrid_declaration.pdf - Zugriff am 15. 03. 2013.

Problemdefinition – Analyse in Regionen mit selektiver Abwanderung – GP/GM–Inhalte mit Verweis auf Prozesse und Strukturen

Vier wesentliche thematische Planungsinhalte für Regionen mit selektiver Abwanderung von jungen und gut ausgebildeten Frauen wurden in Paper C erarbeitet: Es sind dies zum Ersten die detaillierte qualitative und quantitative Analyse der Abwanderungsströme selbst, z.B. durch eine Differenzierung nach Geschlecht und Altersgruppe bzw. nach Lebensphase (C 80-81). Zweitens ist das die Neudefinition und Erweiterung des Arbeitsbegriffs und die Darstellung der und Debatte über die Verteilung dieser Arbeitsformen in einer Region, nämlich bezahlte Erwerbsarbeit, unbezahlte Familien- und Versorgungsarbeit und unbezahlte oder bezahlte Freiwilligenarbeit und politische Arbeit (C75-80, D 124-5). Der dritte bedeutsame Bereich ist die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit von bedarfsgerechten Angeboten an Alltagsinfrastrukturen in einer Region (C76) und als vierter Punkt die Frage nach den Gestaltungsmöglichkeiten und der Mitbestimmung für eine Region nach den Bedürfnissen und unterschiedlichen Wünschen von Frauen und Männern (C78).

Methodik/Instrumente: Geschlechtsspezifische Regionalanalyse mit Blick auf Ungleichheiten in Erwerbsleben, Zeitverwendung, Einkommen, Versorgungsarbeit in Verbindung mit detaillierten Analysen der Wanderungsbewegungen nach Gemeinden, Altersgruppen, Geschlecht und Bildungsstand sind die Basis der Diskussion (siehe auch Methodik Differenzkarten im vorherigen Abschnitt 4.1). Niedrigschwellige Veranstaltungen wie Gespräche, Workshops, Fokusgruppeninterviews, ExpertInnengespräche zum Arbeitsbegriff und zur Verteilung der Lasten und Vorteile sind ein weiterer Baustein.

Partizipative Entwicklung von Zielen und Maßnahmen – GP/GM–Prozesse

Wie in Paper C und D dargelegt, stehen im Mittelpunkt der Planungszugänge die Interessen und Vorstellungen der Betroffenen. Informelle Planungsprozesse mit dem Ziel, die Selbstorganisation zu unterstützen, haben sich als hilfreich erwiesen. Alle Aktivitäten zielen darauf ab, die Bedürfnisse möglichst vieler Frauen und Männer, Mädchen und Buben in einer Gemeinde zu erfassen und mit diesen gemeinsam die benötigten Infrastrukturangebote und mögliche Wege zur Realisierung zu erarbeiten. Der Zugang reagiert auf die bereits 2009 von der Autorin geäußerte Kritik, dass Planung die Bedürfnisse der BewohnerInnen nicht anspricht (Wankiewicz 2009).

Methodik/Instrumente: Durch Fokusgruppeninterviews, Haushaltsbefragung und an Zielgruppen orientierte Veranstaltungen (Workshops, World Café, Zukunftswerkstatt) wird versucht, die Bedürfnisse der Betroffenen/Bewohnerinnen und Bewohner unterschiedlicher Altersgruppen, Herkunft und Lebenszusammenhänge in einem Beteiligungsprozess zu ermitteln und gemeinsam Ziele und Projekte zu entwickeln, die dann auch von den BürgerInnen mit Unterstützung der Institutionen umgesetzt werden (Müller et al 2012a, b, Wankiewicz & Koch 2014).

Partizipative Entwicklung von Gender+Kompetenz und von Checklisten – GP/GM–Strukturen

Paper B (113-14) und C (83-84) analysieren einen Beteiligungsprozess zur Erarbeitung von Beurteilungskriterien für Beschlüsse in einer Gemeinde in ihrer Wirkung auf unterschiedliche Zielgruppen und auf das Verhältnis zwischen Frauen und Männern (Gender-Checklist).

Damit werden Genderkompetenz bei den handelnden Personen – unabhängig vom Geschlecht – entwickelt und einfach handhabbare Werkzeuge für künftige Planungsentscheidungen erarbeitet.

Methodik/Instrumente: Im Rahmen von drei kurzen Workshops mit VertreterInnen von Verwaltung, Politik und Vereinen wird Basiswissen vermittelt und ein Vorschlag für die Beurteilung der Wirkung von Entscheidungen auf unterschiedliche Gruppen in einer Gemeinde erarbeitet. Nach einer selbstständigen Testphase durch die WorkshopteilnehmerInnen wird gemeinsam die Erfahrung ausgetauscht. Dann wird

die Checklist nach den Erfahrungen der AnwenderInnen adaptiert und zum Standard für künftige Beschlüsse.

4.3 Anpassung von Alltagsinfrastrukturen im ländlichen Raum (PH3)

Dies ist eine zentrale Herausforderung der Planung auch nach deren selbstdefinierten Zielen - nämlich die Versorgung der Bevölkerung nach den absehbaren Bedürfnissen mit Wohnungsangeboten, Bildungs- und Betreuungsangeboten (von Krippe über Hort zu Tages- und 24 Stunden-Pflege bis zu Hospiz), mit Freizeit und Erholungsangeboten, mit kulturellen Infrastrukturen. Dies gilt für alle Planungsräume, besonders aber für die ländlichen Räume.

Wie bereits in Abschnitt 2.3.6 dargelegt, stützt sich die Arbeit auf das Konzept der ‚*Infrastructures of Everyday Life*‘. In der praktischen Anwendung wurde die Relevanz dieses Zugangs bestätigt. Sowohl die aktuellen Trends und die Problemwahrnehmung durch die lokalen und regionalen AkteurInnen (Verlust von Angeboten, Aufrechterhaltung von sozialen Infrastrukturen), als auch der Einstieg in Gender-Themen im Lichte derzeit bestehender geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung machen die Planungsarbeit an den Alltagsinfrastrukturen zu einer lohnenden und hoch relevanten Aufgabe. Hier kommt die Sensibilisierungsarbeit zur Vermittlung von raumstrukturellen Ungleichheiten und zur Wirkung von Planungsentscheidungen auf Frauen und Männer mit konkretem Infrastrukturbedarf und den dafür erforderlichen Angeboten in den Gemeinden zusammen.

Analyse - GM/GP-Inhalte

Wie oben dargelegt, bewertet Gender Planning Raumstrukturen nach deren Nutzungsqualitäten für den Lebensalltag von Frauen und Männern und bezieht dabei Alter, Lebensabschnitt und sozialen Hintergrund ein (s. 2.3.8). Die Erfahrungen mit dieser Analyse werden in Paper B für grenzüberschreitende (regionale) Funktionalregionen, in Paper C und D für schrumpfende Räume und in Paper E für die Kombination aus Wohnen mit Alltagsinfrastrukturen untersucht.

Methodik/Instrumente: Planliche Darstellung der räumlichen Verteilung der Alltagsinfrastruktur(en), deren Öffnungszeiten und Angebotspalette (z.B. mit Mittagstisch) und der Bevölkerungsschwerpunkte in Kombination mit den ÖV-Angeboten werktags und am Wochenende zur Erfassung der alltäglichen Nutzungsoptionen für die BewohnerInnen (von Kindern aller Altersstufen über Menschen in Aus- und Weiterbildung, (Teilzeit-) Berufstätige oder SeniorInnen).

Auf der Maßstabsebene zeigt sich, wie wichtig die Betrachtung über die Gemeindegrenzen hinweg auf der Ebene der Funktionalregion und dem Verflechtungsraum ist (s. B 109-11). Es geht um die Erfassung und Planung in jenen Raumstrukturen, in welchen die überwiegenden Alltagswege der BewohnerInnen stattfinden. Denn diese sind regional und nicht auf lokale Wege innerhalb von Gemeinden beschränkt. Wie bereits erwähnt, ist die Zeitdimension von steigender Bedeutung: Tageszeitliche, wochentägliche und saisonale Raumnutzungsmuster (z.B. Öffnungszeiten von sozialen Infrastrukturen, Busfrequenzen etc.) werden als Planungsgrundlagen unabdingbar, fehlen aber in Österreich fast zur Gänze, insbesondere im ländlichen Raum. Ähnliche Datenlücken liegen bei der regional differenzierten Zeitverwendung von Frauen und Männern für bezahlte und unbezahlte Familien-, Versorgungs- und Freiwilligenarbeit vor.

Die Autorin verweist hier auf die in Italien entwickelte Methodik der Zeitpolitik und schlägt den Transfer von Strategien und Analysezugängen nach Österreich vor. Die Zeitpolitik nimmt in die Raumplanung und Regionalentwicklung die Zeit als relevante Planungsdimension für die Planung von Alltagsinfrastrukturen innerhalb von Teilregionen auf: Öffnungszeiten von Dienstleistungsangeboten, von ÖV Frequenzen (ta-

geszeitlich, wöchentlich, saisonal), Schul- und Arbeitszeitrhythmen und dazugehörige planerische Zielsetzungen wurden als hoch relevant für eine gendersensible Organisation des Alltagslebens in Regionen erkannt und entsprechende Methoden ausgearbeitet (Mareggi 2013, Gelmini & Zambianchi 2013, Commune di Bergamo 2004).

Vision/Leitbildentwicklung – GM/GP-Inhalt

Das erweiterte Wohnkonzept aus feministischer Sicht integriert den versorgenden Alltag und die Integration in ein soziales Umfeld (Haus, Nachbarschaft, Ortsteil) in das herkömmliche standortbezogene und materielle Wohnkonzept. Dieses Konzept wurde in den Fallbeispielen Sachprogramm Salzburg auf regionaler Ebene, im ländlichen Raum Bayerns (auf teil-nationaler Ebene), im Pilotprojekt Salzburg von DEMOCHANGE auf lokaler und regionaler Ebene und in der Entwicklung einer Europaregion Donau Moldau auf grenzüberschreitender Ebene (AT, CZ, BY) angewendet und in Paper B, C und D reflektiert. Mit Ausnahme des Europaregionsprojekts hat sich die Anwendung als sehr fruchtbringend erwiesen, bei ersterem waren die Position der Gender Expertin als externe Subauftragnehmerin „im Hintergrund“ und die politischen Rahmenbedingungen (drei Staaten und 7 Landkreise bzw. Bezirksregierungen als EntscheidungsträgerInnen) hinderlich für eine Übernahme des Konzeptes „Wohnen mit Versorgung“ in die Programmplanung (D127).

Methodik/Instrumente: Wohnen wird für die Planung in drei Dimensionen konzipiert: (1) Als physischer Ort, der Schutz vor Kälte, Hitze etc. gibt, (2) als Ort des versorgenden Alltags und der Versorgungsarbeit (= Reproduktion) und (3) als Ort der Integration und des Hineinwachsens von Menschen in soziale Netze, Gemeinschaften, Nachbarschaften. Dieses feministische Modell des Wohnens integriert den versorgenden Alltag (in der Feminismusdebatte der Achtzigerjahre als „Reproduktion“ bezeichnet) in die Konzeption des Wohnens. Wohnen ist nicht länger nur der Ort der Erholung (für eine ganztags berufstätige Person ohne Versorgungspflichten), sondern vor allem der Ort der Versorgung und Integration.

Dieser Zugang bringt das Prozesshafte des Wohnens in den Blick: Die wechselnden Anforderungen an den Wohnstandort, die Grundrisse und die Ausstattung der Wohnung und des Wohnumfelds, die Erreichbarkeitsverhältnisse und die Integration in Nachbarschaftsnetze ändern sich im Laufe eines Lebens enorm. Es braucht Lebensabschnittswohnungen, die von der Kindheit über Jugend/Ausbildung zum Berufseinstieg, Familienphase(n), Drittes Lebensalter und Altersphase sehr unterschiedliche Bedürfnisse abdecken müssen. Für die Planung hat Zibell 2006 dieses feministische Konzept formuliert und nutzbar gemacht und später auf die planerischen Leitbilder und das Selbstverständnis für die Stadtentwicklung anhand der Neuen Charta von Athen mit der Stadt(region) der kurzen Wege/„connected city“ und der europäischen Stadt weiterentwickelt (Tummers & Zibell 2012, Zibell 2013). Damit einher geht die feministische Kritik am Planungskonzept der Wohngemeinden, die zu „Schlafgemeinden“ degradiert werden, die große Gruppen der Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Blick nimmt, die den ganzen Tag vor Ort leben und arbeiten, nämlich Kinder und Jugendliche, nicht oder nur Teilzeit-Erwerbstätige und Menschen im Ruhestand (z.B. für Salzburg 2015 sind das rd. 65% der Bevölkerung einer Gemeinde).

Ziele definieren und festlegen – GM/GP-Inhalt

Die Debatte um die Grundversorgung und die Erhaltung bzw. Herstellung von gleichwertigen Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Räumen erhält durch das Gender Planning Konzept *„Infrastructures of Everyday Life“*, übertragen mit dem Begriff der Alltagsinfrastrukturen entscheidende Impulse. Damit wird der Blick von sektoraler Planung (z.B. Entwicklung von sozialen Infrastrukturen) zu einer auf NutzerInnen orientierten Planung erweitert, die einen integrativen Planungsansatz zur Schaffung von alltagstauglichen Räumen als Gesamtsystem erfordert. Schließlich werden durch die Planungs-

arbeit Gleichstellungsziele und Maßnahmen definiert, durch welche die bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung abgebaut werden kann.

Methodik/Instrumente: Das generelle Planungsziel ist die Entwicklung/Schaffung von alltagstauglichen Räumen und Raumstrukturen. Die Detailfrage ist, was der Planungsraum aktuell bzw. für den Planungszeitraum an neuen/verbesserten Angeboten an Alltagsinfrastrukturen braucht, um für die BewohnerInnen alltagstauglich zu werden. Damit verbunden sind eine Debatte und ein grundsätzliches Hinterfragen der gesellschaftlichen Rollenerwartungen und Normen im Hinblick auf die Aufteilung der Versorgungs- und Familienarbeit innerhalb der Gesellschaft. Gender Planning hat ja das (langfristige) Ziel, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Zugänge zu Entscheidungsmacht und Ressourcen fair und geschlechtergerecht zu verteilen. Mittel- oder kurzfristig - innerhalb eines Projektlaufzeitraums – können jedoch Maßnahmen realisiert werden, die den Alltag und die Versorgungsarbeit erleichtern, unabhängig davon, ob sie von Frauen oder von Männern erledigt werden.

So wurde z.B. im Niederösterreich-Projekt zur Standortentwicklung Wolkersdorf zur Frage der Kinderbetreuung eine intensive Debatte geführt: Die Zielfestlegung der Errichtung von wohnstandortnahen Betreuungs- und Versorgungseinrichtungen z.B. erhöht die Chance auf alternierende Betreuung durch verschiedene Personen (z.B. Mütter, Väter, andere) und ermöglicht die selbständige Mobilität von Kindern zum Erreichen der FreundInnen. Arbeitsortorientierte Infrastrukturen, wie z.B. ein Betriebskindergarten im Betrieb der Mutter festigen die Rollenverteilung und verhindern die Übernahme von Versorgungsaufgaben durch den Vater. Die Entscheidung fiel gegen einen Betriebskindergarten, dafür wurde der örtliche Kindergarten der Gemeinde Wolkersdorf für die Kinder von Beschäftigten diverser Firmen geöffnet.

(Selbstorganisiertes) gemeinschaftliches Wohnen – GM/GP-Prozess und Struktur

Gemeinschaftliche und solidarische Wohnformen entwickeln ihren Wohnraum und ihre Vision von geteilter Verantwortung für Familien- und Versorgungsarbeit, aber auch von Gärten, Werkstätten und gemeinsame Gruppenräumen. Diese Projekte denken und planen ihre benötigten Alltagsinfrastrukturen sowohl räumlich (Gemeinschaftsräume indoor /outdoor) als auch organisatorisch (für den gemeinschaftlichen Betrieb dieser Einrichtungen) von Beginn an mit. Darauf stützt sich u.a. die Aussage der Autorin, dass Co-housing angewandtes Gender Planning ist (s. E 42).

Methodik/Instrumente: Spezifische Wohn- und Alltagsinfrastrukturbedürfnisse einer Gruppe von Menschen werden entweder durch diese Gruppe in selbstgesteuerten Prozessen oder in Kooperation mit Gemeinden, Bauträgern oder spezialisierten PlanerInnen und Vereinen entwickelt, realisiert und betrieben. In Paper E werden neben selbstentwickelten Co-housing Projekten aus den 80er Jahren in Salzburg auch hybride Formen, wie z.B. Seniorenheime, die die Selbstorganisation lediglich für die Betriebsphase nämlich in Form von Wohngruppen mit gemeinschaftlicher Haushaltsführung übernehmen, gegenüber gestellt.

Regionale Wohnungs- und Alltagsinfrastrukturentwicklung – GM/GP Inhalt-Prozess-Struktur

Sowohl spezifische Wohnungsnachfrage für Lebensphasen, als auch dazu erforderliche Alltagsinfrastrukturen werden aufgrund der bereits bestehenden gemeindegrenzübergreifenden „regionalen Lebenszusammenhänge“ und der geringen Siedlungsdichte und der kleinen Gemeindegrößen nur regional geplant und realisiert werden.

Methodik/Instrumente: Schritt 1) Partizipative Ermittlung von Bedürfnissen innerhalb einer Funktionalregion durch Haushaltsbefragung, Fokusgruppeninterviews, Workshops und Medienarbeit. Weiters Durchführung von detaillierten statistischen Auswertungen von Familiensituation, Altersstruktur, Woh-

nungsnachfragelisten in den Gemeinden u.a. 2) Parallel dazu Vorstellung von Wohnprojekten nach dem Vorbild von Open Living Projekten durch Adaptierung des Bestandes und ergänzenden Neubau in zentraler Lage von Bezirkszentren oder an den Ortsrändern von Dörfern (s. E55-56). 3) Unterstützung der InteressentInnen bei der Konkretisierung des Wohn- und Infrastrukturprojekts, bei der Planung und Finanzierung und beim Betrieb (Organisationsform, Betrieb von gemeinsamen Alltagsinfrastrukturen, Rechtsverhältnisse zwischen den BewohnerInnen etc.). Als beispielhaftes integriertes Planungsprojekt für die Nahversorgung sei hier auf das Projekt ZukunftsNAH in Niedersachsen verwiesen (Zibell et al 2016).

4.4 Von Government zu neuen Formen von ‚Gender Governance‘ (PH4)

Bei *Governance* geht es um nicht weniger als um einen systematischen Umbau von hoheitlicher (top-down) Planung zu kooperativer Entwicklung mit deutlich mehr BürgerInnenbeteiligung „von unten“ (bottom-up). Zu Beginn eines Beteiligungsprozesses ist ein gemeinsames Verständnis über das Ausmaß der Beteiligung und der kooperative Planung zu klären: Wieviel Entscheidungsmacht wird abgegeben, wie viel ‚co-creation‘ z.B. von Alltagsinfrastrukturen und in welcher Form ist angestrebt? Inwieweit sind Selbstorganisation und von BürgerInnen gesteuerte Prozesse und Planungen erwünscht und von den gewählten Gemeinde-/StadträtInnen auch unterstützt?

Bei Gender Governance (Wotha 2013) geht es darum, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht in Beteiligungsprozessen fortzuschreiben, sondern den Beteiligungsprozess selbst zu gendern. Ansonsten besteht die Gefahr, dass auch hier die Zivilgesellschaft und die Interessensvertretungen (=Stakeholder) in Beteiligungsprozessen kaum von Frauen repräsentiert werden. Gender Governance erfordert daher ein systematisches Hinterfragen des Prozessdesigns, des Settings von Beteiligungsangeboten, der Informationsbeschaffung für die Darstellung der räumstrukturellen Situation und der Ermittlung der Bedürfnisse. Gender Governance bedarf auch der Klärung, wie viel Entscheidungsmacht an wen und zu welchen Themen abgegeben wird.

PionierInnen und Vorbilder von Gender Governance sind die selbstorganisierten Planungs- und Beteiligungsprozesse, wie sie für Co-housing Projekte typisch sind. In Paper E argumentiert die Autorin, dass Co-housing angewandtes Gender Planning ist (ibid. E, 47). Diese Argumentation stützt sich auf die Arbeiten von Vestbro & Horelli (2012), die für die Co-housing Bewegung generell und den skandinavischen Raum im Besonderen die starke Gleichstellungsorientierung der Wohnprojekte aufzeigen (ibid.). Auch bei den in Paper E beschriebenen österreichischen Beispielen geht es um eine neue Aufteilung der Aufgaben und die dafür benötigten Alltagsinfrastrukturen, wie z.B. Betreuungseinrichtungen, eigene Versorgung durch Gärten (s. Paper E, 52-53). Deshalb nehmen diese gemeinschaftlichen Wohnprojekte in der Arbeit als PlanungsinnovatorInnen, die gleichzeitig HerausforderInnen und „Opfer“ der bestehenden Planungs- und Förderkulturen sind, eine zukunftsweisende Position ein (E58-59).

Initiierung, Projektorganisation und Selbstverständnis eines Planungsprojektes – Inhalt + Prozess + Struktur

Dieser Schritt ist unabdingbar für die Entwicklung von Gender Governance im Rahmen eines Projektes und wird in der Regel unterschätzt. Es geht u.a. darum, welches Projektverständnis die PlanerInnen und die AuftraggeberInnen haben, was sie unter ‚Beteiligung‘ verstehen und welches Verständnis sie von Gender Mainstreaming in der Planung haben. Damit werden Planungsinhalte, Prozesse aber vor allem strukturelle Rahmenbedingungen (nicht hinterfragte Annahmen, Leitbilder und Organisationsformen von Planungsprozessen) festgelegt und definiert, wer, wann und wie beteiligt wird.

In Beitrag E werden dazu die Planungsvisionen und Planungszugänge von Co-housing-Projekten als InnovatorInnen für selbstgesteuerte Planungsprozesse analysiert und ihr möglicher Beitrag für die Entwicklung von Alltagsinfrastrukturen in ländlichen Räumen skizziert (E58-60).

Methodik/Instrumente: Herstellen von Prozess- und Methodikverbindlichkeit: Durchführen einer Stakeholderanalyse: Ermittlung der für das Thema/die Aufgabe relevanten gesellschaftlichen Gruppen mit Fokus auf Gender+ und Integration von Alltagswissen und Alltagserfahrungen von wenig repräsentierten Gruppen beiderlei Geschlechts in die Planungspraxis. Herausarbeiten der Schlüsselgruppen bzw. Definition der Rolle der AuftraggeberInnen. Darauf aufbauend: Kooperative Konzeption des Planungsprozesses, der Projektorganisation und der zentralen Methoden. Abschluss eines Vertrages mit den AuftraggeberInnen, in welchem diese Eckpunkte einschließlich der systematischen Umsetzung einer GM/GP-Strategie für Inhalt und Prozess verbindlich festgelegt werden (Müller et al 2012a, b).

Bei Co-housing-Projekten ist es der Anspruch, durch einen selbstorganisierten Planungsprozess die Wohnung nach den eigenen Wünschen und Bedürfnissen gemeinsam mit Gleichgesinnten zu entwickeln, zu realisieren und dann gemeinsam zu bewohnen (Denèfle & Tummers 2012, Vestbro & Horelli 2012). Gender-Aspekte stehen nicht nur in Skandinavien mit einer anderen Form der Organisation von Versorgungsarbeit im Mittelpunkt. In Paper E wird dazu dargelegt, dass die Projekte soziale Nachhaltigkeit anstreben, die sich unter anderem in geteilten Gemeinschaftsräumen für eine erleichterte Versorgungsarbeit (z.B. Kinderbetreuung, Kochen) niederschlägt (E 47-48, 53-54).

Analyse – Problemdefinition und Analysequellen – Inhalt und Prozess

Methodik/Instrumente: Die Auswahl der TeilnehmerInnen für Fokusgruppeninterviews und ExpertInnengespräche achtet auf Geschlechterparität, Einbeziehung von informellen Netzwerken, von narrativem Wissen, von Erfahrungswissen und Alltagsabläufen. Jede ist Expertin, jeder ist Experte (Larsson 2006, Wotha 2013). Es wird auf die knappen Zeitressourcen der BürgerInnen Rücksicht genommen und ihr Beitrag öffentlich wertgeschätzt (bei DEMOCHANGE Schweiz u. a. auch durch die Bezahlung eines Sitzungsgeldes für alle TeilnehmerInnen). Sowohl die Terminfindung für die Gespräche, als auch die Themen werden gemeinsam entwickelt und festgelegt. Transdisziplinärität nicht nur in der Zusammensetzung, auch in der Aufbereitung der Information (Visualisierung, verständliche Grafiken und Beispiele, kein „Planersprech“), den Settings für Informationsaustausch (World Cafés/Kleingruppen anstatt Plenum) und möglichst lange Offenheit in der Interpretation, um eine gemeinsame Problemdefinition und Problemsicht zu entwickeln. Methoden wie Schreibwerkstätten, teilnehmende Beobachtung oder von den Zielgruppen selbst geführte Alltagstagebücher sind weitere Instrumente, die den Fokus der Analyse auf die tatsächliche Problemstellung lenken können.

Vision/Leitbildentwicklung – GM/GP-Inhalt

Die Vision ist das bestimmende Element von Co-housing-Projekten. Sie werden im englischsprachigen Raum auch als „intentional communities“ (intention = Absicht/gemeinsame Intention) bezeichnet, weil sie auf Eigeninitiative eine Wohnform in einer Gruppe von Gleichgesinnten mit gemeinsamen Zielen und (Wert-)Haltungen entwickelt, die nicht am Markt angeboten wird.

Dies kann die gemeinsame Vision einer Wohnform sein, in welcher die Versorgungsarbeit gemeinsam von Männern wie Frauen getragen wird, erschwinglicher Wohnraum, eine neue Aufteilung von Privatraum, Gemeinschaftsräumen (innen und außen) und öffentlichem Raum, in der Regel Energie-Effizienz und Nachhaltiges Bauen mit gesunden Ressourcen, Aufteilung der Bau- und Betriebskosten, gegenseitige Unterstützung/Nachbarschaftshilfe etc. (z.B. E52, Tummers 2015, id22 2012, Jarvis 2012, Tummers 2011).

Methodik/Instrumente: Da es sich um selbstorganisierte Prozesse handelt, ist die Entwicklung der Vision und der Leitidee der Wohnprojekte sehr unterschiedlich. Manche Stadtplanungsämter, wie z.B. in Hannover, Hamburg, Tübingen, Freiburg i. Br., Berlin und Straßburg unterstützen beim Finden der passenden Baugruppe, finden Grundstücke - wie in Straßburg – richten Wettbewerbe für die Baugruppen aus. In Österreich gibt es die Netzwerke und Webplattformen für Projekte im ländlichen Raum/ECOVILLAGES „Gen-Austria (www.gen-austria.at) und die auf Wien und das Umland konzentrierte urbane Plattform „Gemeinsam-Bauen-und-Wohnen.at“, wo Wohnvisionen ihren Platz finden und Know-How zur Realisierung verbreitet werden soll.

Betriebsphase mit Evaluierung und Adaptierung – Inhalt/Prozess

Die Wirkung von Planungsentscheidungen ist zeitlich stark verzögert und wird in den ländlichen Räumen in Österreich (leider) zu selten evaluiert. In städtischen Räumen mit den bestehenden Stadtplanungsämtern ist dies häufiger der Fall (s. z.B. Stadt Wien 2012 u.a. die Nutzung von öffentlichen Räumen, wie Plätzen und Parks, die Untersuchung von „Problemzonen“ und Angsträumen).

Methodik/Instrumente: Fragestellungen sind z.B.: Gibt es unerwünschte Entwicklungen und Auswirkungen z.B. von Wartungs- und Erhaltungsmaßnahmen auf die Nutzbarkeit der Räume und wirken sich diese Effekte unterschiedlich auf Mädchen und Buben, auf Frauen und Männer als NutzerInnen aus? Benötigen diese Planungsfehler Anpassungen und Korrekturen in der Betriebsform, in den Zugängen, in der Instandhaltung oder in der Entwicklung von gemeinschaftlich erarbeiteten Nutzungskonzepten und Spielregeln?

Viele Co-housing-Projekte zeichnen sich u.a. durch Flexibilität in baulich-räumlichen Strukturen, in Nutzungsformen öffentlich-privat-gemeinschaftlich und in der Adaptierbarkeit der Projekte auf sich ändernde Bedürfnisse der BewohnerInnen in unterschiedlichen Lebensphasen aus. (s. z.B. Atriumhäuser Paper E52-54, Tummers 2011).

Hybride Wohnformen, wie z.B. SeniorInnenwohngruppen übernehmen Elemente der Selbstorganisation für die Betriebsphase – z.B. Wohngruppen mit gemeinsamer und selbstorganisierter Haushaltsführung. Als konkretes Beispiel dient das in Paper E beschriebene Seniorenheim Prielgut in Leogang (E54-55). Planung und Errichtung erfolgte „konventionell“ durch Gemeinde, Betreiber und Bauträger, der Betrieb hingegen durch institutionell unterstützte Selbstorganisation.

Multilevel Governance zu Gender Equality und Gender Mainstreaming – Struktur

Das Zusammenspiel der Maßstabsebenen zwischen EU-Vorgaben zu transnationalen und nationalen Programmen bis zur Kommunal- und Standortplanung ist von größter Bedeutung. Bei Gender Planning fällt immer wieder auf, dass es zwar in Präambeln und Vorbemerkungen verankert ist (weil ja verpflichtend vorgeschrieben), in Zielen und Maßnahmen zum Teil aber nicht mehr vorkommt.

Methodik/Instrumente: Für die Erarbeitung der Raumstrategie für den Salzburger Zentralraum war es nicht möglich, Beteiligung außerhalb der ExpertInnenrunden zu organisieren. Solche Raumstrategien sind sehr abstrakt und daher kaum vermittelbar (zumindest in der Planungssprache und Plandarstellung). Im Vergleich dazu war die breite Beteiligung von Personen beiderlei Geschlechts für die Betriebsstandortentwicklungen in Niederösterreich – von Gemeindeverwaltung und Politik über Beschäftigte, UnternehmerInnen, KundInnen, LieferantInnen, Landesverwaltung, Betriebsstandortagentur etc. sehr gut organisierbar, da es sich um den konkreten Standort und dessen Entwicklung handelte (Land NÖ 2007, 12-14).

Das Zusammenwirken und die Vorgabe von raumstrukturellen Leitlinien im Sinne des Gender Planning sind jedoch unabdingbar. Gleichzeitig braucht die regionale Ebene die Alltagserfahrungen und Rauman-

sprüche von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lebenlagen. Mit Verweis auf Roberts (2013) und Larsson (2006) schlägt die Autorin die Ausweitung der Methoden z.B. auf Narrative, Visualisierung von Siedlungsstrategien und besondere Workshopformen, wie Szenarien u.a. vor.

Langfristvision von partizipativ-partnerschaftlich organisierten Alltagsinfrastrukturangeboten: Die Cloud - Vision eines neuen Planungsleitbilds in Ergänzung zum zentralörtlichen System und polyzentrischen Siedlungsmodell

Als visionäre Planungsinnovation soll hier noch die Konzeption eines alltagstauglichen Raumes mit Alltagsinfrastrukturen vorgestellt werden, die auch von BürgerInnen getragen werden. Faber & Oswalt (2013) haben das Modell für die von starker Abwanderung betroffenen Räume von Ostdeutschland entwickelt. Die Autoren schlagen in Analogie zum Cloud Computing das Konzept der ‚Cloud‘ auch für Versorgungsinfrastrukturen vor. Grundannahme ist, dass jedeR KonsumentIn und NutzerIn einer öffentlichen oder privaten Dienstleistung sein kann, aber gleichzeitig auch AnbieterIn (Oswalt 2013, 14). Das Konzept wurde als Kritik an dem hierarchischen und aktuell handlungsleitenden Planungsleitbild für die Versorgungsinfrastruktur von Christaller (1933/1980) entwickelt und soll das „zentralörtliche Versorgungssystem“ ablösen.

Aufbauend auf Paper E und einer Präsentation auf der AESOP-Konferenz 2014 schlägt die Autorin die Vision einer partnerschaftlich aus öffentlich und privat entwickelten und betriebenen Siedlungs- und Infrastruktur im ländlichen Raum vor (Wankiewicz 2014b). Dieses System basiert auf Grundlage eines dezentralen Versorgungssystems (die Cloud), in welchem auch Privatpersonen mit Unterstützung der Gemeinden und Regionen Versorgungsdienstleistungen übernehmen. In diesem Modell sind Co-housing- Gruppen als AnbieterInnen von Alltagsinfrastrukturen Teil einer künftigen alltagstauglichen Raumstruktur (siehe auch die Ausführungen zum Gender+-Planning-Modell in Kapitel 5.1).

4.5 Strategische Fragen für einen gegenderten Planungszyklus

Die folgende Tabelle aus dem englischen Paper A (Die Tabelle ist daher in englischer Sprache) gibt einen zusammenfassenden Überblick über den gegenderten Planungszyklus und die Leitfragen und Instrumente zur Integration von Gender+ (also auch weiterer Merkmale) in die räumliche Planung.

Stage within the planning cycle	Key questions and methods for gender planning implementation (including demographic change issues)
Initiation	Who initiates the planning project? e.g. Initiated by politicians OR: neighbourhoods, special interest groups (age, ethnic background etc.) initiate projects aimed at improving their daily life.
Project organisation/ (project design)	Defining who is steering the project, who are the key players for the implementation, in participation, etc. Defining a person to be responsible for gender issues and giving him/her time and money.
Public participation (at all stages of the planning procedure)	Start of gender-fair participation at an early stage (analysis/problem definition); target group-oriented timescale & communication including visualisation of concepts and plans in comprehensive models (including different generations, migrant backgrounds and their position in lifecycle). Giving voice to those who are not generally heard (advocacy planning).

Planning and Design - Analysing & reflecting needs, values, concepts, impacts	Gender-differentiated data collection, assessment of needs, different uses according to different life cycles and everyday life. Who is concerned? What data is needed? What kinds of information will be gathered from public participation? Maps and concepts? Spatial visions and perceptions?
- Creating visions - Defining objectives - Defining actions	Working with diverse groups of users for creating visions, defining equality and 'usability' goals, integrated into the technical objectives of projects and plans. Removing the assumptions and values underlying planning concepts.
- Comparing impacts of different measures	'Usability' check, feedback from different disciplines, testing, Ex-ante Evaluation Have the issues of all groups of users been taken into account? Does the design/concept take into account the requirements of everyday use?
Decision-making / Choice of measures Public consultation	Who decides? Members of city boards/councils (women/men), citizens (women/men – gender+)? Wide range of events and workshops, encouraging offers to participate in decision-making and bringing in the point of view of diverse users. Systematic rules of procedures to integrate the voice of NGOs/user groups
Implementation necessary adaptations?	Systematic implementation of the project's objectives and measures. Guiding questions could be: Is the implementation consistent with the planning objectives? Are there deviations/changes which jeopardize gender-fair (generation-fair, locals and new residents, deprived etc.) issues? Are adaptations necessary due to a time-lag between planning and implementation?
Maintenance Adaptation of measures	Are there unintended effects on maintenance that adversely affect usability in terms of daily life and gender-fair use?
Evaluation and Monitoring Assessing impacts	Quality management of procedures, methods and results. Looking at the gap between the objectives, results and impact of the project and questionnaire for public about usability in terms of gender-fair use.

Tabelle 6: Strategische Fragen für die Integration von GM in allen Phasen eines Planungszyklus (Quelle: Wankiewicz 2013, A148 – die Tabelle wird wie im Original abgedruckt in Englisch eingefügt)

4.6 Einordnung der Fallbeispiele zwischen Top-down-GM und Selbststeuerung

Anhand eines von Horelli 2015 entwickelten und von der Autorin weiterentwickelten Koordinatensystems wird in der Folge eine Positionierung der bearbeiteten Fallbeispiele in diesem System vorgenommen. Dazu werden die untersuchten Fallbeispiele in einem Koordinatensystem, welches zwischen top-down – bottom-up an der Y-Achse und von ExpertInnen getragenen versus von Bürgerinnen getragenen (selbstorganisierten) Prozessen an der X-Achse eingespannt ist. Mit dieser Graphik soll sowohl die zeitliche Entwicklung und Schwerpunktverlagerung der Fallbeispiele nachvollzogen werden, als auch das innovative Potential und die notwendige Veränderung in der Planungs- und Beteiligungskultur von Top-down-Gender Mainstreaming-Strategien zu Bottom-up-Prozessen sichtbar gemacht werden.

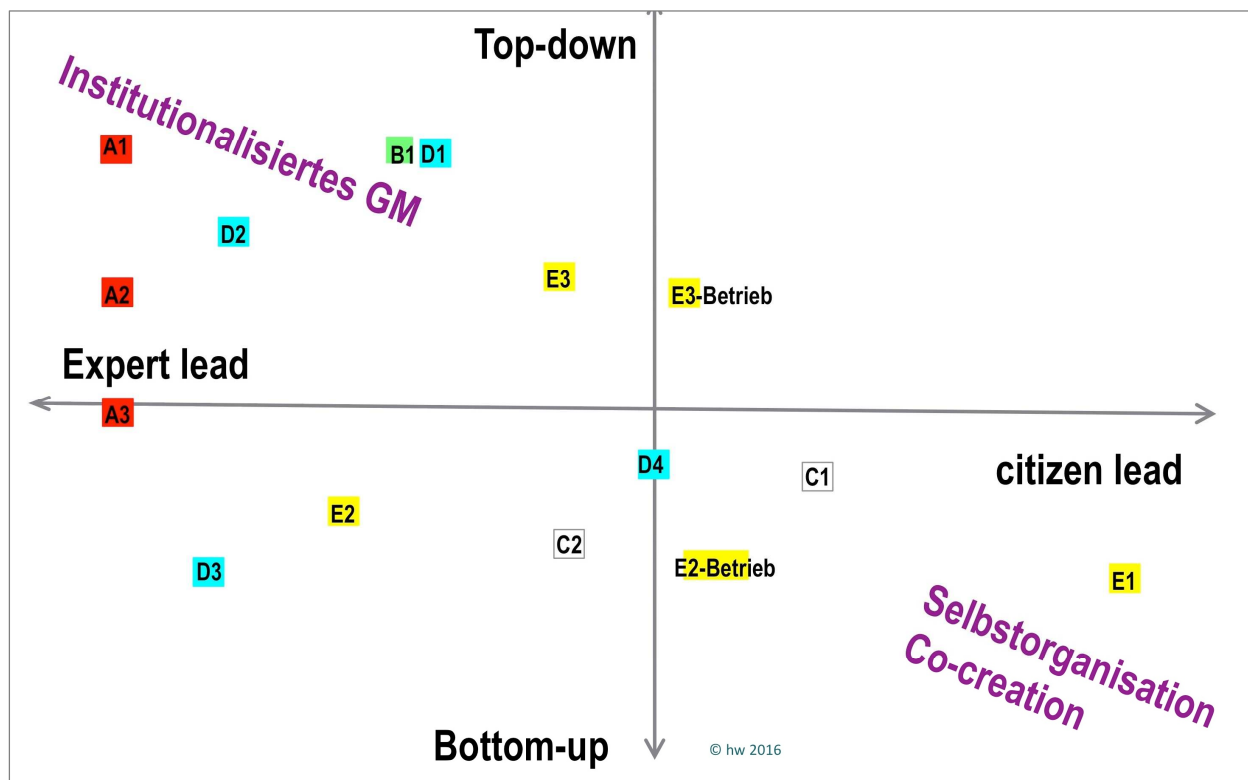


Abbildung 3: Einbettung der Fallbeispiele im Sinne von Gender Governance-Prozessen und -Strukturen (Quelle: Schema adaptiert nach Horelli (2015). Farbe und Nummerierung gemäß folgender Tabelle)

Nr	Fallbeispiel
A1	Gender Planning in EU-Programmen Ziel 1 und Ziel 2 2000-2006 und INTERREG EU-weit und Alpenraum 2007-2013
A2	GenderAlp! Gendersensible Überarbeitung des Sachprogramms Siedlungsentwicklung und Betriebsstandorte im Salzburger Zentralraum, AT
A3	GenderAlp! Gendersensible Erweiterung und Restrukturierung der Industrieparks Wolkersdorf und NÖ-Süd, AT
B1	Chancengleichheit im ländlichen Raum Bayerns im Vergleich zum Verdichtungsraum (urbane Räume)
C1	Infrastrukturplanung in den Abwanderungsgemeinden Fusch und Lend mit Genderblick (Salzburg, AT)
C2	SEMIGRA: Regionalentwicklung in Räumen mit starker selektiver Abwanderung, Deutscher Osten

NR	Fallbeispiel
D1	Gender Planning zur Entwicklung von Alltagsinfrastrukturen im ländlichen Raum Bayerns
D2	Start der Europaregion Donau-Moldau: Struktur- und Netzwerkanalyse mit begleitender Gender Expertise (CZ, Bayern und AT)
D3	DEMOCHANGE - Infrastrukturplanung in Fusch und Lend mit Genderblick, AT
D4	Donne - Förderung von Frauen in Gemeindepolitik, Verwaltungsspitzen und Wirtschaftspositionen, AT & IT
E1	Atriumhäuser Rif (Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen), Salzburg-AT
E2	Seniorenwohnkonzept Prielgut Leogang, AT
E3	Open Living – Planungskonzepte für gemischte Wohnprojekte in Dörfern und Bezirkszentren, Salzburg, AT-

Tabelle 7: Überblick über die behandelten Fallbeispiele in den fünf Fachbeiträgen A bis E

Die Gender Mainstreaming-Strategie, wie sie in Österreich in den letzten 15 Jahren seit der Umsetzungsverpflichtung umgesetzt wird, ist (fast) ausschließlich als Top-down-Prozess aufgesetzt, der (fast) ausschließlich von ExpertInnen getragen wird. Mit diesem Fokus „von Amts wegen/von oben herab (top-down)“ sind auch die z.T. schwerfälligen Charakteristika von GM/GP-Prozessen und Projekten umschrieben. Die bottom-up entwickelten GM/GP-Projekte, die teilweise oder zu einem großen Teil von BürgerInnen getragen und selbstgesteuert werden, sind hingegen seltener.

Neben dieser starken Top-down-Orientierung fällt auch die starke ExpertInnen-Dominanz der Beispiele aus Österreich und Bayern auf, was insgesamt als „Institutionalisiertes GM/GP“ bezeichnet werden könnte. Damit erklärt sich auch der mittlerweile starke Widerstand gegen ein „Pflicht GM/GP“ sowohl seitens der Gemeinden und Institutionen selber, aber auch seitens der PlanerInnen und der Betroffenen: GM/GP wird als Zusatzaufwand ohne Nutzen, als etwas für Insider wahrgenommen (s. Wankiewicz 2014a, 165).

Bei den Fallbeispielen mit stärkerer BürgerInnenbeteiligung (rechts der y-Achse) wird die Darstellung bei den beiden Fällen E3 und E4 in Planungs- und Betriebsphase differenziert. So ist zum Beispiel die von Co-housing inspirierte Wohngruppenorganisation im Seniorenheim Prielgut in der Planungsphase von ExpertInnen getragen in der Betriebsphase mit Selbstverwaltung gesondert dargestellt.

5 Bilanz, Schlussfolgerungen und Ausblick

5.1 Bilanz und Schlussfolgerungen

Im Abschlusskapitel wird der Versuch unternommen, die zentralen Forschungsfragen der Arbeit zu beantworten und in der Folge einen Vorschlag für einen Gender+ Planning-Ansatz zu präsentieren, welcher als Schlussfolgerung die Ergebnisse der Arbeit synthetisiert. Nach der Diskussion kritischer Einwände schließt die Arbeit mit der programmatischen Definition einer künftigen Forschungs- und Praxisagenda.

5.1.1 Bilanz und Antwort auf zentrale Forschungsfragen

Welche Bausteine von GP Top-down- oder Bottom-up-Strategien unterstützen eine nutzerInnen- und gleichstellungsorientierte feministische Raumplanung?

Die formelle Vorgabe einer GM-Pflicht für alle öffentlichen Institutionen ist ein sehr wirksames Mittel, um die Planung und Regionalentwicklung geschlechtergerechter zu machen und um Gender Planning auf den Weg zu bringen. Die Praxis hat aber gezeigt, wie wichtig eine konsequente Umsetzung der GM-Strategie auch für übergreifende Raumordnungsprogramme und Raumstrategien, wie z.B. Landesentwicklungsprogramme, Sachprogramme u.a. ist, damit in den folgenden Planungsebenen Region und Gemeinde bereits die gegenderten Planungsziele und raumstrukturellen Vorgaben feststehen (s. Conclusions S A146-49). Die Vorgabe wirkt auch nur dann, wenn GM und Gleichstellung nicht nur als Pflichtaufgabe in Präambeln „erledigt“, sondern systematisch in alle Schritte der Planung und Regionalentwicklung integriert werden. Dazu ist es nach wie vor notwendig, neue Methoden zu entwickeln.

Die Arbeit zeigt jedoch auch sowohl für die EU-Programmumsetzung, als auch für lokale und regionale Projekte, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming vom Engagement der handelnden Personen abhängt, und wie die GP-Strategie in die gesamtstrategische Ausrichtung einer Region eingebettet und begleitet wird (A137-38).

Wie in den Beiträgen A, B und E dargelegt wurde, kann die Umsetzung von GM die Qualität der Planung und damit die Raumqualitäten generell verbessern. Integrative Planungszugänge gewinnen wieder an Bedeutung, NutzerInnenorientierung und Einbeziehung der Lebensalltage und Bedürfnisse der BewohnerInnen können die Effizienz und Wirkung erhöhen (s. A 142, B115-17, E51-58).

Gender Planning schafft das Bewusstsein für Diskriminierungen und geschlechtsspezifische Ungleichheit, die sich in Folge auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung raumstrukturell auf Frauen und Männer ungleich auswirkt. Das allein schafft noch nicht faire Raumstrukturen und faire Lebensbedingungen, aber es ist die Grundlage für gesellschaftliche Transformation.

Welche Planungsinstrumente, Inhalte/Prozesse von GP/GM ermöglichen die kooperative Entwicklung und Anpassung von Alltagsinfrastrukturen für alltagstaugliche Räume?

Neben dem gegenderten Planungszyklus als Basis jeder Umsetzung von Gender Mainstreaming in die räumliche Planung sind folgende Instrumente unabdingbar:

Bei den Inhalten ist vor allem ein integrierter und breiter Zugang auf den Alltag der Nutzerinnen und Nutzer erforderlich, der sich nicht auf Sektoren und fachliche Zuständigkeiten beschränkt. Weiters ist eine fundierte Raumanalyse mit Gender-Blick und die Wirkungsanalyse auf Frauen und Männer (Gender Impact Assessment) unabdingbar.

Beim Prozess ist abgesehen von einem ergebnisoffenen Zugang bei der Methodenwahl zur Einbeziehung möglichst vieler unterschiedlicher NutzerInnengruppen beiderlei Geschlechts auch auf die Einbeziehung des Wissens dieser Gruppen für die Planung (Gender+Stakeholder) zu achten.

Bei den Strukturen ist das Hinterfragen der planerischen Leitbilder und unausgesprochenen Annahmen über Rollenbilder und Normen ein wesentliches Instrument. Aber auch die grundlegende Änderung der Verwaltung und Politik hin zu sektorübergreifender Zusammenarbeit, zu partnerschaftlichen Politikformen, die Mitentscheidung und Mitgestaltung fördern, ist gefordert.

Die untersuchten Fallbeispiele gegendeter Planung und Regionalentwicklung blieben jedoch sowohl in den Planungsinhalten, als auch in den Zielen „nur“ frauenfreundlich“ d.h. sie verbessern den Lebensalltag mit optimierteren Raumstrukturen, verändern aber nicht die aktuellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern. Lediglich im Anspruch von gleicher Beteiligung von Frauen wie Männern in Planungs- und Entwicklungsprozessen gibt es das Bemühen, die bestehende Ungleichheit und unausgewogene Machtverhältnisse zu verändern. Zu diesem Problembereich werden in der Bilanz noch Vorschläge zur dessen Überwindung gemacht.

5.1.2 Schlussfolgerungen: Bausteine eines Gender+ Planning-Ansatzes

Auf Grundlage der Ergebnisse der Forschungsarbeit schlage ich folgendes Modell einer feministischen räumlichen Planung vor, welches ich anstelle von Gender Planning nun als Gender+ Planning (sprich: GenderPlus) bezeichne. Als holistisch-integrativer Planungsansatz sollten die drei Ebenen Inhalt, Struktur und Prozess gleichermaßen in die Konzeption und Umsetzung der Planungsarbeit einfließen.



Abbildung 4: GenderPlus Planung: Bausteine für eine feministische räumliche Planung

Das Modell setzt sich aus den in der Arbeit identifizierten Bausteinen zu gegenderten Planungsinhalten, gegendertem Planungsprozess und Strukturen, die eine gegenderte räumliche Planung ermöglichen und fördern, zusammen.

Auf der Ebene der Inhalte ist es einmal die Notwendigkeit, Arbeit in ihren vielfältigen Formen zu denken, nämlich Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, Familienarbeit, Vereins- und Freiwilligenarbeit, politische Arbeit. Und damit verbunden sind die räumlichen Ansprüche und die Verteilung der Verantwortung und der Ressourcen wie z.B. Geld, Macht und Raum/Platz und die Zugänglichkeit für Frauen und Männer in allen Lebensphasen, jedweder Herkunft und jedes Geschlechts.

Diese Erweiterung des Blicks auf Arbeit und Machtverhältnisse hat unmittelbare Auswirkung auf die Konzeption von Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen in Planung- und Regionalentwicklung. Planungsprozesse müssen so gestaltet werden, dass Frauen und Männer aus unterschiedlichen Gruppen in der Bevölkerung gleichermaßen ihre Vorstellungen einbringen und die künftigen Raumstrukturen mitgestalten und mitentscheiden können (Gender+ Stakeholder Beteiligung). Nur wenn informelle Planungsprozesse oder formelle Verfahren einem systematischen Gender Mainstreaming Prozess unterworfen werden, besteht die Möglichkeit, sich dem Langfristziel ‚*Gender Equality*‘ anzunähern. Das Wort „erreichen“ kann in diesem Zusammenhang nicht verwendet werden, der Weg ist noch lang.

Dieser erweiterte Arbeitsbegriff hat weiters unmittelbare Auswirkung auf die Definition von aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen und räumlichen und organisatorischen Ansprüchen für die erforderlichen Alltagsinfrastrukturen. Nicht nur die Lage und Qualität von Alltagsinfrastrukturen ist relevant, auch die Öffnungszeiten und die Erreichbarkeit z.B. für selbständige Mobilität von Kindern und anderen Personen ohne PKW. Insbesondere braucht es einen feministischen und prozessualen Blick auf das Wohnen, das nicht statisch als Objekt im Raum konzipiert wird, sondern als dynamischer Prozess, der sich nach Lebensphasen und Lebensstilen ändert und der als Ort der Versorgung und des Aufwachsens eng mit dem Wohnumfeld und einer Region verknüpft ist.

Co-housing Planungsprozesse und Selbstorganisation sind inspirierende und innovative Vorbilder für die Konzeption des Planungsablaufes und der Zusammenarbeit: Wohnungsentwicklung und andere Alltagsinfrastrukturen werden gemeinschaftlich entwickelt und zwar innerhalb von Funktionalregionen, die über Gemeindegrenzen hinaus nach den Lebensalltagen der BewohnerInnen organisiert und abgegrenzt sind. Wohnen und Alltagsinfrastruktur kann auch gemeinsam betrieben werden, indem spezifische Wohnbedürfnisse in gemeinschaftlichen Wohnprojekten entweder selbst oder in Kooperation mit öffentlichen und gemeinnützigen Bauträgern entwickelt, realisiert und dann betrieben werden.

Mittelfristig kann dadurch ein Netzwerk von Wohnangeboten mit Alltagsinfrastrukturen in einer Region entstehen und das Gesamtangebot für unterschiedliche Gruppen (Gender+ Stakeholder) nach deren Bedürfnissen weiterentwickelt werden.

Nicht nur die Analyse der Raumstrukturen sondern auch der geplanten Maßnahmen in ihrer Wirkung auf Frauen und Männer in unterschiedlichen Lebenslagen und auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern stehen im Fokus einer Gender+ Planung. Methoden, wie z.B. aus der strukturalistischen Landschaftsplanung (Damyanovic 2007), oder das Gender Impact Assessment (GIA) werden dabei systematisch angewendet.

Einzelne Projekte definieren für die Laufzeit die praktischen Gender-Bedürfnisse (practical gender needs), betten diese jedoch in die mittel- bis langfristigen strategischen Gender-Bedürfnisse (strategic gender needs) im jeweiligen Themen- und Politikfeld ein. Daraus folgt die Notwendigkeit, Gleichstellungsziele zu definieren und Planungsvarianten auf ihren Beitrag zu diesen Zielen zu überprüfen. Daraus folgt zweitens das Erfordernis, die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten mit quantitativen und qualitativen Daten und Fakten zu erfassen und deren Entwicklung zu verfolgen (Monitoring und Evaluierung).

Was nun die Ebene der Strukturen betrifft, so erfolgt einer schrittweise Veränderung und ein Wechselspiel zwischen den drei Ebenen. Gemeinsame Lernprozesse und lernende Institutionen mit einem partnerschaftlichen und gendersensiblen Politikverständnis sind Voraussetzung und Ergebnis dieser Konzeption von integrierten Planungskonzepten.

Einerseits sind Verwaltung und Politik Vorreiter und geben Top-down-Quoten für die Beteiligung und für die Vergabe von Projektmitteln nach Geschlecht und Zielgruppen vor. Sie entwickeln innerhalb der Organisation eine Projekt- und Zusammenarbeitskultur, die es ermöglicht, sektorübergreifend und über die Verwaltungsebenen (von EU bis lokaler Standortebene) kohärent und inklusiv zu planen. Besondere Herausforderung ist es, nicht nur Projekte zu gendern, sondern auch die Raumstrategien von Bundesländern, grenzüberschreitenden Programmregionen und Europa. Der Transfer der für Skandinavien erprobten Überprüfung von strategischen Programmen der Raumordnung, Ressourceneffizienz und Regionalplanung auf Alltagstauglichkeit und ‚Gender Equality‘ (Dymén et al 2015) sichert das Zusammenwirken der Maßstabsebenen und Themen für die BewohnerInnen.

Top-down-Vorgaben und Bottom-up-Impulse werden nach dem Gegenstromprinzip³⁹ – analog zum Gegenstromprinzip der deutschen Raumplanungsgesetzgebung – abgestimmt und zusammengeführt. Z.B. werden informelle Beteiligungsprozesse nach der Gender Mainstreaming Strategie (top-down) auf Geschlechtergerechtigkeit und Fairness überprüft.

Regionalentwicklung und daran geknüpfte Förderprogramme und Budgets sind konsequent auf den Abbau von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, auf die Schaffung von bedarfsgerechten und zugänglichen Alltagsinfrastrukturen und die Begleitung von Gender Governance-Prozessen ausgerichtet.

Um das Erreichen zu können, wird Genderkompetenz in Aus- und Fortbildungen den Führungskräften – Männer wie Frauen – und den SachbearbeiterInnen vermittelt.

5.1.3 Mit Gender Governance top-down & bottom-up und Expertinnenplanung vs, Selbstorganisation zusammenbringen

Die Arbeit zeigt, dass diese scheinbaren Gegensatzpaare top-down und bottom-up keine sind, sondern im Sinne einer **Gender Governance** zusammengeführt werden können.

Wie Wotha 2014 bereits feststellt:

Incorporating governance in the planning processes has to consider integrating diversity through balanced female representation and by using Gender Mainstreaming tools in designing the structures and assessing the outcomes of the processes of governance (Wotha 2013, 100).

Beteiligungsprozesse unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft haben also erst dann Sinn, wenn sie (top-down) gegendert werden und kritisch auf das Aufbrechen und Gegensteuern bestehender Machtverhältnisse überprüft werden. Ansonsten bleiben die Vereinsobmänner und Chefs von Interessensgruppen weiterhin überwiegend eine Männergruppe und jene mit den meisten Ressourcen (Geld, Zeit, Einfluss und Macht) und setzen ihre Interessen am besten durch (siehe dazu auch Wotha 2013, 96 und 100).

³⁹ Das deutsche Raumordnungsrecht fordert eine gegenseitige Berücksichtigung von lokaler Ebene (Bauleitplanung) und übergeordneter Ebene (Regional- und Landesplanung). Definition lt. ARL „Das Gegenstromprinzip ist ein raumordnerisches Prinzip, das die wechselseitige Beeinflussung von örtlicher bzw. von regionaler und überregionaler Planung kennzeichnet. Hiernach soll sich die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Teilräume in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamttraumes einfügen; die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamttraums soll jedoch auch die Gegebenheiten und Erfordernisse der Teilräume berücksichtigen“<http://www.arl-net.de/lexica/de/gegenstromprinzip?lang=en> - Zugriff am 14. 06. 2016

Beteiligung muss folglich von Beginn an kritisch mit Gender Mainstreaming Instrumenten konzipiert werden, der Prozess begleitet und gegengesteuert und die Ergebnis auf Gender(+) Ausgewogenheit bezüglich Zielen, Interessen und Themen evaluiert werden.

Zahlreiche AutorInnen streichen die Konzeption von (Gender) Governance als lernendes, interaktives und kreatives System heraus (Innes & Booth 2003, Wotha 2013), welche auch eine Neukonzeption der Politikformen mit unhierarchischer Netzwerkorientierung, mit partnerschaftlicher Offenheit und Transparenz gegenüber BürgerInnen erfordert (z.B. Wankiewicz 2013, 107, Wallin et al 2010).

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass eine solche Dynamisierung des gegenderten Planungszyklus mit einem geänderten Prozess- und Politikverständnis für die ländlichen Räume von Salzburg und Bayern noch aussteht. Vorbild für einen solchen Planungszugang ist der lernbasierte Netzwerkansatz „LENA“ von Wallin et al (2010), der sogenannte ‚*Learning Based Network Approach*‘, welcher für digital gestützte Planungsprozesse im Stadtteil Herttoniemi in der Helsinki Hauptstadtregion entwickelt wurde. Dieses Lernmodell sieht den Planungsprozess als laufenden Lernprozess in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen BürgerInnen, Fachleuten aus Verwaltung, Praxis und aus Politik, die in Form von Netzwerken zusammenarbeiten. Eine der Handlungsoptionen aus dem DEMOCHANGE Projekt kommt zu ähnlichen Schlüssen und schlägt eine Überwindung des hoheitlichen zugunsten eines partnerschaftlichen Politikverständnisses vor (Wankiewicz 2013, 107-8).

5.2 Diskussion, kritische Fragen und Ausblick

In der Folge werden die Ergebnisse kritisch mit häufig geäußerten Einwänden konfrontiert und im Anschluss Empfehlungen für die künftige Planungspraxis (hier als Planungsagenda bezeichnet) und für die künftige Forschungsagenda formuliert.

5.2.1 Eingeschränkte räumliche und zeitliche Wirkung

Kritisch muss angemerkt werden, dass die Fallbeispiele eingeschränkte Aussagekraft haben, da es an der Wirkungsanalyse und Evaluierung fehlt. Weiters ist festzuhalten, dass die Gender Planning Zugänge kaum Nachfolgeprojekte und nur eingeschränkt die Übernahme in Planungsstandards gefunden haben, nämlich in das Handbuch Raumordnung des Landes Salzburg in der 11. Ausgabe von 2010 (Land Salzburg 2010, Kap. 2.3). Weiters muss kritisch angemerkt werden, dass manche Methoden und Zugänge für die Gender Planning Projekte eigentlich unter „qualitätsvoller Planung“ subsumiert werden könnten. Qualitätsstandards, die durch die Fragmentierung der Verwaltungsstrukturen sowohl räumlich (Kleinstgemeinden), als auch fachlich-sektoral nicht erreicht werden können: GemeindebeamtenInnen, die gleichzeitig Raumordnung, Baugenehmigungen, Amtsleitung und Meldewesen abwickeln müssen, haben weder die zeitlichen noch finanziellen Ressourcen dafür.

Daher ist festzustellen, dass Gender Planning außerhalb der Hauptstadtregion in Österreich aus dem Exotinnen-Eck und der Pilotprojektephase kaum herauskommt. Mit wenigen Ausnahmen finden sich Gender Themen weder in der Raumordnung und Raumplanung noch in der Regionalentwicklung. Die Ausnahme ist die bereits erwähnte ländliche Entwicklung, die strukturelle Gleichstellung in den LEADER-Regionen sowohl auf der Ebene der Gremien, als auch auf der inhaltlichen Ebene breit einfordert.

5.2.2 Frauenfreundliche Projekte versus transformativer Gender Planning Prozesse?

Der immer wieder auftauchende Widerspruch zwischen transformativem Anspruch einer feministischen Planung zur Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse einerseits und einer räumlich und zeitlich beschränkten Wirkungsmöglichkeit eines Projekts begleitet die meisten Fallbeispiele und Projekte. Sie sehen sich mit dem Vorwurf der „Frauenfreundlichkeit“ konfrontiert, die keine Änderung in den gesellschaftlichen Strukturen und z.B. der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung für Versorgungsarbeit bringt.

Um diesem Widerspruch wirksam entgegenzutreten, schlage ich die Übernahme des Modells von Moser und Levy (1989 mit Berufung auf Molyneux 1985) in die Gender Governance und Gender+ Planung vor: Ihr überzeugendes Modell wurde für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit entwickelt und erprobt und sie sprechen von strategischen und praktischen Gender Interessen und Notwendigkeiten (*strategic and practical gender needs and interests*). Demnach ergänzen sich die strategischen und praktischen Gender Bedürfnisse. Die strategischen Notwendigkeiten und Interessen sind die langfristigen Ziele in einem Themenfeld, um Geschlechtergerechtigkeit/*Gender Equality* zu erreichen. Die praktischen Notwendigkeiten und Interessen beschreiben jene Ziele und Aktivitäten, die im Rahmen eines Planungsprojekts mit seiner begrenzten Laufzeit erreicht werden (Moser 1989, 1807). Ortiz und Gutierrez (2015) sprechen in diesem Zusammenhang von ‚*Gender Transformative Planning*‘, das innerhalb aktuell ungleicher patriarchaler Strukturen diese Transformation ermöglichen muss (ebd. 116).

5.2.3 Daten und Forschung fehlen, um transformativ planen zu können

Seitens der Forschung ist kritisch anzumerken, dass in Österreich umfangreiche Themenbearbeitung, wie sie z.B. in Deutschland beauftragt wird, in der Regel fehlt und die Budgets für Forschungsförderungen, insbesondere im Bereich ländliche Sozialforschung aber auch Mikrozensusserhebungen eher weniger denn mehr werden. Die Integration von Gender Themen in die aktuell verstärkt geförderten Energie-Effizienz-, Smart-City- und Smart Grids-Themen ist in der Regel erkämpft und nachgelagert und dient der Milderung der Techniklastigkeit. Darüber hinaus sind diese Forschungsfelder wieder stark auf urbane Zentren und Städte als Aktuerinnen beschränkt.

Sogar die unumstrittene Analysephase mit geschlechtsspezifischer Datenanalyse scheitert vielfach auch an der Fragmentierung, da Datensätze aufgrund des Datenschutzes ab einer gewissen Detaillierung nicht mehr abrufbar sind⁴⁰, auch dafür braucht es seitens der Forschung Lösungen, denn jede Gender Wirkungsanalyse (*Gender Impact Assessment*) braucht für die Beurteilung der Wirkung einen Bezugsrahmen.

Mittlerweile gibt es gegen GenderThemen schon starke Widerstände in vielen Institutionen und auch in Gemeinden. Nicht selten ist nicht einmal der Wunsch und Wille zu Gleichstellung der Geschlechter und zur besseren Aufteilung der Versorgungsarbeit gegeben. Hoffnung gibt jedoch die mittlerweile offene Diskussion in ländlichen Räumen. Diese Offenheit ermöglicht die Integration von Gender Themen in die Planungsarbeit wie zum Beispiel geschlechterdifferenzierte Analyse oder Gender bezogene Zieldiskussion. (s. D128)

Daraus lassen sich folgende Ansprüche für mehr Gender+ Planning in Praxis und Forschung ableiten.

⁴⁰ Erfahrungen im Rahmen des DEMOCHANGE-Projektes für die Regionsanalyse (W. Spitzer, E. Haslauer, April 2011).

5.2.4 Künftige Praxisagenda

Es braucht mehr und nicht weniger Gender Mainstreaming: Von der Projektkonzeption über die Wahl der Methoden in Beteiligungsprozessen zur Entscheidungsfindung und Umsetzung. Und zwar über alle Maßstabsebenen von national bis lokal (Paper B).

Um dies zu bewerkstelligen, muss Gender Planning von Pilotprojekten weg in den Mainstream. Dafür ist ein Gender Impact Assessment-Tool (GIA-Tool) für alle Planungen und Entwicklungsprogramme z.B. in der Regionalentwicklung oder in der Energieplanung geeignet. Dieses GIA-Tool sollte in Ergänzung zur Strategischen Umweltprüfung die Wirkung der vorgeschlagenen Planungsfestlegungen auf den Lebensalltag von Mädchen und Buben, jungen Erwachsenen und Erwachsenen in unterschiedlichen Lebensphasen⁴¹ überprüfen.

Top-down Gender Mainstreaming und bottom-up müssen gemeinsam wirken: Es geht darum, Strukturen zu entwickeln, welche selbstorganisierte und gemeinsam organisierte (co-creation) Prozesse unterstützen und auf die systematische Umsetzung einer GM/GP Strategie achten, damit nicht bestehende Ungleichheiten in informellen Beteiligungsprozessen fortgeschrieben werden.

Dazu braucht es eine Debatte und einen Konsens darüber, was gute Gender Governance ist, und welche Faktoren sie ermöglichen. Vorbild dazu ist die regionsuisse Schweiz, welche mit den AkteurInnen gemeinsam diesen Konsens und das Wissen im Rahmen einer Praxis- und Wissensgemeinschaft mit Begleitforschung voranbringt (Willi et al 2016).

Um das machen zu können, braucht es darüber hinaus einen Bezugsrahmen und Daten über Lebenswelt, geschlechterspezifisch aggregierte Daten (scheitert im ländlichen Raum vielfach an der Datenlage bzw. Datenschutz: zu kleine Einheiten werden nicht ausgeworfen), Bedürfnisse, Tagesabläufe und Zeitverwendung.

Ein Aktionsplan für eine systematische Einführung von Gender Planning in den Gemeinden und Regionen müsste daher folgende strategische Lernfelder und Projekte beinhalten:

- Mit den BürgerInnen gemeinsam Strukturen entwickeln, die Selbstorganisation fördern und damit die bedürfnisgerechte Entwicklung von Alltagsinfrastrukturen (bei welchen auch die Wohnungsangebote inkludiert sind) ermöglichen. Voraussetzung dafür ist ein partnerschaftliches Politikverständnis, welches alle AkteurInnen zu lernbasierten Planungsprozessen mit grenzüberschreitender Kooperation zusammenbringt.
- Räumliche Planung und Wohnungsentwicklung neu aufstellen: Weg vom neu gebauten Eigenheim hin zu Lebensabschnitts-Wohnformen. Im ländlichen Raum, aber auch in den Städten, bietet die Wohnungsentwicklung im Bestand durch Revitalisierung und Adaptierung enorme Chancen. Um das zu ermöglichen, müssen sich auch die Bauordnungen, Wohnbauförderungsrichtlinien, Raumplanungsgesetze, Mietrecht und technische Normen anpassen, damit flexible Nutzungen und Anpassungen, Eigenleistung und Selbstorganisation ermöglicht werden.
- Gemeinschaftliche Wohnformen (Co-housing, SeniorInnen WGs) mit Interessierten auf den Weg bringen und im Rahmen von regional konzipierter Wohnungs- und Alltagsinfrastrukturentwicklung für Funktionalregionen planen.

⁴¹ Die SUP SEA prüft zwar das Schutzgut Mensch, aber lediglich in Bezug auf Umweltauswirkungen und nicht in Bezug auf Alltagstauglichkeit von Raumstrukturen für Buben und Mädchen, für Frauen und Männer unterschiedlicher Lebensphasen.

- Strategische Programme von Landesentwicklungsprogrammen über Klimastrategien, Mobilitätskonzepte und Umweltprogramme mit dem Everyday-Konzept auf Gender Themen und Geschlechtergerechtigkeit prüfen und allenfalls adaptieren (nach Dymén et al 2015).
- Beteiligungsformen für strategische Programme entwickeln, die es BürgerInnen ermöglichen, die zukünftige Gestaltung der Gemeinde, der Funktionalregion, des Landes mitzugestalten. Dazu müssen anschauliche und greifbare Methoden der Plandarstellung und Visualisierung möglicher Zukünfte entwickelt und erprobt werden.
- Förderprogramme und Regionalentwicklungsprogramme „gendern“, d.h. bei der Erstellung, bei der Festlegung der relevanten Themen, bei den Entscheidungsgremien und bei der Vergabe von Fördermitteln den Abbau von geschlechtsspezifischer Ungleichheit systematisch unterstützen („Strategic Gender Needs“ im Sinne von Moser 1989).

Dies gilt insbesondere auch für die aktuell viel diskutierten und geförderten Themen Klimawandel, Energie-Effizienz, nachhaltiger Konsum und Lebensstil und Smart-Regions/Cities: Eine technische Betrachtung ohne die Gender+ Perspektive der NutzerInnen, KonsumentInnen, UnternehmerInnen, VerkehrsteilnehmerInnen etc. muss scheitern (s. z.B. GenderSTE (2015)).

Planung muss immer über (fast) alle Ressorts gehen, denn ob die ländliche Entwicklung und die Anpassung von Alltagsinfrastrukturen (inkl. Wohnen) nun von der Regionalentwicklung, von der Raumplanung, von der ländlichen Entwicklung (z.B. LEADER) oder von der Umweltschutzabteilung als Lokale Agenda 21 getragen wird, es handelt sich um einen Raum und um eine spezifische Bevölkerungsstruktur mit spezifischen Bedürfnissen und „Eigenlogik“⁴².

5.2.5 Künftige Forschungsagenda

Der holistische und integrative Zugang erfordert das Wissen vieler Fachdisziplinen, welches sowohl aus der Sicht der Fachdisziplinen erforscht werden muss, in der Regel aber interdisziplinär und in den meisten Fällen als transdisziplinäre (Begleit-)Forschung konzipiert werden muss.

Kritische Analyse und Dekonstruktion von Planungsgesetzgebung, Verordnungstexten, planerischen Leitbildern und Regionalentwicklungsprioritäten im Hinblick auf strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sind unumgänglich. Insbesondere ist das zentralörtliche Modell mit dem „Cloud-Modell“ (Faber/Oswald 2013) auf sein Innovations- und Lösungspotential erforschen.

Wesentlich sind systematische Erprobung und Begleitforschung der Gender Planning Methodologie nach Damyanovic mit Fokussierung auf die kooperative Entwicklung und den Betrieb von Alltagsinfrastrukturen (im Sinne der Cloud und des Prosumings) mit gemeinschaftlichen Wohnformen.

Zentrale Forschungsfragen sind

- Welche Strukturen und Kompetenzen braucht es in Verwaltung und Politik, um die Erfahrungen und Interessen der Frauen aller Altersgruppen, Herkunft und Lebensentwürfe in Planungsprozessen ausgewogen zu berücksichtigen?
- Wie können narrative Wissensformen und Erfahrungswissen in Planungsprozessen nutzbar gemacht werden?

⁴² Ich transferiere hier den Begriff von Löw (2008), den sie für die Soziologie der Städte geprägt hat.

- Was brauchen Frauen und Männer in ihrer Unterschiedlichkeit, um in einer Region gut leben zu können?
- Wie wirken Planungsentscheidungen langfristig auf Frauen und Männer und deren Alltage?
- Wie gut bildet das GIA-Tool die sich ändernden Realitäten ab? D.h. es braucht Begleitforschung zur GIA-Implementierung zur Feinabstimmung.
- Welche Settings der Zusammenarbeit fördern die aktive Beteiligung von Frauen und Mädchen und anderen unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen in welchen Regionen?
- Wie können Kommunikations- und Entscheidungsprozesse so organisiert werden, dass sie Machtspiele und Herrschaftsformen gegenwirken?
- Wie kann ‚*spatial citizenship*‘ eine ausgewogene Beteiligung und Mitwirkung von Frauen und Männern an der Raumplanung und Regionalentwicklung erreichen?
- Welche Datenkonzepte und Systeme braucht es, um Aussagen über die Alltagssituation und die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen einer Region machen zu können (Soft GIS, GIS, Tracking, Mental Maps etc.), und wie lassen sich Gender-Geographien raumtypologisch darstellen?

6 Verwendete Literatur

- AGENTUR für Gleichstellung im ESF (2014): Materialien. Online: http://www.esf-gleichstellung.de/87.html?&cHash=b54ed888c6&tx_ttnews%5Bcat%5D=27 - Zugriff am 14. 03. 2014
- Alpine Space 2014-20 (2014): Co-operation Programme. o.O. Online: <http://www.alpine-space.eu/about/the-programme/what-is-the-alpine-space-programme-> - Zugriff am 20. 04. 2016
- Alpine Space 2007-2013 (2007): European Territorial Co-operation. Operational Programme.o. O. Online: http://www.alpine-space.org/2007-2013/fileadmin/media/Downloads_in_about_the_programme/Operational_Programme_ASP.pdf
Zugriff am 22. 02. 2014
- Aufhauser, E., Herzog, S., Hinterleitner, V., Oedl-Wieser, T., E. Reisinger (2003): Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Endbericht Studie im Auftrag des Bundeskanzleramts, Abteilung IV/. Wien.
- Bausch, T., Koch, M. and A. Vesper (eds 2014): Coping with demographic change in the Alpine Regions. Actions and Strategies for Spatial and Regional Development. Berlin. Heidelberg.
- Beall, J. (1996): Urban governance: Why gender matters. Online: http://www.ucl.ac.uk/dpu-projects/drivers_urb_change/urb_society/pdf_gender/UNDP_Beall_gender_matters.pdf -
Zugriff am 20. 10. 2015
- BMLFUW (2014): Aufruf zur Bewerbung als Lokale Aktionsgruppe im Rahmen von CLLD gem. Art. 32 – 35 der Verordnung (EU) 1303/2013. Wien.
- Butler, J. (1993): Bodies that matter: On the discursive limits of ‚Sex‘. London.
- B-VG (2016): Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Bundes-Verfassungsgesetz. Fassung vom 20. 04. 2016. Online: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138> - Zugriff am 20. 04. 2016
- Comune di Bergamo (2004): Piano territoriale delle orari della città di Bergamo. Legge LR 28/2004. Kooperation mit dem Politecnico di Torino (Authorin: S. Bonfiglioli). Online: <http://www.comune.bergamo.it/servizi/Menu/dinamica.aspx?idSezione=3780&idArea=1182&idCat=1195&ID> -
Zugriff am 05. 02. 2014
- Consalis (2010): Evaluierung des Programms LE 07-13 für den Bereich Chancengleichheit von Frauen und Jugendlichen. Endbericht. AutorInnen: Marchner, G. und E. Pircher. Online: http://consalis.at/images/stories/Evaluation_Chancengleichheit.pdf - Zugriff am 20. 11. 2015
- Christaller, W. (1933/1980): Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischer Funktion. Darmstadt (Reprint d. Ausg. Jena 1933)
- De Certeau, M. (1984): Practice of Everyday Life. Berkeley.
- Denèfle, S. and L. Tummers (2012): Collaborative Housing in Europe. Born out of needs or new way of life? Proceedings of the conference in Tours on March 12.-13.2012-Tours. Online: <http://sylvette-denefle.com/alterprop/ressources/items/show/1267> - Zugriff am 12. 03. 2014
- Damyanic, D. (2007): Landschaftsplanung als Qualitätssicherung zur Umsetzung der Strategie des Gender Mainstreaming. Theoretische und methodische Konzepte eines gendergerechten Planungsprozesses als Bestandteil des Örtlichen Entwicklungskonzeptes dargestellt an der Fallstudie Tröplach/Stadtgemeinde Hermargor/Pressegger See (Kärnten). Wien, Weinheim/Ruhr.

- Damyanovic, D. & B. Zibell (2014): Is there still gender on the agenda for spatial planning theories?: Attempt to an integrative approach to generate gender-sensitive planning theories. In: disP 49, 04: 25-36. DOI 10.1080/02513625.2013.892784
- DEMOCHANGE (2013) – siehe Land Salzburg (2013a)
- DUDEN <http://www.duden.de/suchen/dudenonline/Feminismus> - Zugriff am 15. 10. 2015
- Dymén, C., Perio, L. and A. Tepecik Diş (2015): City-region planning for everyday life.Experiences from four Nordic city-regions. Nordregio Poliy Brief 2015:7. Stockholm. Online: <http://www.nordregio.se/en/Publications/Publications-2015/City-region-planning-for-everyday-life/> - Zugriff am 15. 11. 2015
- EC - European Commission (2016a): Tools for gender equality. Gender mainstreaming. Online: http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/tools/index_en.html - Zugriff am 23. 05. 16
- EC – European Commission (2016b): Part-time work: A divided Europe. News from 05/04/2016. Online: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=2535&furtherNews=yes> - Zugriff am 05. 04. 2016
- EC – European Commission (2015): A smart, sustainable and inclusive growth strategy http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/priorities/index_en.html - Zugriff am 12. 03. 15
- EC – European Commission (2014): Climate and Energy Package 2020 sowie Klima- und Energieziele 2030. Online: http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2030/index_en.htm - Zugriff am 22. 10. 2015
- EC – European Commission (2014): Roadmap to Low Carbon Economy 2050. Communication from the Commission to the European Parliament, The Council, The European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. A Roadmap for moving to a competitive low carbon economy in 2050 - /* COM/2011/0112 final. Online: http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2050/index_en.htm - Zugriff am 22. 10. 2015
- EC — European Commission (2008): Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union (= Vertrag von Lissabon). Online: http://www.europarl.at/resource/static/files/Konsolidierte_Fassung_des_Vertrags_uber_die_Europaische_Union.pdf - Zugriff am 20. 01. 2015
- EC — European Commission (2001): Weißbuch der Europäische Kommission zum Europäischen Regieren/Whitepaper on governance. Communication from the Commission of 25 July 2001 "European governance - A white paper". COM(2001) 428 final - Official Journal C 287 of 12.10.2001. Luxemburg. Online: [urlex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=URISERV:l10109&from=DE](http://lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=URISERV:l10109&from=DE) - Zugriff am 20. 05. 2015
- EC – European Commission (1999): Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags der Europäischen Union, zu Änderung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte. Online: http://europa.eu/eu-law/decision-making/treaties/pdf/treaty_of_amsterdam/treaty_of_amsterdam_de.pdf - Zugriff am 20. 10. 2015
- ECTP (2003): The New Charta of Athens. The European Council of Town Planners Vision for Cities in the 21st century. Fully revised version. Online: <http://www.ectp-ceu.eu/index.php/en/component/content/article?id=85> - Zugriff am 05. 05. 2014
- Ellegård, K. and K. Karlsson (eds 2009): Proceedings of the Everyday Life Conference April 22-24, 2009, Campus Norrköping. In Linköping Electronic Conference Proceedings, Issue 38. Online: <http://www.ep.liu.se/ecp/038/ecp09038.pdf> - Zugriff am 20. 09 .2013
- EUROFEM (2000): siehe Horelli, L., Booth, C. and R. Gilroy

- EUROSTAT (2015): Urban-rural typology update. Updated urban-rural typology: Integration of NUTS 2010 and the latest population grid. Author: Regional statistics team. Online: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Urban-rural_typology_update#Urban-rural_typology - Zugriff am 20. 05. 2016
- Eurofound (2013): 3rd Quality of Life Survey EU 2012. Online: <https://www.eurofound.europa.eu/surveys/european-quality-of-life-surveys-eqls> - Zugriff am 20. 06. 2013
- Europäische Menschenrechtskonvention (im Verfassungsrang) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten StF: BGBl. Nr. 210/1958.
Online: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000308>
Zugriff am 10. 05. 2013
- Faber, K. und P. Oswalt (Hg 2013): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Weg der Daseinsvorsorge. Dessau: 6-17
- Fainstein, S. and L., Servon (2005): Gender and planning, a reader. New Brunswick, New Jersey, London.
- Fleischmann, K. und U. Meyer-Hanschen (2005): Stadt Land Gender. Einführung in Feministische Geographien. Königstein/Taunus.
- Gelmini, F., M. Zambianchi (2013): A History, Concepts and Practice of Time Policies and Time Planning: The Bergamo Case. In: Sanchez de Madariaga I., Roberts M. (eds): Fair Shared Cities. The Impact of Gender Planning in Europe. Farnham: 265-272
- GenderAlp! (2003) – siehe Land Salzburg (2003)
- GENDERATLAS (2015) – siehe TU (2015)
- Gender CoP- Community of Practice (2016): Online: <http://www.gendercop.com/our-task/> - Zugriff am 20. 10. 2015
- GenderSTE (2015): Engendering the Sustainable Development Agenda. Istanbul-Conference. Topics.
Online: http://www.genderste.eu/conference_istanbul/istanbul_topics.php - Zugriff am 05. 11. 2015
- Gilroy, R. and C. Booth (1999): Building an Infrastructure for Everyday Lives. European planning Studies 7 (3): 307-24
- Greed, C. (2005): An investigation of the effectiveness of gender mainstreaming as a means of integrating the needs of women and men into spatial planning in the United Kingdom. Progress in Planning 64 (2005): 243–321
- Greed, C. (2007/1994): Women and Planning. Creating gendered realities. London.
- Grontmij GmbH, Magel, H., planwind.at (2011a): Warum Frauen nicht arbeiten können und Männer das Geld verdienen. Mehr Chancengerechtigkeit im ländlichen Raum Bayerns durch Vereinbarkeit von Familienarbeit, Erwerbsarbeit und Freiwilligenarbeit. Gutachten. München.
Online: <http://www.stmas.bayern.de/gleichstellung/gutachten> - Zugriff am 22. 09. 2013
- Grontmij GmbH, Magel, H., planwind.at (2011b): Indikatoren zur Chancengerechtigkeit.
Online: <http://www.stmas.bayern.de/gleichstellung/atlas> - Zugriff am 22. 09. 2013
- Häberli, R., Lüscher C., Praplan Chastonay, B. und C. Wyss (1991): Boden-Kulturen. Vorschläge für eine häusliche Nutzung des Bodens in der Schweiz. Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) 22 „Nutzung des Bodens in der Schweiz“. Zürich.
- Healey, P. (1997/2006): Collaborative planning. Shaping Places in Fragmented Societies. London.
- Horelli, L. (2015): The Finnish planning system and the gender question. Präsentation für die ARL-Working Group Gender in Spatial Development Juni 2015. Luzern.
- Hofmeister, S., Katz & T. Mölders (2012): Geschlechterverhältnis und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Berlin. Toronto.

- Horelli, L., (2010). Sustaining Everyday Life through Psychological Presence, Time, and Space. In: K. Ellegård and K. Karlsson (eds). Proceedings of the Sustaining Everyday Life Conference. Issue 38. Linköping Electronic Conference April 22-24, 2009. Campus Norrköping.
Online: http://www.ep.liu.se/ecp_home/index.en.aspx?issue=038 - Zugriff am 11. 12. 2010
- Horelli, L., Booth, C. and R. Gilroy (2000): The Eurofem Toolkit for Mobilizing Women into Local and Regional Development. Helsinki
- Horelli, L. and K. Vepsä K. (1994): In Search for Supportive Structures for Everyday Life. In: *Women and the Environment: Human Behaviour and Environment*. Altman, C. & A. Churchman (eds). New York: 201-6
- Horelli, L. & S. Wallin (2013): Gender Sensitive E-Planning for Sustaining Everyday Life. In: Sanchez de Madariaga, I., M. Roberts, (eds): *Fair Shared Cities. The Impact of Gender Planning in Europe*. Farnham: 231-248
- Hudson, C. and M. Rönnblom (2008), The Woman-Made City – Feminist Utopia or Practical Possibility? In: Denèfle, S. (ed) *Utopies féministes et expérimentations urbaines*. Rennes: 25-28
- Innes, J. E. and D. E. Booher (2003): The Impact of Collaborative Planning on Governance Capacity (= IURD Working Paper Series, Paper WP-2003-03). Berkeley.
- id22 - Institute for Creative Sustainability, (ed 2012): *CoHousing Cultures. Handbuch für selbstorganisiertes, gemeinschaftliches und nachhaltiges Wohnen*. Berlin.
- Jacobs, J. (1992/1961): *The Death and Life of Great American Cities*. New York.
- Jarenko, K. (2013): Local Co-Governance in Herttoniemi: A Deliverative System. In: Horelli L. (Hg): *New Approaches in Urban Planning. Insights from Participatory Communities*. Helsinki: 45-64
- Jarvis, H. (2011): Saving space, sharing time: Integrated infrastructures of daily life in cohousing. *Environment and Planning A*, 43.3: 560 -577
- Jarvis, H., Kantor, P. and J. Cloke (2009): *Cities and gender*, London. New York.
- Krajasits, C. (2008): Zur Typisierung von ländlichen Räumen im deutschsprachigen Raum – Konsequenzen für einen differenzierenden Umgang mit der sozio-demographischen Entwicklung. Paper für die Jahrestagung des Ökosozialen Forums 2008 „Land ohne Leute“. 7. -8. Nov. 2008 in Wien. Online: <http://www.oekosozial.at/uploads/pics/krajasits.pdf> -Zugriff am 20. 10. 2015
- Land Salzburg (2016): *Rechtliche Grundlagen für Gender Mainstreaming*.
Online: <https://www.salzburg.gv.at/themen/gesellschaft/diversitaet/gender-mainstreaming/rechtliche-grundlagen> -Zugriff am 15. 05. 2016
- Land Salzburg (Hg 2015): *Salzburger Raumordnungsbericht 2011 – 2014 Bericht über den Stand der Raumordnung im Land Salzburg*. Salzburg.
- Land Salzburg (Hg 2013a): *Demographischer Wandel. Herausforderungen für Raumplanung und Regionalentwicklung*. (=Materialien zur Raumplanung Bd. 24). Salzburg.
- Land Salzburg, (Hg 2013b): *Grundversorgung – Zentrale Orte – Einzugsbereiche*. AutorInnen: Ainz, G., Schoßleitner R., Fröschl A., Kriks G. und W. Riedler. Salzburg. (=E-Papers zur Salzburger Raumplanung, Bd. 4).
Online: https://www.entera1.de/lep_salzburg/?started - Zugriff am 07. 07. 2016
- Land Salzburg (2012): *Salzburg. Standort. Zukunft 2020*. Wirtschaftsabteilung. Salzburg.
- Land Salzburg (2010): *Handbuch Raumordnung*. Ausgabe 11. Raumplanungsabteilung. Salzburg.
- Land Salzburg (2009a): *Sachprogramm "Standortentwicklung für Wohnen und Arbeiten im Salzburger Zentralraum"*. Salzburg
- Land Salzburg (2009b): *Amtsbericht über die Behandlung der Stellungnahmen zum Sachprogramm*. Salzburg

- Land Salzburg (2003): GenderAlp! Raumentwicklung für Frauen und Männer.
Online: <https://www.salzburg.gv.at/themen/gesellschaft/chancengleichheit/genderalp> -
Zugriff am 20. 10. 2015
- Land Niederösterreich (Hg 2007): GenderAlp! Chancengleich in Niederösterreichs Wirtschaftsparks. Kurzbericht.
Ergebnisse und Handlungsempfehlungen. Autorinnen: Woitech, B., Aufhauser, E. und B. Hemmelmeier-Händel
St. Pölten.
- Larsson, A. (2006): From equal opportunities to gender awareness in spatial planning; In: Town Planning Review
77(5): 509-530
- Lefebvre, H. (1991): Critique of Everyday Life. Vol I. (Erstmals 1959 in Französisch erschienen). London. New York.
- Löw, M. (2008): Soziologie der Städte. Frankfurt am Main.
- Löw, M. (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main.
- Massey, D. (1994): Space, Place and Gender. Minneapolis. Edition 2004
- Mareggi, M. (2013): Planning Times of the City: An Overview on Urban Time Policies. In: Schrenk, M., Popovic, V.,
Zeile, P., P. Elisei (eds): Proceedings of the Corp 20-23rd of May 2013. Rom: 701 – 710.
Online: http://corp.at/archive/CORP2013_68.pdf - Zugriff am 20. 10.2015
- Meier, V. (o.J./1989): Frauenleben im Calancatal. Cauco.
- Molyneux, M. (1985): Mobilization without emancipation? Women's interests, state and revolution in Nicaragua.
Feminist Studies. Vol. 11. No. 2 (1985) zitiert nach Moser (1989)
- Moser, C. O. N. (1989): Gender Planning in the Third World: Meeting Practical and Strategic Gender Needs. World
Development. Vol. 17, No. 11: 179-185
- Moser, C. O. N. and C. Levy (1986): A theory and methodology of gender planning: Meeting women's practical and
strategic needs. (= DPU Gender and Planning Working Paper No11. Development Planning Unit.) London.
- Müller, E. und R. Stotten (2012a): Handbuch Mitwirkung. Unter Mitarbeit von B. Durrer-Eggerschwieler und H.
Wankeiwicz. Luzern.
- Müller, E. und R. Stotten (2012b): Handbuch Mitwirkung. Materialien. Unter Mitarbeit von B. Durrer-Eggerschwieler
und H. Wankeiwicz. Luzern.
- Nadin, V. & D. Staed (2008): European Spatial Planning Systems, Social Models and Learning. In: disP – The Planning
Review 172 1/2008: 35 - 47
- Oedl-Wieser, T., Gmeiner, P. und I. Machold (2012): Politische Mitbestimmung von Frauen in ländlichen Regionen
Österreichs, Fact Sheet Nr. 3, Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien. Online:
http://www.berggebiete.at/cms/images/stories/gender/03_Factsheet_Politische_Mitbestimmung_final.pdf -
Zugriff am 15. 05. 2012
- Oswalt, P. (2013): Der ländliche Raum ist kein Baum: Von den Zentralen Orten zur Cloud. In: Faber, K. und P. Oswalt
(Hg 2013), Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Dessau: 6-17
- Ortiz Escalante, S. and B. Gutiérrez Valdivia (2015): Planning from below: Using feminist participatory methods to
increase women's participation in urban planning, Gender & Development, 23:1, 113-126, DOI:
10.1080/13552074.2015.1014206
- ÖREK 2011 = ÖROK (Hg 2011): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2011. (=ÖROK-Schriftenreihe Bd. 185).
Wien.
- ÖROK (Hg. 2003): EU-Regionalpolitik und Gender Mainstreaming in Österreich. AutorInnen: ÖAR & BAB. (= ÖROK
Schriftenreihe Bd. 165). Wien.

- Quing Project (2011): Madrid declaration on Advancing Gender+ Training in Theory and Practice. Author: Verloo, M.
Online: http://www.quing.eu/files/madrid_declaration.pdf - Zugriff am 25. 10. 2012
- ROB (2015) – siehe Land Salzburg (2015)
- Roberts, M., Buckingham S. (2015): Feminist principles for research. Presentation in the Training School at Istanbul Conference GenderSTE 2. – 06. 11. 2015. Unveröffentlichte Präsentation. Istanbul.
- Roberts, M. (2013): Introduction: Concepts, Themes and Issues in a Gendered Approach to Planning. In: Sanchez de Madariaga I. and M. Roberts (eds): Fair Shared Cities. The Impact of Gender Planning in Europe. A Reader. Farnham: 1-20
- RTPI - Royal Town Planning Institute (2007): Gender and Spatial Planning. RTPI Good practice note 7.
Online: <http://www.rtpi.org.uk/knowledge/publications/good-practice-notes/gpn-7-gender-and-spatial-planning/> - Zugriff am 28. 12. 2013
- Soja, E.W. (2009): The city and spatial justice Journal on Spatial Justice and Planning. No 1/Sept 2009: 31-38.
Online: http://www.jssj.org/media/spatial_justice.pdf - Zugriff am 10. 01. 2010
- Saad-Sulonen, J. (2012): Multiple participations. In: Horelli, L. (ed): New Approaches in Urban Planning. Insights from Participatory Communities. Helsinki: 111-130
- SN - Salzburger Nachrichten vom 25. 05. 16: Erster Salzburger Bürgerrat für Mitbestimmung.
Online: <http://www.salzburg.com/nachrichten/salzburg/politik/sn/artikel/erster-salzbuerger-buergererrat-fuer-mehr-mitbestimmung-125603/> - Zugriff am 25. 05. 16
- SROG – Salzburger Raumordnungsgesetz. Landesrecht Salzburg (2009): Gesamte Rechtsvorschrift für das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009. Fassung vom 08. 07. 2016.
Online: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=20000615> - Zugriff am 15. 10. 2015
- Stadt Wien (2013) Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung. AutorInnen: Damyanovic, D., Reinwald, F. & A. Weikmann. Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung (Hg). (=Werkstattbericht Nr. 13). Wien.
- Stadt Wien (2012): Raum Erfassen. Überblick und Wegweiser zu Funktions- und Sozialraumanalysen für den öffentliche Raum. AutorInnen: Damyanovic D., Reinwald, F., Gruber, S., Weikmann, A. & I. Bittner. MA 18: Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg). (= Werkstattbericht Nr. 128). Wien.
- Stadt Wien (o.J): Gender ABC – Gender Mainstreaming. Dezernat Gender Mainstreaming.
Online: <https://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/grundlagen/gender-abc.html> - Zugriff am 15. 05. 2016
- Statistik Austria (2015): Internationaler Frauentag 2015: Frauen sind gut ausgebildet, arbeiten häufig in Teilzeit und verdienen brutto pro Stunde um 23% weniger als Männer.
Online: http://www.statistik.at/web_de/presse/081121.html - Zugriff am 02. 02. 2016
- Standard v. 18. 07. 2012: Die Raumplanung und das Kuhfladenprinzip. Autor: Thomas Neuhold
- Stock, M. (2009). Polytopisches Wohnen - ein phänomenologisch-prozessorientierter Zugang. Informationen zur Raumentwicklung 1 (2.2009): 107-116
- TEP – Territorialer Beschäftigungspakt & Land Salzburg (Hg 2010): Salzburger Leitbild für Chancengleichheit von Frauen und Männern. AutorInnen: Buchinger, B., Huber P., Lutz, H., Mayrhuber C., M. Schratzenstaller. Salzburg.
- TU-Wien: Technische Universität Wien, Universität Wien, ÖIR-Projekthaus (2015): *Genderatlas*.
Online: <http://genderatlas.at/articles/buergermeisterinnen.html> - Zugriff am 22. 10. 2015

- Tummers, L. (2015a): Taking apart co-housing: the long-term perspective of self-managed collaborative housing. In: Tummers, L. (ed) 2015: Special Issue of the Journal Urban Research and Practice, Vol. 7(1), 2015. Online: <http://www.tandfonline.com/toc/rurp20/8/1> - Zugriff am 20. 03. 2015
- Tummers, L. (2015b): Understanding co-housing from a planning perspective: Why and how? In: Tummers, L. (ed): Taking apart co-housing: The long-term perspective of self-managed collaborative housing. Special Issue of the *Journal Urban Research and Practice*, Vol. 7(1), 2015: 64-78. Online: DOI 10.1080/17535069.2015.1011427
- Tummers, L. (2015c): The re-emergence of self-managed co-housing in Europe: A critical review of co-housing research. *Urban Studies*, May 2015. Online: DOI 10.1177/0042098015586696
- Tummers, L. (2011): Self-managed co-housing: Assessing Urban Qualities and Bottlenecks in the Planning System. In *Making Room for People. Choice, Voice and Liveability in Residential Places*. Qu, L. and E. Hassellar (eds). Amsterdam: 153 – 177.
- Tummers, L. (2010): To the heart of planning: Is the hardware of spatial planning open to feminist alternatives? In: Ernst W. (Hg 2010), *Geschlecht und Innovation. Gender Mainstreaming im Techno-Wissenschaftsbetrieb. Internationale Genderforschung in Niedersachsen. Teilband 4*. Berlin: 117-136.
- Tummers, L. und B. Zibell (2012): What can Spatial Planners do to create the 'Connected City'? A Gendered Reading of the Charters of Athens. In: Klaasen, I. & W. Zonnevelt (eds): *Evaluating the New Charta of Athens. Special Issue Built Environment, Volume 38/4 -2012: 524-539*
- Verloo, M. and C. Roggeband (1999): Gender Impact Assessment: The development of a new instrument in the Netherlands. In *Impact Assessment 14,1: 3-20*. Online - DOI 10.1080/07349165.1996.9725883
- Vestbro, D.U. and L. Horelli (2012): Design for Gender Equality. The History of Cohousing Ideas and Realities. In: Krokfors, K. (ed): *Cohousing in the Making. Special Issue Built Environment, 38(3): 315-335*
- Wallin, S., Horelli, L. & J. Saad-Sulonen (eds 2010): *Digital tools in participatory planning. (= Centre of Urban and Regional Studies. Series C27)*. Helsinki.
- Wankiewicz, H. (2014a): Raising Awareness for Gender Specific Problems. In: Bausch T, Koch M. und A. Vesper (Hg): *Coping with demographic change in the Alpine Regions. Actions and Strategies for Spatial and Regional Development*. Berlin. Heidelberg: 164-170
- Wankiewicz, H. (2014b): Co-creation of infrastructures of everyday life in rural areas. The potential of gender planning approaches. Paper presented at the AESOP-Konferenz Uetrecht, 'From Control to Co-evolution' Uetrecht/Delft, 9. – 12. July 2014. Track 6: Housing, Cohousing and Neighbourhood. Unveröffentlichtes Manuskript. Salzburg.
- Wankiewicz, H. (2013): Neue Politik und Entscheidungsformen. In: Land Salzburg (2013 Hg): *Demographischer Wandel im Alpenraum*. Salzburg: 103 - 110
- Wankiewicz, H. (2009): Are we really planning for people's needs? IN: RSA-Regions Special Issue 2009. *Regional Science Associations quarterly*. July/2009: 10 – 13
- Wankiewicz, H. und M. Koch (2014): Leben und planen mit dem demographischen Wandel. Partizipative Handlungsansätze zur Anpassung von Alltagsinfrastrukturen für eine Bevölkerung im Wandel, In: *Zoll-Texte 02/2014 Gesteuert: 69-73*
- Wastl-Walter D. (2010): *Gender Geographien. Geschlecht und Raum als soziale Konstruktionen*. Stuttgart.
- Werlen, B. (2000): *Sozialgeographie*. Bern.
- Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/Feminismus> - Zugriff am 15. 10. 2015
- Willi, Y., Heeb, J. und M. Pütz (2016): *Regiosuisse. Forschungsreflexion „Governance in der Regionalentwicklung“* Online: www.regiosuisse.ch/forschungsnetz/forschungsreflexionen - Zugriff am 25. 02. 2016

- Wotha, B. (2013): Urban Governance and Gender aware Planning. In: Sanchez de Madariaga I., M. Roberts (eds): Fair Shared Cities. The Impact of Gender Planning in Europe. Farnham: 91-106
- Zibell, B. (2013): The Model of the European City in the Light of Gender Planning and Sustainable Development. . In: Sanchez de Madariaga I. M. Roberts (eds): Fair Shared Cities. The Impact of Gender Planning in Europe. A Reader. Farnham: 75-90
- Zibell, B. (2006a): Bedarfsgerechte Raumplanung. Gender Practice und Kriterien in der Raumplanung. Endbericht. Langfassung. Unter Mitarbeit von Karacsony, M. und N. Dahms. (=Materialien zur Raumplanung Bd. 20). Salzburg.
- Zibell B. (2006b): Bedarfsgerechte Raumplanung. Gender Practice und Kriterien in der Raumplanung. Endbericht. Kurzfassung. Unter Mitarbeit von Karacsony, M. und N. Dahms. (=Materialien zur Raumplanung Bd. 21). Salzburg.
- Zibell, B. (2005): Gutachten zum Entwurf des Sachprogramms Wohnen und Arbeiten im Salzburger Zentralraum. Unveröffentlichtes Gutachten. Salzburg.
- Zibell, B., Bloem, H., Heineking, I., Preuß, J. Revilla-Diez, P. und F. Soltau (2016): ZukunftNAH!. Zukunftschancen bedarfsgerechter Nahversorgung in ländlichen Räumen Niedersachsens - Das Forschungsprojekt ZukunftNAH. Forschungsbericht. Hannover. Online; <http://www.igt-arch.uni-hannover.de/744.html> - Zugriff am 20. 06. 2016
- ZGB = Zweckverband Großraum Braunschweig und Universität Hannover (Hg 2005): Good Practices. Praxisbeispiele zum Thema Wohnen und Versorgung. Braunschweig.